Nr. 252. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7676. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 27. Oktober 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Lage in Frankreich.

Man mag über die Dreyfus-Sache und über die Art, wie sie von beiden Seiten geführt worden ist, verschiedener Meinung sein — eins steht fest, sie hat zu einer für Frankreich unseres Erachtens sehr heilsamen Krise geführt.

Nach der Zerschmetterung Frankreichs im Kriege von 1870/71 war die Schaffung einer großen Armee Bedingung der nationalen Wiedergeburt. Da zu jener Zeit der demokratische Geist noch nicht stark genug war, um die allgemeine Volksbewaffnung und die Errichtung einer Miliz, ähnlich wie in der Schweiz, durchzuführen, so wurde zu einer Armee-Organisation nach dem Muster des siegreichen deutschen Heeres gegriffen, und mit dieser Organisation zog in die französische Republik auch der Militarismus ein, etwas gemildert allerdings durch die demokratischen Einrichtungen, aber im Wesen doch ebenso gefährlich für die bürgerliche Freiheit wie bei uns. Im Jahr 1877 wäre das neue französische Heer um ein Haar zu einem Staatsstreich gegen die Republik benutzt worden. Seitdem trat die Gefahr, welche in dem Militarismus liegt, für längere Zeit in den Hintergrund, bis sie durch die Debatten, welche sich an die Verurtheilung des Generalstabs-Offiziers Dreyfus knüpften, in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt wurde.

Ob nun die Staatsstreichgerüchte der letzten Wochen begründet waren oder nicht — so viel ist gewiß: das Riesenheer Frankreichs ist ein Machtmittel, das nach Innen mit verheerenden Wirkungen gebraucht werden kann — und die Leitung, unter der es gegenwärtig ist, bietet keinenfalls eine genügende Bürgschaft gegen derartigen Mißbrauch. Und in diesem Gedanken begegnen sich alle ehrlichen Republikaner, die an die Unschuld des Dreyfus und die Staatsstreichgelüste der Generale glauben, und die, welche an die Schuld des Dreyfus glauben und die Staatsstreichgelüste der letzten Wochen blos für politische Manöver halten. So erklärt es sich, daß in dieser zerklüfteten, verwirrten, die Zerklüftung und Verwirrung des Landes abspiegelnden Volksvertretung Frankreichs gestern alle Stimmen, mit zwei einzigen Ausnahmen, sich auf einer Tagesordnung einigten, welche die absolute Unterordnung der Militärgewalt und der Armee unter die bürgerliche Gewalt fordert.

An sich will der Beschluß wenig bedeuten. Verfassungsgemäß steht in Frankreich die Militärgewalt unter der Zivilgewalt.

Dies hat jedoch nicht verhindert, daß die Militärgewalt zu einer Gefahr für die Republik geworden ist. Das, worum es sich handelt, ist: die Unterordnung thatsächlich zu machen, sie von dem Papier in die Wirklichkeit zu übertragen. Und das läßt sich nur auf einem Wege erreichen: durch Verbürgerlichung der Armee. Die französische Armee, die jetzt auf dem Boden des militaristischen Heersystems die numerische Konkurrenz mit der Armee des um 12 Millionen volkreicheren Deutschland doch nicht länger bestehen kann, muß allmälig in ein Milizheer umgewandelt werden.

Unsere Genossen in Frankreich haben das begriffen und gehen in dieser Richtung vor.

Die Haltung des Kriegsministers Chanoine in der gestrigen Kammersitzung beweist, daß die Spitzen des französischen Heeres mit allen Mitteln, und seien es selbst die der schamlosesten Doppelzüngigkeit und Treulosigkeit, darnach streben, eine Aufdeckung ihrer Verbrechen zu verhindern. Die Revision des Prozesses Dreyfus soll verhindert werden, damit die schmählichen Machenschaften des Generalstabes nicht ans Tageslicht kommen. Alle Generale halten zusammen, denn es gilt, die Kompromittirung des Generalstabes zu verhindern. Aber es gilt für diejenigen, welche die Korruption bekämpfen, noch weit mehr als das Panama des Generalstabes zu enthüllen und den unsauberen Burschen mit Generalstressen und ordenbesäeten Uniformen das Handwerk zu legen, es gilt die Republik zu retten. Die Republik, die ruhige Entwickelung Frankreichs, ist aufs ernsthafteste bedroht von dem im Selbsterhaltungskampfe kein Mittel scheuenden Generalstabe. Aufrichtige Republikaner giebt es nicht oder blos ganz vereinzelt unter den Führern der französischen Armee; die meisten von ihnen sind Orleanisten und Bonapartisten, alle sind ehrgeizige Männer, die unter der Monarchie, die sich nach einer Restauration mehr noch als in irgend einem andern Lande auf die Bajonette stützen würde, bessere Aussichten haben würden, als in einer demokratischen Republik. Die Generale wissen auch, daß, je mehr die französische Republik demokratisirt wird, je mehr sie sich auf die breiten Volksmassen stützen muß und ihre Interessen zu vertreten sucht, desto mehr die Revanche-Idee verblassen lassen muß, daß dann die Aussichten desto geringer werden, in einem Kriege Ruhm, Avancement, Gratifikationen, Auszeichnungen zu erhalten. Eine neugebackene Monarchie würde auch bald gezwungen sein, die Unzufriedenheit mit den Zuständen im Innern durch eine abenteuernde auswärtige Politik zu paralysiren. Sie würde sich bald in Verwickelungen bedenklichster Art stürzen.

So sehen wir die Revanche-Politiker vom Schlage Déroulède's, trotz der Betheuerung ihrer republikanischen Gesinnung, Hand in Hand gehen mit den Orleanisten und Bonapartisten und als Verfechter der Armee-Ehre auftreten, das heißt, alles thun, um die Aufdeckung des Armee-Panama zu verhüllen.

Da das Kabinet Brisson, gezwungen durch den Selbstmord Henry's, die Revision des Prozesses Dreyfus in die Hand nehmen mußte, hat sich alles verbündet, um es zu stürzen. Brisson ist sicherlich nicht unser Mann, aber ebenso sicher ist es, daß er ein durchaus ehrlicher, überzeugungstreuer Republikaner ist, der alles daran setzen wollte, um die Republik vor den Anschlägen von Abenteurern zu bewahren, um die Wiederherstellung der Monarchie zu verhindern. Brisson mußte deshalb beseitigt werden. Wie er beseitigt wurde, haben die ausführlichen Depeschen in unserer letzten Nummer klar gezeigt.

General Chanoine hat mit den erbittertsten Feinden der Republik unter einer Decke gespielt, er hat auf der Tribüne des Parlaments seine Kollegen, mit denen er noch vor einer Stunde in Eintracht im Ministerrathe saß, schnöde verrathen, er hat einen schmächlichen Theaterkoup nicht gescheut, er hat offen erklärt, daß er, als er in das Kabinet trat, den Ministerpräsidenten über sein Programm täuschte, daß er, statt die Revision des Prozesses Dreyfus zu betreiben, nichts anderes anstrebte, als den Generalstab vor den ihm drohenden Enthüllungen zu schützen. Herr Chanoine hat mit seinem Verhalten dem Ansehen der französischen Generalität neue schwere Wunden geschlagen.

Das Kabinet fiel formell über den Vorwurf, daß es die Armee nicht genügend gegen die Angriffe in der Presse und in Versammlungen geschützt habe, es fiel, obgleich der Justizminister klar nachwies, daß der „Ehrenmann" Chanoine sich der Verfolgungen dieser Angriffe widersetzte.

Die Ursachen der Niederlage des Kabinets Brisson liegen aber tiefer. Die französische Großbourgeoisie und die französischen Agrarier haben zwar von einem radikalen Kabinete, von einer Regierung der Brisson, Bourgeois, Sarrien und Genossen nicht viel zu fürchten, sie wissen aber, daß ein Ministerium von der Farbe der Meline, Barthou, Dupuy, Constans, Ribot ihre Interessen ungenirter vertreten würde. Ein radikales Kabinet muß sich mit der Reform der direkten Steuern im Sinne einer etwas stärkeren Belastung der Reichsten befassen, es kann die sozialen Fragen unmöglich bei seite liegen lassen, es muß der Arbeiterbewegung freieren Spielraum lassen. Niemals freilich wird ein Kabinet, wie das abgetretene, der Großbourgeoisie irgendwie ernstlich unbequem werden wollen, aber das genügt nicht den Vertretern der Großbank und der Großindustrie. Die französischen Stumm und Hansemann wollen in den Ministerhotels ihre Politik und absolut nichts anderes als ihre Politik geführt sehen und deshalb waren sie froh, unter dem Vorwande, die Armee-Ehre zu wahren, die Cavaignac, Deroulède, Mun und Drumont durch ihre Stimmen zu stärken und das Kabinet Brisson zu Falle zu bringen.

Was wird nun das Ergebniß der verhängnißvollen Sitzung vom 25. Oktober sein?

Herr Faure wird sich jedenfalls freuen, daß sein Konkurrent um den Präsidentenstuhl der französischen Republik eine Niederlage zu verzeichnen hat, er würde am frohsten sein, wenn er wieder die Meline und Barthou zur Kabinetsbildung berufen könnte. Es wird ihm aber jedenfalls sehr schwer fallen, ein neues Kabinet zu bilden. Formell müßte er aus der Mehrheit die neuen Minister wählen. Diese Mehrheit war aber blos eine Mehrheit des Augenblicks, blos eine Mehrheit, um Brisson zu stürzen, aber keine Mehrheit, aus der sich ein Ministerium, das auch nur einen Tag einträchtlich zusammenarbeiten kann, das auch nur eine Abstimmung der Kammer überdauern könnte, bilden ließe. Vor allem aber ist diese Mehrheit eine antirepublikanische gewesen, ihr gehörten an alle Monarchisten, alle Klerikalen, alle Scheinrepublikaner, die sogenannten Ralliirten, dann die ehemaligen Boulangisten, die Antisemiten und von den Republikanern blos die unzuverlässigsten, unpopulärsten. Aus Elementen dieser Art kann selbst Herr Faure, dieser getreueste Unterthan seiner Majestät des Selbstherrschers aller Reußen, ein Kabinet nicht bilden. Wahrscheinlich wird der Versuch gemacht werden, ein sogenanntes Konzentrations-Kabinet zu bilden, in dem die gemäßigten Republikaner stärker als die linksstehenden vertreten sind, und das den Forderungen unserer Partei schroff gegenübersteht. Es wäre müssig, heute sich auf das Rathen von Namen zu verlegen.

Faure verhandelte mit den Präsidenten der beiden Kammern und anderen bekannten Politikern und ehemaligen Ministern; diesen mehr formellen Besprechungen ist nicht viel Bedeutung beizulegen, alles spricht dafür, daß die Ministerkrise lange Zeit für ihre Lösung bedürfen wird.

Während die schwierigen Verhandlungen wegen der Kabinetsbildung gepflogen werden, tritt der Kassationshof zusammen, um über die Revision des Prozesses Dreyfus zu berathen. Die Mercier, Billot, Cavaignac, Zurlinden, Chanoine können das, was sie verhindern wollten, doch nicht mehr stören. Das Gericht muß seine Sitzungen abhalten zum festgesetzten Termine, ganz gleich, ob ein Kabinet gebildet ist oder nicht. Und auch das neue Kabinet wird die Revision des Prozesses Dreyfus nicht aufhalten können, wenn die Revision vom Kassationshof beschlossen wird. Und währt die Krise lange, so kann der interimistische Kriegsminister Lockroy die Auslieferung des im Kriegsministerium sorgsam behüteten, vom Generalstab als Heiligthum betrachteten Dossier Dreyfus an die ordentlichen Gerichte verfügen. Damit wäre ein Hauptobjekt des Kampfes dem Streite entrissen und die Revision des verhängnißvollen Prozesses stark gefördert; soll doch erst in diesen Tagen Chanoine dem früheren Präsidenten das Republik, Casimir Perier, erklärt haben, daß der sagenumwobene Dossier nichts für Dreyfus Kompromittirendes enthalte.

Es sind verhängnißvolle Tage, die Frankreich erlebt, verhängnißvolleren geht es wohl noch entgegen. Blos eine ehrliche und volksthümliche, dabei aber auch energische, von Rücksichtnahme nicht geleitete Regierung kann Frankreich aus der schweren Krise erlösen. Für das kämpfende Proletariat dürften die letzten Tage die heilsame Lehre enthalten, daß den Attentaten gegenüber, die die Feinde Frankreichs und der Demokratie planen, feste Einigung und Zurückstellen der nebensächlichen Differenzen unter den verschiedenen Richtungen der französischen Sozialdemokratie oberste Pflicht ist.

* * *

Von den heute eingelaufenen zahlreichen Depeschen verdienen blos die folgenden eine Wiedergabe:

Die Nachricht vom Sturz der Regierung verbreitete sich sehr schnell. Man riß sich um die Zeitungen, und in den Straßen und auf den Plätzen sammelte sich eine ungeheure Menschenmenge an. Fortwährend kam es zu Demonstrationen, besonders vor der Redaktion der „Libre parole", welche illuminirt war.

Präsident Faure hat die Demission des Kabinets angenommen; er ersuchte jedoch die Minister, bis zur Bildung des neuen Ministeriums die Leitung der Geschäfte zu behalten. Am Abend hat Präsident Faure keine Persönlichkeiten mehr empfangen; erst morgen in aller Frühe wird er sich mit den Präsidenten der beiden Kammern berathen.

Kammerpräsident Brisson begab sich um 7 Uhr abends ins Elysée, um dem Präsidenten Faure das Dekret zur Unterschrift vorzulegen, durch das Lockroy mit der interimistischen Leitung des Kriegsministeriums betraut wird.

In Kammerkreisen verlautet, Delcassé werde im neuen Kabinet, welcher Richtung auch immer dasselbe angehören möge, das Portefeuille des Aeußern übernehmen. — Angesichts der morgen innerhalb und außerhalb des Justizpalastes geplanten Demonstrationen sind umfassende Maßnahmen von der Polizei getroffen.

Die radikalen Blätter greifen Chanoine, der sich zum Werkzeug des Militärkomplottes hergegeben habe, aufs schärfste an. „Rappel" erklärt, wenn Frankreich noch Republik wäre, so würde Chanoine heute auf dem Mont Valerien in Haft sein. Die sozialistische „Petite Republique" fragt, was in dem Dossier enthalten sein müsse, daß die Generale zu solchen Mitteln greifen, um einander zu retten. Die gemäßigten Organe tadeln zwar gleichfalls die Haltung Chanoine's als inkorrekt, sprechen sich aber befriedigt aus über das Ergebniß des gestrigen Tages. Dem „Figaro" zufolge soll Faure geäußert haben, Chanoine habe sich auf ein Konventsmitglied hinausgespielt. Einem Berichterstatter gegenüber erklärte Chanoine, er sei mit Brisson in vielen Dingen nicht einig gewesen, die Dreyfus-Blätter habe er deshalb nicht verfolgen lassen, weil die Strafen zu geringfügig gewesen wären. Auch die von russischen Blättern hervorgehobenen Komplikationen hätten ihn bewogen, zu demissioniren.

Die „Libre Parole" kündigt an, daß sämmtliche nationalistische und antisemitische Deputirte der morgen beginnenden Verhandlung betreffend die Revision des Dreyfus-Prozesses beim Kassationshofe beiwohnen werden. Von der Patriotenliga sind für morgen Demonstrationen vor dem Justizpalast geplant.

* * *

Einem ausführlichen Brief unseres Pariser Korrespondenten, der vor den Vorgängen des gestrigen Tages zur Post gegeben war, entnehmen wir das folgende, was auch heute noch von Werth ist.

Jetzt sind die Eindrücke der Wahlkampagne bereits gründlich verwischt, die kommenden Neuwahlen durch den Maximalraum einer ganzen Legislatur entfernt — nichts hindert also die so zahlreichen Wetterfahnen von Abgeordneten, ihren jeweiligen augenblicklichen Neigungen zu folgen.

Der stets große Wirrwarr des französischen Parteiwesens war nie so unentwirrbar, wie im gegenwärtigen Moment. Die Künstler der Kouloirintriguen, die ehrgeizigen Ränkeschmiede, deren einziger Grundsatz die Erlangung eines Ministerportefeuilles ist, schwimmen in Wonne. Bei der gründlichen Zersetzung der regierungsfähigen Parteien durch die Dreyfus-Affäre kann ein nichts, ein sogenannter „Sitzungs-Zwischenfall" eine Ministerkrise eröffnen.

Zur Zeit giebt es in der Kammer nur zwei berechenbare Faktoren, die aber nicht entscheidend sind: auf der einen Seite die Sozialisten und Linksradikalen, auf der anderen der „nationalistische" Kuddelmuddel und die Klerikal-Monarchisten. Die Sozialisten haben in den letzten Wochen ihre durch die Dreyfus-Affäre gestörte taktische Einigkeit wiedergefunden. Die Stellungnahme der „Nationalisten" und Klerikal-Monarchisten braucht nicht weiter erörtert zu werden. Für die ersteren sind die Unfehlbarkeit und die Makellosigkeit der Fälscherbande des Generalstabes eine Existenzfrage, für die letzteren ein Kampfmittel gegen die Republik.

Aber die beiden Parteigruppen neutralisiren einander. Sie sind numerisch ungefähr gleich stark, etwa 150 Abgeordnete in jeder Gruppe. Ausschlaggebend sind die gemäßigten Radikalen und die Bourgeoisrepublikaner. — Was diese Parteien betrifft, so ist es schwer zu sagen, welche von beiden gründlicher zersetzt ist. Die Radikalen sind eine Partei, die ihr Programm preisgegeben hat. Das zusammenhaltende prinzipielle Band ist völlig aufgelöst. An stelle des allgemeinen Partei-Interesses drängen sich immer ungezügelter die egoistischen Interessen der einzelnen Kliquen und Personen. Wenn die Dreyfus-Affäre und was damit zusammenhängt, gerade die Radikalen besonders arg zerklüftet hat, so deshalb, weil diese Partei ohnehin bereits sich in einem Auflösungsstadium befand. Das deutlichste Symptom der Auflösung ist die ungeheuerliche Thatsache, daß Cavaignac, der skrupellose Hampelmann der Fälscherbande, der der Kammer den Maueranschlag einer plumpen Fälschung aufgedrängt und bald darauf die Gegner des

Generalstabes durch einen Hochverrathsprozeß zu vernichten versucht hat, — daß ein Mensch, der seiner Großmannssucht alles andere, einschließlich der elementarsten Grundlagen eines Rechtsstaates, unterzuordnen bereit ist, trotz alledem bei den Radikalen eine Schaar Anhänger findet.

Die Bourgeoisrepublikaner, die das Monopol der „Regierungsfähigkeit beanspruchen," sind sonst darin einig, das Vaterland in Gefahr zu erklären, sobald die Macht — in seltenen und kurzen Zwischenräumen — ihren erprobten Händen entgleitet. Auch besitzen sie im Gegensatz zur radikalen Mittelpartei eine bestimmte Richtschnur in den Klasseninteressen der Bourgeoisie. Es war eine Rückwärtsentwickelung, aber doch eine Entwickelung und keine Auflösung, als sie unter dem zweijährigen Ministerium Meline ein Kartell mit den Klerikal-Monarchisten, d. h. den Vertretern der reaktionärsten Schicht der Bourgeoisie, schlossen. Aber die Niederlage dieses Kartells in den letzten Wahlen hat die Bourgeoisrepublikaner aus dem Konzept gebracht, in zwei Theile gespalten. Der linke Flügel begann wieder mit den Radikalen Fühlung zu suchen. Dann kam die Wendung in der Dreyfus-Affäre, die Entlarvung der Fälscherbande und die dadurch unvermeidlich gewordene Revision. Ein neuer Keil, der den Riß zwischen Bourgeois-Republikanern und Klerikal-Monarchisten erweitert hat. Damit nicht genug, ist im gegenwärtigen Moment auch noch die Uebereinstimmung der Bourgeois-Republikaner über die Nothwendigkeit, die Gewalt sofort wieder an sich zu reißen, dahin.

Während die ehemaligen Kerntruppen Meline's ohne Bedenken ihrem bewährten Chef folgen, der mit der bekannten „Selbstlosigkeit" sich bereit erklärt, die ihm so lästige Bürde der Macht im Interesse des Vaterlandes wieder zu übernehmen, — halten es die Anhänger anderer Parteigrößen für rathsamer, die Erledigung der Dreyfus-Affäre abzuwarten, um so den radikalen Ministern die ganze Verantwortlichkeit für die Verletzung des Generalstabes zu überlassen.

Aeußerlich tritt die Rathlosigkeit der Bourgeois-Republikaner in der Thatsache hervor, daß ihr im Beginn der Legislatur eingesetztes fünfgliedriges Direktorium, übrigens von Anfang an ein Gespött aller Parteien, sich aufgelöst hat.

Charles Dupuy, einer der Direktoren, hat demissionirt mit der merkwürdigen Begründung, daß in der verzwickten Situation jedermann auf seine Unabhängigkeit bedacht sein müsse. In die redliche Sprache übersetzt, besagt das soviel, daß der schlaue Auvergnat für sich persönlich im Trüben fischen will, ohne an den Ehrgeiz seiner parteigenössischen Rivalen gebunden zu sein.

*

Eine Berichtigung zu dem telegraphischen Berichte über die Kammersitzung in unserer letzten Nummer ist noch erforderlich. Es heißt dort, daß Berteaux (Sozialist) das Vertrauensvotum für die Regierung beantragt habe; der betreffende Abgeordnete gehört nicht unserer Partei, sondern der Gruppe der Linksradikalen an.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Oktober.

Ueber die Anarchistenkonferenz der Mächte, die sich „gegen die Freiheit" richte, schreibt ein bürgerlich demokratisches Schweizerblatt, der „St. Gallener Stadtanzeiger":

Als die Regierung des gegenwärtigen Italiens nach der Genfer Mordthat Luccheni's die Initiative zur Bekämpfung des Anarchismus ergriff, konnte man sich von vornherein eine ungefähre Vorstellung machen, wo sie mit ihren Vorschlägen hinauswolle. Und das Rundschreiben des italienischen Ministeriums an die Mächte und die mit demselben verbundenen Vorschläge bestätigen es, daß es nicht allein auf die Bekämpfung der anarchistischen Propaganda abgesehen ist, sondern namentlich und in erster Linie auf alle diejenigen Bestrebungen, welche auf eine Aenderung der politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit ausgehen, „umstürzlerischen Charakters" sind.

Und zumal weder die italienische Regierung, noch die italienischen Gerichte je einen Unterschied in der Beurtheilung der gesetzmäßigen demokratischen und sozialdemokratischen Agitation einerseits und andererseits der anarchistischen Anschläge gelten ließen, kommt man unschwer zu der Ueberzeugung, daß die Regenten des modernen Italien unter Bekämpfung des Anarchismus die Unterdrückung alles dessen verstehen, was bei uns republikanisch und demokratisch heißt.

Wie der Sultan die ihm gefährlichen Jungtürken und die ihm widerwärtigen Armenier mit dem Brandmal des Anarchismus zeichnen möchte, um sie ungestört durch ganz Europa verfolgen lassen zu können, also geht Italien darauf aus, die gewaltige Zahl der Unzufriedenen in Italien insgesammt als umstürzlerische Elemente zu deklariren und zu ihrer Verfolgung die Unterstützung sämmtlicher Mächte des alten Erdtheils zu reklamiren.

Es wird die Anarchistenkonferenz im Zeichen der ausgesprochensten Reaktion stehen; die unselige That Luccheni's wird zum Ausgangspunkt eines längst geplanten Anschlages auf die demokratische und sozialdemokratische Bewegung in den Staaten Europa's.

Italien, das erst kürzlich mit Aufbietung seiner brutalen Militärgewalt die jäh als Ausdruck des tiefen Volksunwillens ausgebrochene Mailänder Revolte mit Mühe und Noth niedergeworfen hat, spielt sich heute mit einer unverschämten Prätention als Ordnungs- und Ruhestifter von ganz Europa auf.

Irgend eine der eingeladenen Regierungen sollte dem italienischen Minister des Aeußern schreiben: „Wir sind gerne bereit, an der von Ew. Exzellenz vorgeschlagenen Konferenz theilzunehmen, da aber der Anarchismus, wie die Statistik der Attentate beweist, in hervorragendem Maße eine italienische Eigenthümlichkeit ist, so möchten wir Ew. Exzellenz bitten, Ihrerseits das Dringendste und Wirksamste zur Bekämpfung des Anarchismus zu thun, nicht durch Gewaltmaßregeln, Kriegsgerichte und Ausnahmegesetze, sondern durch wirthschaftliche und soziale Reformen, durch die Hebung der materiellen, geistigen und sittlichen Zustände des italienischen Volkes. Dann ist Ihnen am besten gedient und auch uns."

Das ist denn auch in der That der Standpunkt, den unsere republikanische Bundesregierung an der Konferenz der Mächte zu den volksfeindlichen und zudem völlig wirkungslosen Vorschlägen der italienischen Regierung einnehmen sollte. Die wilde Jagd, welche der Bundesrath in den letzten Wochen nicht blos auf Leute, die anarchistischer Gesinnungen verdächtig sind, sondern auch auf solche, die mit dem Anarchismus nie etwas zu thun hatten, sich theilweise sogar nicht mehr in unserem Lande aufhalten, todt oder verschollen sind, einleitete und befahl, läßt uns sehr befürchten, daß der Vertreter des Bundesrathes vor die Abgeordneten der europäischen Mächte nicht in aufrechter, sondern in devot gebückter Haltung treten werde.

Und doch hätte die Schweiz gerade in diesen Tagen einen schönen Beruf, da unter dem Vorwand der Bekämpfung des Anarchismus zu einem neuen Schlage gegen die Freiheit der Gedanken, der Presse und der Meinungsäußerung ausgeholt wird und unser Asylrecht angetastet werden will. Es ist aber der alte Republikanerstolz vor Königsthronen unserm Bundesrath abhanden gekommen!

So das schweizerische Blatt. Der Bundesrath hat leider nicht das nöthige Rückgrat, um der europäischen Reaktion gegenüber seine Würde zu wahren. Zum Glück hat die englische Regierung mehr Selbstgefühl und Kraft. Sie hat von vornherein jede Mitwirkung zur Beschränkung der Freiheit und insbesondere des Asylrechts abgelehnt. Und damit ist der Hauptzweck der internationalen Verschwörung gegen die Völker vereitelt. —

Die egyptische Attentats-Sphinx schweigt — desto gesprächiger ist der Hamburger Telegraph, der den Schirmmacher Oldenburg zu Altona zu einem fürchterlichen Attentäter aufbauscht. Die Wunderdinge, die der gefährliche Schirmmacher von einer Verschwörung erzählt, werden sogar von dem offiziösen „Hamburgischen Korrespondenten" als Schwindel bezeichnet. Und der „Staats-Anzeiger" übernimmt die Meldung des „Hamburgischen Korrespondenten". Wir dächten, die Attentatspolitiker könnten die Mache doch etwas geschickter betreiben. —

Reichstagseröffnung. Wie mehrere Blätter berichten, wird in maßgebenden politischen Kreisen als sicher angenommen, daß der Reichstag am 29. November durch den Kaiser im weißen Saale eröffnet werden wird. —

Zur Grubeninspektion. Die „Berliner Neuesten Nachrichten", hinter denen bekanntlich Bergwerks-Besitzer stehen, sind offenbar in großer Sorge, daß die Regierung sich dazu verstehen könnte, Delegirte der Bergleute zur Grubeninspektion heranzuziehen. In einem eigenen Leitartikel über diese Sache sucht das Blatt unsere Vertheidigung dieser Bergarbeiter-Forderung zu widerlegen. Es schreibt:

> Man versucht, der Regierung den Gedanken der Heranziehung von Arbeiterdelegirten durch die Behauptung schmackhaft zu machen, daß dadurch ein Theil der Verantwortung den Arbeitern zugeschoben werde. Wer wäre aber trotzdem nicht überzeugt, daß die sozialdemokratischen Hetzer jedes Grubenunglück auch in Zukunft in der bisherigen Weise ausbeuten würden? Wenn diese Herren und die ihnen nahestehenden Preßorgane über die Verantwortlichkeit für die Grubenunglücke die Wahrheit sagen wollten, so müßten sie gestehen, daß, soweit nicht höhere Gewalt vorliegt, in der überwiegenden Mehrheit der Fälle ein Verschulden der Arbeiter nicht bestritten werden kann. Wie segensreich hätten die Agitatoren wirken können, wenn sie diese Thatsache den Arbeitern immer von neuem eingeschärft hätten! Aber freilich, wie hätte man dann noch die „unbarmherzige Habgier der verruchten Geldsäcke" treffen können!
>
> Man sagt, durch die Heranziehung von Arbeiterdelegirten würde die Arbeiterschaft Vertrauen fassen zu der staatlichen Inspektion. Jawohl, Vertrauen solange, als die Inspektion im Sinne und zu gunsten der Arbeiter entschiede. Ein Arbeiterdelegirter, der sich erlauben wollte, auf grund gewissenhafter Prüfung eine den Arbeitern mißfallende Ansicht auszusprechen, wäre fortan ein verlorener Mann. So leicht würde das freilich nicht vorkommen; denn aus den Wahlen der Arbeiter würden in der Regel gerade die Hetzer hervorgehen, und diese würden ihre Aufsichtsthätigkeit grundsätzlich und ausschließlich im arbeitgeberfeindlichen Sinne ausüben. Das hieße dann nichts Anderes, als den sozialen Krieg durch ein staatliches Organ schüren!"

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" reden vom Bergarbeiterschutz wie der Blinde von der Farbe. Bei den Maßnahmen, die zur Verhinderung von Unglücksfällen in den Gruben zu treffen sind, hat eine umsichtige Bergverwaltung selbstverständlich schon in Rücksicht zu ziehen, daß dieser oder jener Arbeiter sich eine Fahrlässigkeit zu schulden kommen lassen wird; solche Fahrlässigkeiten lassen sich unter den heutigen Verhältnissen nicht leicht aus der Welt schaffen, aber durch zweckentsprechende Grubeneinrichtungen kann man verhüten, daß aus den Verfehlungen einzelner Arbeiter Massen-Katastrophen entstehen. Wir haben hierauf seinerzeit mit Nachdruck aufmerksam gemacht, und der in der Dienstagnummer des „Vorwärts" erwähnte Erlaß des Handelsministers bewegt sich in demselben Ideengange. Was alles in dieser Beziehung je nach Art der Grube zu thun nöthig ist, wissen am besten die Arbeiter, die ständig in der Grube beschäftigt sind. Eben deshalb ist die Anstellung von Arbeiterdelegirten schon in rein technischer Beziehung eine ganz unumgängliche Voraussetzung einer wirklichen Verbesserung der Grubeninspektion. Dazu kommt der moralische Einfluß, den ein von seinesgleichen gewählter Arbeiter hinsichtlich der genauen Beachtung der Schutzvorschriften natürlicherweise in größerem Maße auf die Arbeiter ausübt, als ein Beamter, der, sei es auch der wohlmeinendste Mann, den Bergleuten fremder gegenübersteht.

Der Einwand, daß die Arbeiterdelegirten als Instrumente der sozialdemokratischen Partei-Interessen fungiren würden, ist weiter nichts als ein Kniff der Zechenbesitzer, die die Kontrolle der scharfäugigen Arbeiterdelegirten und deren auf Verbesserung der Grubeneinrichtungen hinzielende Vorschläge an die Regierungsbehörden zu fürchten haben. Nicht nur sozialdemokratische, sondern auch die auf kirchlichem Boden stehenden Bergleute fordern die Anstellung von Arbeiterdelegirten. In diesem Punkt sind alle Bergleute einig. Es handelt sich also um eine reine Berufsforderung.

Wenn die „Berliner Neuesten Nachrichten" sagen, sie befürchten, der „Vorwärts" und seine Freunde würden von dem Inhalt des angekündigten Gesetzentwurfs betreffend Erweiterung der Grubeninspektion wenig befriedigt sein, so dürfte das an ihren ganzen Ausführungen das einzig richtige sein. Wie wir schon in einer früheren Nummer andeuteten, müßte es sonderbar zugehen, wenn in der Aera Stumm die preußische Regierung den Muth zeigen sollte, den Arbeitern wirklich ernsthafte Zugeständnisse zu machen.

Drohender Zollkonflikt mit Amerika. Dem Reichstage wird u. a. auch ein Gesetzentwurf über die Fleischschau zugehen, welcher diese Materie an stelle der bisherigen landesgesetzlichen Vorschriften für das ganze Reich einheitlich regeln soll. Dieser Entwurf enthält auch Bestimmungen über die Untersuchungen von Büchsenfleisch und von Wurst, die so abgefaßt sind, daß sie die Einfuhr thatsächlich unmöglich machen werden. Es scheint, daß die amerikanische Regierung über diesen Entwurf schon, wenn auch nicht auf offiziellem Wege, unterrichtet ist. Sie bereitet, wie die „Frankf. Ztg." erfährt, für den Fall, daß der Entwurf Gesetz werden sollte, bereits Repressivmaßregeln vor. Diese sind zum theil von früher bekannt. Es würde unter dem Vorwand sanitärer Fürsorge eine Prüfung der zur Einfuhr kommenden deutschen Weine auf irgend welche gesundheitsgefährliche Bestandtheile, ebenso die Prüfung von Spielwaaren und sogar die von wollenen Geweben durch Gesetz erfolgen, das letztere unter dem Vorwand, daß wollene Gewebe zuweilen Hautentzündungen hervorrufen. Hoffentlich gelingt es im Reichstag, das Gesetz so zu gestalten, daß es allen Anforderungen hygienischer Fürsorge genügt, ohne der agrarischen Absicht einer Verhinderung oder Erschwerung der Fleischeinfuhr zu dienen und so zu einem Zollkrieg mit Amerika die Veranlassung zu geben. —

Kaufmännische Schiedsgerichte. Durch die ganze Unternehmerpresse des Handelsgewerbes, so schreibt das „Handlungsgehilfen-Blatt", macht eine Notiz die Runde, wonach eine Umfrage „in Sachen der event. Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte" bei den deutschen Handels- und Gewerbekammern ein negatives Resultat ergeben hätte. Von 73 befragten Kammern sollen sich 47 gegen die Einführung und 19 für dieselbe ausgesprochen haben. Das ist richtig, das Dumme dabei ist nur, daß diese Umfrage bereits vor fast drei Jahren vorgenommen worden ist und daß seit dieser Zeit eine ganze Anzahl Handelskammern ihren ablehnenden Standpunkt aufgegeben haben. Das wird natürlich verschwiegen, man will um jeden Preis Stimmung machen gegen die Einführung dieser so nothwendigen Einrichtung.

Gerade die größten und einflußreichsten Kammern, mit Ausnahme der ach! so alten „Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft", haben sich für die Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte ausgesprochen und manche von ihnen haben ihrer Antwort eine Begründung mit auf den Weg gegeben, die sich die Herren Arbeitgeber nicht hinter den Spiegel stecken werden. So äußert sich beispielsweise das Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Danzig in seinem neuesten Jahresbericht über die seinerzeit dem Minister für Handel und Gewerbe auf seine wiederholte Anfrage ertheilte Antwort wie folgt:

> „Von dem Herrn Handelsminister wurden wir aufgefordert, uns zu der neuerdings angeregten Bildung von den Gewerbegerichten ähnlichen kaufmännischen Schiedsgerichten, zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Prinzipalen und Angestellten, zu äußern. Wir befürworteten die Einrichtung solcher Gerichte, indem wir in unserer Antwort darauf hinwiesen, daß bei den ordentlichen Gerichten, insbesondere bei der Kammer für Handelssachen, allerdings nur wenige Streitigkeiten zwischen Prinzipalen und Gehilfen zur Verhandlung kommen, daß das aber unserer Meinung nach nicht sowohl an der Seltenheit solcher Streitigkeiten, namentlich bezüglich des Verhältnisses zwischen Gehilfen und kleineren Prinzipalen in Ladengeschäften, liege, sondern daran, daß die Schwierigkeit und die Kostspieligkeit des Verfahrens, sowie die Unberechenbarkeit gerichtlicher Entscheidungen die Betheiligten in sehr vielen Fällen abhielten, rechtliche Ansprüche bei den ordentlichen Gerichten geltend zu machen. Diese Mißstände würden bei einem nach Art der Gewerbegerichte eingerichteten Schiedsgerichte zum größten Theil wegfallen. Was insbesondere den letzten Punkt, die Unberechenbarkeit der Entscheidungen der ordentlichen Gerichte, betrifft, so scheint sich vor einem solchen eine gewisse Klasse von Prinzipalen wenig zu scheuen, gerechte Ansprüche ihrer Gehilfen zu bestretten; viel eher werden sie Bedenken tragen, den Versuch zu machen, sich vor einem zum theil mit ihren Berufsgenossen besetzten Gericht ihren Verpflichtungen zu entziehen."

Das ist für eine Unternehmer-Vertretung eine selten vernünftige Sprache. Hoffentlich wird die Regierung diese Antwort beherzigen und den am 17. April 1897 vom Reichstag einstimmig angenommenen Antrag der Sozialdemokraten, der die Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte fordert, endlich nachkommen. —

Polnische Arbeiter in den westlichen Provinzen. Im Jahre 1886 wurden in Westfalen nur 84 polnisch und 546 polnisch und deutsch sprechende Kinder gezählt. Im Rheinlande waren nur 12 polnisch und 69 polnisch und deutsch sprechende Kinder vorhanden. Die Schulstatistik von 1896 verzeichnet nicht weniger als 1568 polnisch und 4490 polnisch und deutsch sprechende Kinder in Westfalen und 225 polnisch und 531 polnisch und deutsch sprechende Kinder im Rheinlande. —

Zur Militärjustiz. Der württembergische „Staats-Anzeiger" giebt jetzt die versprochene Darstellung über den Fall Vögele; sie lautet:

> „Die geführte militärgerichtliche Untersuchung hat festgestellt, daß der im ersten Dienstjahre befindliche Ulan Gottlob Vögele von Kornwestheim, welcher wegen Ungeschicklichkeit bei Instandhaltung seiner Ausrüstungsstücke einer besonderen Beaufsichtigung von seiten seiner Vorgesetzten bedurfte, am 31. Juli d. J. von seinem Zugführer, Unteroffizier W. Müller von Wolfsölden, Oberamts Marbach, vormittags im Stall, weil er einen Befehl säumig ausführte, einige Streiche mit einem Lederriemen über den Rücken erhalten und daß am gleichen Tage abends derselbe Unteroffizier, weil der Reitanzug des Vögele nicht genügend geputzt war, dem letzteren mehrmals die Stiefelschäfte um den Kopf und die lederbesetzten Reithosen über den Kopf geschlagen hat. Bei dieser Thätlichkeit wurde Vögele vermuthlich durch die am Hosenpreiß der Lederhosen befindliche Schnalle verletzt und blutete infolge hiervon etwas aus zwei kleinen Wunden an der Stirn. Daß Vögele und andere Mannschaften früher schon mehrfach wegen vorgekommener Versäumnisse und Unordentlichkeiten von Unteroffizier Müller gestoßen und geschlagen worden sind, ist bei diesem Anlaß gleichfalls erhoben worden. Verletzungen sind hierbei nicht vorgekommen und es waren diese Handgreiflichkeiten sämmtlich leichterer Art. Die am 31. Juli d. J. erfahrene Mißhandlung hat den von seinem Vater und seinen früheren Arbeitgebern als „leicht beleidigt" und „arg empfindlich" geschilderten Ulanen Vögele, der überdies damals von einem anderen Vorgesetzten wegen einer kleinen Verfehlung eine Anzeige zu gewärtigen hatte, in hohem Maße schmerzlich erregt, und es ist Vögele — worauf einzelne kurz zuvor Kameraden gegenüber gethane Aeußerungen desselben hinweisen — in dieser gemüthlichen Verstimmung zu dem Entschlusse gelangt, sich durch Erhängen das Leben zu nehmen. Daß Vögele am Abend des 31. Juli etwa eine Stunde nach den erlittenen Thätlichkeiten durch Selbstmord geendet hat, ist nach dem Ergebnisse der geführten Untersuchung unzweifelhaft. Hierdurch ist die Grundlosigkeit gegentheiliger Ausstreuungen dargethan, gegen deren Urheber und Verbreiter überdies von der Militärbehörde bei den bürgerlichen Gerichten Strafantrag wegen Beleidigung gestellt ist. Unteroffizier Müller ist, wie bereits mitgetheilt wurde, durch allerhöchsten Orts bestätigtes Erkenntniß des kgl. Militär-Revisionsgerichts wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt während der Ausübung des Dienstes, verübt in einer Handlung durch mehrfaches vorsätzliches Schlagen und Stoßen Untergebener, zum theil auch durch wiederholte körperliche Mißhandlung eines Untergebenen zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt worden."

Diese Darstellung ist überaus charakteristisch für die Auffassungsweise der militärischen Kreise. Der Soldat Vögele hätte danach keinen ernsten Anlaß gehabt, sich das Leben zu nehmen; er war „zu empfindlich" und „zu leicht beleidigt". Wenn man sich aber in die Lage eines ehrliebenden Soldaten hineinversetzen will, der durch kleinliche Chikanen wegen geringster Verfehlungen — und bekanntlich kann ein chikanöser Vorgesetzter stets Verfehlungen bei den Untergebenen finden — so behandelt wird, wie der Ulan Vögele, so wird man seine That nur zu gut begreifen.

Ebenso charakteristisch für den Geist der Militärbehörden ist es, daß jetzt Strafantrag gegen bürgerliche Blätter gestellt wird, welche die Vermuthung aussprachen, daß Vögele aufgehängt worden sei. Hätten nicht die Militärbehörden das bedauerliche Vorkommniß in geheimnißvolles Dunkel gehüllt, hätten sie zeitig der beunruhigten Oeffentlichkeit Aufklärung gegeben, so wären jene Gerüchte bald beseitigt gewesen. So aber sollen noch diejenigen, welche sich der Angelegenheit pflichtgemäß annahmen, bestraft werden. —

Landräthlicher Kampf gegen die Sozialdemokratie. In Szirginnen im Kreise Ragnit (Ostpreußen) bekleidete der Genosse Mittner das Amt eines Schöffen zur Zufriedenheit der Gemeinde. Es hatte auch niemand Anstoß genommen daran, daß er Sozialdemokrat ist, vielleicht war es kaum aufgefallen. Da kam die Reichstagswahl und Mittner agitirte für den sozialdemokratischen Kandidaten, Gutsbesitzer Hofer. Er wurde denunzirt und der Landrath von Ragnit leitete das Disziplinarverfahren zwecks Amtsenthebung gegen ihn ein. In der Anklageschrift heißt es, daß er sich durch sein Verhalten außer dem Amt der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordern, unwürdig gezeigt habe, indem er aus Anlaß der Wahlen zum Reichstage Wahlaufrufe und Wahlzettel der sozialdemokratischen Partei vertheilt, und für den sozialdemokratischen Kandidaten Gutsbesitzer Hofer-Gr. Skaisgirren agitirt habe. Mittner ist nun bereits freiwillig zurückgetreten, so daß es zu einem Verfahren nicht mehr kommt.

Die Gemeinde aber wird, wie die „Königsberger Tribüne" dazu bemerkt, durchaus keinen Vortheil von der Entfernung Mittner's haben. Mittner ist im ganzen Dorf der einzige Mann, der einigermaßen federgewandt ist. Da der Ortsschulze so gut wie garnicht lesen und schreiben kann, hat der Schöffe bisher alle schriftlichen Arbeiten erledigt. Ohne daran zu denken, hat der Schulze mit auf die Amtsentsetzung Mittner's hingewirkt. Bei den übrigen Gemeindemitgliedern hat das Vorgehen gegen den Mann, den sie zum Schöffen wählten, der also ihr Vertrauen besaß, nichts weniger wie Begeisterung hervorgerufen. Wahrscheinlich hat die Maßregelung Mittner's Folgen, die seine Vorgesetzten nicht wünschen. —

Zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilte das Landgericht Chemnitz einen 12 Jahre alten, bisher noch unbestraften Schulknaben. Der Knabe hatte zweimal faustgroße Steine auf die Eisenbahnschienen gelegt und mit Steinen eine Warnungstafel der Bahn herabgeworfen. Die Steine wurden von der Lokomotive bei Seite geschoben. — Die böswillige Gefährdung eines Eisenbahnzuges, durch welche unter Umständen viele Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden können, gehört jedenfalls zu den verdammenswerthesten Verbrechen, aber ob der Junge das Bewußtsein seiner verbrecherischen That gehabt, daran möchten wir zweifeln. Das Urtheil erscheint uns ein um so furchtbareres, als damit das ganze Schicksal des Jungen für immer besiegelt ist. —

Die Deutsche Landwirthschafts-Gesellschaft wird in den Tagen vom 13. bis 17. Februar 1899 ihre große Winter-Versammlung abhalten; etwa um dieselbe Zeit tagen die anderen großen Körperschaften der deutschen Landwirthe. —

Aus dem Rheinland. (Gründung von interkonfessionellen Fachorganisationen.) Die katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, die die nördliche Hälfte der Rheinprovinz umfaßt, hielten am vorigen Sonntag in Essen einen Delegirtentag ab, auf dem 67 Vereine mit 19 109 Mitgliedern durch 194 Delegirte vertreten waren. Der einzige Gegenstand der sechsstündigen Berathung war die Gründung von Gewerkvereinen. Man redete lange über die Frage, ob diese katholisch oder ob sie konfessionslos sein sollen. Es erhoben sich schließlich nur wenige Stimmen gegen die Interkonfessionalität. Es trat klar hervor, daß es den ultramontanen Herren lediglich darum zu thun ist, mit Hilfe der evangelischen Arbeiter bei den Gewerbegerichtswahlen Siege über die Sozialdemokraten zu erlangen und überhaupt die nichtkatholischen Christen für das Zentrum einzufangen. Die Verhandlungen, die natürlich von einem Geistlichen, nämlich Dr. Pieper, geleitet wurden, waren deshalb besonders interessant, weil von den meisten Rednern alles das mehr oder minder offen bestätigt wurde, was den Führern der Zentrumspartei so oft von sozialdemokratischer Seite vorgehalten und von diesen ebenso oft abgeleugnet worden ist. Die Aachener und Krefelder Redner erzählten ohne viel Umschweife, wie sie immer erst da, wo die Sozialdemokraten die Arbeiter in Gewerkschaften gesammelt hatten, mit ihren christlichen Gegenorganisationen gekommen sind, um zu verhüten, daß „der ganze Ort sozialistisch wurde". Vorher hatte man sich den Teufel darum gekümmert, ob die Arbeiter dem Unternehmerthum unorganisirt und machtlos gegenüberstanden. — Es wurde zwar auch versichert, daß man unpolitisch sei und in den Gewerkvereinen mit dem Zentrum nichts zu thun habe, aber es lief doch mehrere Male der Mund über, wessen das Herz voll war. So meinte Kaplan Brauns: „Wir müssen unseren Parteiblättern nicht Konkurrenz machen mit unseren Fachorganen."

Interessant war auch die Stellung zum Streik. Während einige, besonders Geistliche, die gewohnten Worte von der Harmonie mit dem Unternehmerthum hersagten, nannten die meisten den Streik zwar das letzte, aber ein berechtigtes Mittel. Ganz anders als die Friedensschalmeien des Vorsitzenden klangen die Berichte der Aachener Weber, nach denen über zwei Firmen eine Sperre für die Dauer von 2 Jahren verhängt worden ist, mit dem Erfolg, daß die beiden Werke zur Zeit völlig brach liegen. — Wir wollen hier noch erwähnen, daß die Aachener christlichen Weber jüngst in einer Resolution jeden für ehrlos erklärten, der während der Zeit der Sperre in einem der beiden Werke arbeitet. Die rheinischen Klerikaldemagogen mögen nur nicht meinen, daß sie die gläubigen Arbeiter noch lange am Band zu halten vermögen; Schritt vor Schritt werden sie voran geschoben, bis sie nicht mehr mit können und den Gewerkschaften die katholischen Arbeiter überlassen müssen.

Meiningen, 24. Oktober. Die Bildung eines von dem Bund der Landwirthe unabhängigen thüringischen Bauernvereins soll nach der Ankündigung der „Dorfztg." Ende November in Weimar oder Meiningen erfolgen. —

Straßburg i. E., 25. Oktober. (Eig. Ber.) Dem vom 9. bis 15. Oktober hier abgehaltenen praktisch-sozialen Kursus des „Volksvereins für das katholische Deutschland" war in der Presse der verschiedenen Richtungen insofern eine politische Bedeutung beigelegt worden, als man vermuthen zu dürfen glaubte, bei der Wahl gerade der Hauptstadt des Reichslandes für die Abhaltung derselben habe es sich für den Volksverein im wesentlichen darum gehandelt, den Elsässern einmal an einem besonders in die Augen fallenden Beispiele die Macht und Herrlichkeit des Zentrums zu zeigen, um dadurch in ihren Reihen das Verständniß dafür wachzurufen, daß für die elsässischen Katholiken nur im intimen Anschluß an das Zentrum das Heil liegen könne. In der That sprach auch der altdeutsche Zentrums-Abgeordnete Gröber auf einer der großen Volksversammlungen der Straßburger Woche sich in diesem Sinne aus und legte der Gruppe der Elsässer im Reichstage den Anschluß an das Zentrum in warmen Worten ans Herz. Die Antwort, die ihm von den Rednern des reichsländischen Klerikalismus darauf zu theil wurde, klang nun allerdings nicht gerade besonders tröstlich; immerhin wurde dabei anerkannt, daß den politischen Wünschen und Forderungen des elsässischen Volkes durch den engeren Anschluß seiner klerikalen Abgeordneten an die große Partei des deutschen Zentrums ein starker Rückhalt verliehen werden würde. Jetzt nimmt der hier erscheinende „Elsässer", das führende Organ des reichsländischen Klerikalismus, zur Frage des definitiven Anschlusses der elsässischen Reichstagsgruppe an die Zentrumspartei in folgender Weise Stellung:

„Thatsache ist, daß man hierzulande einer formellen Angliederung nicht mehr so unfreundlich gegenübersteht; es ist wenigstens durch den Volksverein ein gemeinsamer Boden geschaffen, auf dem man sich einträchtiglich zusammenfinden, näher kennen und schätzen lernen kann. Logisch müssen solche Beziehungen zuerst zu einer engeren Anlehnung und später dann zum definitiven Anschluß führen. Das gehört — wir machen kein Hehl daraus — zu unseren Wünschen. In der Sache selbst dürften wohl alle einsichtigen Katholiken einig sein. Es bleibt nur noch eine Frage der Zeit. Diese Zeit zu bestimmen, steht unsern Vertretern im Reichstage zu."

Nach dieser Verlautbarung dürfte die Vereinigung des reichsländischen Fähnleins mit dem Gros des deutschen Klerikalismus in nicht mehr allzu weiter Ferne liegen. —

Erschossen von dem Gendarm Scheidt wurde, wie der „Frankf. Ztg." aus Straßburg gemeldet wird, der Ackerer Fiffert aus Regisheim. Dieser Mann wird wegen Brandstiftung verfolgt und sollte in der Nähe des Bahnhofes von Marzheim verhaftet werden. Er widersetzte sich der Verhaftung und der Gendarm griff zur Schußwaffe. — Wir enthalten uns vorläufig jedes Kommentars; hoffentlich wird man bald näheres über die Angelegenheit erfahren. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die „Fränkische Tagespost" in Nürnberg hatte das Gedicht des „Simplicissimus" „Im heiligen Land", wegen dessen dieses Blatt konfiszirt wurde, abgedruckt. Wie uns aus Nürnberg mitgetheilt wird, ist nun auch die Dienstag-Nummer der „Fränkischen Tagespost" wegen angeblicher Majestätsbeleidigung konfiszirt worden.

Der Schlosser P. Schultheiß in Nürnberg hat sich im Untersuchungsgefängniß scharf über Wilhelm II. ausgelassen, wofür er zu 1 Jahr 4 Wochen Gefängniß verurtheilt wurde. —

Der Kolonialrath befaßte sich in seiner Schlußsitzung am Mittwoch zunächst mit Neu-Guinea. Er billigte den Vertrag, den nach dem Plane der Regierung das Reich mit der Neu-Guinea-Kompagnie wegen Ablösung der Landeshoheitsrechte zu schließen beabsichtigt. Hieran schloß sich eine Diskussion über die Bestrebungen betr. die Einführung der deutschen Sprache in den Lehrplan der Schulen in dem Schutzgebiete. Dann wurde der Kolonialrath geschlossen. —

Ungarn.

Budapest, 26. Oktober. Abgeordnetenhaus. Die Opposition setzte auch heute die Obstruktion fort. Am Schlusse brachte Polonyi eine Interpellation ein über die Angelegenheit der Verbrüderung der kroatischen Rechtspartei mit den Slovenen im österreichischen Reichsrathe. —

Schweiz.

Bern, 25. Oktober. (Eig. Bericht.) Das eidgenössische Budget für das Jahr 1899 sieht bei 95 925 000 Fr. Einnahmen und 98 210 000 Fr. Ausgaben ein Defizit von 2 285 000 Fr. vor, während das Budget für 1898 bei 91 845 000 Fr. Einnahmen und 89 340 000 Fr. Ausgaben einen Ueberschuß von 2 084 000 Fr. vorgesehen hat. Die Zölle sollen 1 Million mehr abwerfen, das Militärdepartement 314 000 Fr., Post und Eisenbahnen 3 Millonen rc. Mehrausgaben von 2 482 000 Fr. erfordert das Militärdepartement (27 015 924 Fr.), zirka 1 100 000 Fr. das Industriedepartement, 600 000 Fr. das Finanz- und Zolldepartement, 4 300 000 Fr. das Post- und Eisenbahndepartement u. s. w. Wahrscheinlich wird sich wieder wie in früheren Jahren das budgetirte Defizit in einen Ueberschuß der Rechnung verwandeln.

Gegen die Opposition der Sozialdemokraten und Liberalen ist am Sonntag im Kanton Schwyz die revidirte Verfassung, das Hypothekengesetz, das Wuchergesetz und das Salzgesetz angenommen worden; für diese Gesetze stimmten alle Parteien. Das Salzgesetz bestimmt den Preis für das Kilo Salz mit 14 Cts. gegen bisherige 18 Cts.; der Reingewinn von zirka 65 000 Fr. soll zur Unterstützung der Landwirthschaft, des Handwerks und der Industrie, zur Förderung des Straßenwesens sowie zur Unterstützung des Schul- und Armenwesens verwendet werden. —

Zürich, 25. Oktober. (Eig. Ber.) Der Berner Regierungsrath Dr. Gobat beabsichtigt, wie gemeldet wird, im Nationalrath den Antrag zu stellen auf Kündigung des Niederlassungsvertrages mit Italien, um in einem neuen Vertrag zweckentsprechendere Niederlassungsbestimmungen zu erlangen, als sie bisher bestanden.

Ferner will der Tessiner Nationalrath Manzoni, der im Juli eine so ausgezeichnete Rede über die Italienerauslieferung hielt, den Bundesrath interpelliren über die schamlosen und verbrecherischen Umtriebe der italienischen Polizeispitzel in der Schweiz. —

Frankreich.

Paris, 26. Oktober. Die gestrige Sitzung der spanisch-amerikanischen Friedens-Konferenz verlief sehr stürmisch. Die spanischen Delegirten verlangten, daß die kubanische Schuld auf alle Fälle nicht von Spanien getragen werde. Die amerikanischen Delegirten wollten hiervon nichts wissen und haben von den spanischen Kollegen für heute eine endgiltige Antwort gefordert. Wenn dieselbe heute nicht erfolgt, werden die Unterhandlungen abgebrochen und die Feindseligkeiten von neuem beginnen.

Dahin können es freilich die Spanier unmöglich kommen lassen. —

Paris, 26. Oktober. Wie der „Temps" aus Cherbourg meldet, wurde die Garnison um ein Bataillon Marine-Infanterie und vier Kompagnien Infanterie verstärkt. Abends werden zwei Festungsbatterien erwartet.

Italien.

Alexandria, 26. Oktober. In der Ortschaft San Salvatore-Monferrato empörten sich in der vergangenen Nacht die Bauern gegen die Obrigkeit und bewarfen dieselbe mit Steinen, um die Untersuchung der Reblaus-Kommission zu verhindern. Der Brigadier und der Oberst der Karabinieri wurden verwundet, worauf eine Abtheilung Bersaglieri, welche zufällig vorüberkam, von der Waffe Gebrauch machte. Ein Bauer wurde getödtet, mehrere verwundet. Auf Anordnung der Behörden traf ein Bataillon zur Verstärkung ein. —

Dänemark.

Kopenhagen, 26. Oktober. Das Folkething nahm mit 85 gegen 12 Stimmen den von dem Finanzausschusse beschlossenen Antrag an, nach welchem das Folkething erklären möge, daß es die Verausgabung von 500 000 Kronen für die Verstärkung der Kopenhagener Seebefestigung als Hintansetzung seines Bewilligungsrechtes betrachte und sich gegen eine eventuelle Annahme der Bewilligung auf grund eines Nachbewilligungsgesetzes erkläre. —

Türkei.

Zur Kretafrage wird der „Polit. Korresp." aus St. Petersburg gemeldet: In anbetracht der vollständig korrekten Haltung, welche die Pforte bei der Räumung Kreta's seitens der türkischen Truppen an den Tag gelegt hat, ist die russische Regierung derzeit nicht abgeneigt, in die Belassung einiger kleinen Detachements als sichtbares Zeichen der Souveränetät des Sultans zu willigen. —

Aus Kandia wird vom 26. Oktober berichtet: Heute fand die Einschiffung der türkischen Besatzung statt. Es blieben nur ungefähr 400 Mann zurück. Die Einschiffung vollzog sich in größter Ruhe und Ordnung. Auf der Rhede liegen neun englische Kriegsschiffe. Der Absperrungskordon wurde nach Abzug der türkischen Mannschaften durch englische Truppen neu gebildet. Auch die Wachen an den Stadtthoren sind von den Engländern bezogen. —

Asien.

Die Verkehrsverhältnisse auf der sibirischen Eisenbahn. Die Moskauer Kaufmannschaft richtete vor einigen Tagen eine umfangreiche Eingabe an die Regierung, worin sie dringend um eine baldige Besserung der Verkehrsverhältnisse auf der sibirischen Bahn ersuchte. Nach den Ausführungen nimmt die Fahrt von Moskau aus bis Irkutsk, dem jetzigen Endpunkte der Bahn, mindestens 15 Tage in Anspruch, wobei jedoch die Reisenden einer Unzahl von Gefahren und Beschwerlichkeiten ausgesetzt sind. Das schlimmste ist die Ueberfetzung über den Ob und über den Yenisch, wofür seitens der Eisenbahnverwaltung keinerlei Vorkehrungen getroffen sind. Die Reisenden müssen sich über diese reißenden Ströme in gebrechlichen Fischerkähnen befördern lassen und während der Winterstürme ist die Ueberschreitung der halb zugefrorenen Ströme nur mit höchster Lebensgefahr möglich. —

Ueber die Seeschlacht zwischen Nordamerikanern und Tagalen in der Bucht von Manila sind nunmehr in Madrid genauere amtliche Meldungen eingetroffen:

Hiernach ist der ganze Kampf gewissermaßen nur eine Strafhandlung seitens der Nordamerikaner gewesen, wobei die Tagalen einen kurzen bewaffneten Widerstand versuchten. Die Aufständischen hatten sich bekanntlich schon seit mehreren Monaten eine eigene kleine Kriegsflotte geschaffen und zwar theilweise aus den früher von Aguinaldo mit spanischem Gelde in Hongkong gekauften Schiffen und theilweise aus Dampfern, welche die Aufständischen den Spaniern mit Gewalt entrissen hatten. Diese Flotte, die mit kleinen Geschützen armirt war und eine phantastische Flagge der „philippinischen Republik" trug, kreuzte andauernd um die Insel Luzon und besonders in der Bucht von Manila. Nach Abschluß des Friedens stellte nun die spanische Regierung in Washington wiederholt das Verlangen, diesen Schiffen die Führung der republikanischen Flagge zu untersagen oder dieselben als Seeräuber-Fahrzeuge zu behandeln. Dieses Verlangen erkannte man nun auf nordamerikanischer Seite endlich als berechtigt an, und da die Tagalen trotz des ihnen ertheilten Befehles die aufständische Flagge nicht einzogen, so erfolgte die Beschießung der Schiffe, wobei letztere nach wenigen Minuten sanken. Die Philippiner hatten allerdings mit Geschütz- und Gewehrfeuer geantwortet und dabei etwa ein Dutzend Amerikaner verwundet; sie selbst aber verloren außer ihren Schiffen 85 Todte. —

Preußische Landtagswahlen.

Im Wahlkreise Wittenberg-Schweinitz

hatten unsere Genossen auf der Kreiskonferenz, die vor dem Parteitage stattfand, den Beschluß gefaßt, sich an der Landtagswahl nicht zu betheiligen. Seitens der Freisinnigen ist aber nun behauptet worden, daß es nicht aussichtslos sei, den Kreis mit Hilfe unserer Genossen für den Freisinn zu erobern, und so haben sich die Genossen des Kreises, nachdem sich die freisinnigen Kandidaten schriftlich verpflichtet haben, für die Einführung des Reichstags-Wahlrechtes zu dem preußischen Landtag zu wirken, entschlossen, die Freisinnigen zu unterstützen.

Die Görlitzer Parteigenossen

haben gleichfalls Wahlbetheiligung und zwar Eintreten für die Freisinnigen beschlossen.

Die Parteigenossen des Kreises Liegnitz

haben den früher gefaßten Beschluß, an der Landtagswahl durch eigene Wahlmänner sich zu betheiligen, aufgehoben und sich mit den Freisinnigen des Wahlkreises dahin verständigt, daß die von denselben aufgestellten Wahlmanns-Kandidaten sofort bei den Urwahlen von den Sozialdemokraten thatkräftig unterstützt werden. Die beiden freisinnigen Kandidaten, Rechtsanwalt Kaufmann (Berlin) und Fabrikbesitzer Hoffmeister (Glogau) haben sich auf die Forderung bezüglich Einführung des Reichstags-Wahlrechts auch für die Abgeordnetenhaus-Wahlen verpflichtet.

Flugblätter zur Landtagswahl

wurden am Sonntag seitens unserer Parteigenossen in Reichenbach in Schlesien, in Frankfurt a. M. und noch vielen anderen Orten verbreitet.

Kampf um das Koalitionsrecht!

Die Zuchthausvorlage.

Die „Nordd. Allg. Ztg." hat bereits mitgetheilt, daß der Gesetzentwurf „zum Schutz der Arbeitswilligen" noch nicht fertig vorliege und deshalb nicht veröffentlicht werden könne. Die „Post" von heut Abend, offenbar offiziös bedient, fügt jenen Mittheilungen hinzu, daß der Entwurf bisher „weder vom Kaiser genehmigt, noch dem Bundesrath vorgelegt ist." Ueber den Inhalt des Entwurfs vermeldet das Blatt: „Wie der letztere (der kräftigere Schutz der persönlichen Freiheit) am wirksamsten erfolge, darüber wird zur Zeit berathen," jedenfalls aber sei davon keine Rede:

„daß es die Absicht des Kaisers und seiner Regierung sein könne, jeden, der einen deutschen Arbeiter zum Ausstand anreize, mit Zuchthaus zu bestrafen."

Ei der Tausend! Weiß denn die „Post" gar nicht mehr, was der Kaiser in Oeynhausen gesagt hat? Der Kaiser hat gesagt:

„Das Gesetz naht sich seiner Vollendung und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin jeder, er möge sein, wie er will und heißen, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll."

Die hohen Regierungsstellen nahestehende „Post" meint, es könne etwas nicht in der Absicht des Kaisers liegen, was der Kaiser ausdrücklich als seine Absicht proklamirt hat. Erkläre mir Graf Oerindur . . .

Wenn der Kaiser einen lapsus linguae begangen, so sage man es frei heraus, aber spiele nicht solch' dummes Versteckspiel, wie es die offiziösen Organe seit geraumer Zeit thun. Oder aber man gebe zu, daß der Kaiser den Gesetzentwurf so gestaltet wünscht, wie er dem Bundesrath nicht gefällt. Bleibt des Kaisers Wort bestehen, so wird er einen Gesetzentwurf des Bundesraths ohne Zuchthausstrafe nicht genehmigen und der Reichstag käme in die angenehme Lage, sich mit einem derartigen Entwurf überhaupt nicht erst befassen zu müssen.

Wie dem nun sei, mag der Gesetzentwurf Zuchthausstrafe nach der Ankündigung des Kaisers bringen oder mag er anders aussehen — das deutsche Volk wird ihm den Garaus zu machen verstehen. —

Die Unternehmer als unschuldige Lämmer

hinzustellen, die das Koalitionsrecht in keiner Weise antasten wollen, ist seit der Kaiserrede das Bestreben aller Soldschreiber der Unternehmerklasse. Nichts liege ihnen ferner, als die Beseitigung dieses Vereinigungsrechtes, das einen „überaus wichtigen, und niemals zu beseitigenden kulturellen Fortschritt" darstelle. Die Industriellen wünschten nur die „Freiheit der Arbeiter aufrecht zu erhalten, zu arbeiten, wann und wo sie wollen". So war zu lesen in den „Berliner Politischen Nachrichten" des von dem Unternehmerthum mit 12 000 Mark honorirten Schweinburg.

Diesem in allen Tonarten immer und immer wiederkehrenden Gerede, als habe das deutsche Unternehmerthum wirklich Achtung vor dem für die Arbeiter wichtigsten Rechte der Koalition, tritt das „Korrespondenzblatt" unter Beibringung reichhaltigen Materials entgegen. Die längsten und hartnäckigsten Streiks in dem letzten Jahrzehnt mußten von den Arbeitern zur Vertheidigung ihres Vereinigungsrechts geführt werden. So entstand die Aussperrung der Tabakarbeiter Hamburgs 1890/91, weil sich die Arbeiter weigerten, einen Revers zu unterschreiben, nach welchem sie sich zum Austritt aus ihrer gewerkschaftlichen Organisation verpflichten sollten. In den Jahren 1890—1897 waren von den bei der Generalkommission gemeldeten Streiks 115, die durch die Forderung der Arbeitgeber, daß die Arbeiter aus der Gewerkschaft austreten sollten, entstanden waren. In demselben Zeitraum sind 185 Streiks durch Maßregelung, die zum größten Theil die Leiter der Organisationen betraf, hervorgerufen worden. Diese Ziffern sind sehr unvollständig, und besonders fehlt es an jeder Uebersicht darüber, in wie viel Fällen der Forderung der Unternehmer nachgegeben worden ist, ohne daß der Versuch gemacht wurde, das Vereinsrecht zu vertheidigen.

Ferner erinnert die Generalkommission daran, daß die Staatsverwaltung in ihren Betrieben ebenfalls den Arbeitern die Bethätigung des Koalitionsrechts bei Strafe sofortiger Entlassung verbietet. Sodann finden eine Reihe Schreiben von Unternehmer-Verbänden Raum, in denen die Mitglieder derselben zur Entlassung von organisirten Arbeitern aufgefordert werden. Aus denselben greifen wir die folgenden heraus:

Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover
und der angrenzenden Gebiete.
Hannover, den 12. Juni 1894.

Wir beehren uns, Ihnen zur gefl. Nachachtung die Liste derjenigen Personen zu übersenden, welche von den dem Gesammtverbande deutscher Metallindustrieller angehörenden Bezirksverbänden und einigen mit uns im Kartell stehenden größeren Betrieben „als dauernd von der Einstellung auszuschließende Agitatoren" bezeichnet sind. Mit Hochachtung

Der Vorstand.
B. Körting, Vorsitzender.

Es folgen die Namen von 90 Arbeitern.

Güstrow, den 24. September 1894.

An
R. R.!

Wir überreichen Ihnen nachfolgend ergebenst das Verzeichniß der von uns wegen Streiks entlassenen Arbeiter und zeichnen

Hochachtungsvoll
Mecklenburgische Waggonfabrik,
Aktiengesellschaft.

Hier werden 129 Arbeiter namentlich, unter Angabe der Branche, bezeichnet.

Vereinigung Sächsischer Spinnerei-Besitzer.
Chemnitz, den 25. März 1898.

Herr . . . . .

Wir nehmen bezug auf unsere Mittheilung von vorgestern und behändigen Ihnen hiermit ein Verzeichniß der in der Baumwollweberei Mittweida kontraktbrüchig gewordenen Arbeiter, mit dem Ersuchen, dieselben nicht in Arbeit zu nehmen.

Hochachtungsvoll
Vereinigung Sächsischer Spinnerei-Besitzer.
Emil Starke.

Diesem Schriftstück sind die Namen von 340 Arbeitern und Arbeiterinnen beigefügt.

Endlich möge noch das seinerzeit vielgenannte Schreiben des Bürgermeisters Reinhard von Staßfurt hier nochmals mitgetheilt werden, der seine Stellung dazu mißbrauchte, den Unternehmern Mittheilung zukommen zu lassen, welche von ihren Arbeitern gewerkschaftlich organisirt seien und welche zu entlassen sind.

J.-Nr. 2178. Staßfurt, den 5. April 1890.

Ich beehre mich, den Herren Arbeitgebern ergebenst mitzutheilen, daß nachstehende, an dem Streik vom 25. v. M. betheiligte Personen am Montag, den 7. d. M., aus der Arbeit seitens der Firma C. Benecke, Hecker u. Ko. entlassen werden, und zwar:

Karl Grell, Albert Braun, Karl Lendtvogt, Konstantin Spichalski, August Mietzner und Josef Polazek.

Der Bürgermeister.
Reinhard.

Diesem Schriftstück ging ein vom 13. März 1890 datirtes voraus, in welchem mitgetheilt wird, daß bezeichnete Arbeiter in keinem Betriebe eingestellt werden sollen.

Der Artikel schließt mit den Worten: „Wenn das Unternehmerthum wenigstens so ehrlich wäre, offen auszusprechen, daß es ihm darauf ankommt, die Organisationen der Arbeiter und das Koalitionsrecht zu vernichten! In Deutschland aber scheint es zum guten Ton zu gehören, mit der Brutalität die Heuchelei zu verbinden."

Kapitalisten-Gelöbnisse.

Für die Zuchthausvorlage begeisterte sich die Hauptversammlung des Vereins deutscher Hüttenleute, die am 23. Oktober in Düsseldorf stattfand. In der Eröffnungsrede versäumte es der Vorsitzende, Geheimer Kommerzienrath C. Lueg-Oberhausen nicht, die Sozialdemokratie in kurzsichtigster Weise anzugreifen und die Zuchthausvorlage zu begrüßen. Nach einer eingehenden Erörterung der Gefahr, welche den Hochschutzzöllnern bei der Neugestaltung unserer Handelspolitik drohen könnte, fuhr er fort: „Die andere Gefahr, welche uns durch das Wachsthum unserer Eisenindustrie droht, ist darin zu erblicken, daß wir zu befürchten haben, daß die unvermeidlich damit verbundene Zunahme der Belegschaften den Eintritt mancher Elemente in die Reihen unserer Arbeiter zur Folge haben wird, welche das bisherige gute Einvernehmen bei uns zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu stören drohen. Der kürzlich stattgehabte sozialdemokratische Parteitag hat uns über das Endziel der Partei, die Vernichtung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, nicht im Zweifel gelassen. Ich bin überzeugt, daß Sie solchen Bestrebungen gegenüber alle Mann für Mann fest und treu zu Kaiser und Reich stehen, und daß wir alle gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze Arbeitswilliger gegen den Terrorismus sozialdemokratischer Wühler und Hetzer zu unterstützen bereit sind. Die zunehmende Verhetzung der Klassen, welche in den sozialdemokratischen Zeitungen zu bemerken ist, fordert zur entschiedenen Abwehr dieser Gefahr auf; damit dieselbe aber wirksam sein soll, ist auch hier unser fester Zusammenschluß das grundlegende Erforderniß."

Nach solcher Ausführung wagt es dann noch die bürgerliche Presse, den Arbeitern Sand in die Augen streuen zu wollen und so zu thun, als ob die in Oeynhausen angekündigte Gesetzesvorlage es nicht auf eine Beschränkung des Koalitionsrechtes, nicht auf eine Knebelung der Arbeiterbewegung abgesehen hätte.

Neue Protestversammlungen gegen die Zuchthausvorlage werden gemeldet aus Celle in Hannover, Kostheim in Hessen, Zeulenroda in Reuß ä. L., Neustadt in der Rheinpfalz, Limbach in Sachsen.

Partei-Nachrichten.

Bei der Gemeinderathswahl in dem altenburgischen Dorfe Windischleuba wurde aus der 3. Klasse der letzte Gegner verdrängt. Die drei Mandate dieser Klasse sind nun sämmtlich in den Händen unserer Parteigenossen.

In Oberberg i. M. wurde am Sonntag eine Volksversammlung unter freiem Himmel abgehalten, in welcher der Vertrauensmann W. Küneke über das Thema sprach: „Unser die Welt, trotz alledem". Er schilderte die schweren Verfolgungen, die die Sozialdemokratie seit der Zeit Tessendorf's bis heute durchgemacht hat, streifte die angekündigte Zuchthausvorlage sowie das Ergebniß der letzten Reichstagswahl und kam zu dem Schluß, daß unsere Partei die einzige ist, die ihren Gegnern mit voller Zuversicht zurufen kann: Unser die Welt, trotz alledem! Nach dem Referat wurde eine Resolution gegen die geplante Zuchthausvorlage angenommen.

Das Amt des Vertrauensmannes übertrug die Versammlung einstimmig wieder dem Genossen W. Küneke.

Eine Parteiversammlung in Braunschweig, die sehr gut besucht war, nahm mit allen gegen eine Stimme folgende, von Heymann beantragte Resolution an: „Die Versammlung der sozialdemokratischen Partei Braunschweigs erklärt ihr volles Einverständniß mit den Beschlüssen des Stuttgarter Parteitags. Bezüglich der Debatten über die Taktik ist die Versammlung der Meinung, daß sie eine veränderte Haltung der Partei nicht erwiesen haben, vielmehr durch sie der Beweis geliefert ist, daß das bisherige Verhalten der Partei, welches frei von aller einseitigen Anbetung von Schlagworten und Phrasen war, den Interessen der Arbeiterklasse durchaus entsprochen hat. Die Versammlung spricht ferner dem Parteitage ihren Dank aus für die eingehende Prüfung, welche der Braunschweiger Streitfall bei ihm gefunden hat und erklärt ihre volle Uebereinstimmung mit der vom Parteitag gefaßten Resolution. Die Versammlung bedauert aber gleichzeitig konstatiren zu müssen, daß die Mitglieder der Sonderorganisation, deren Existenzberechtigung der Parteitag nicht anerkannt hat, noch nichts gethan haben, um dem Beschluß des Parteitags zu entsprechen. Die Versammlung muß dies aufs schärfste mißbilligen, zumal die Mitglieder nach Bekanntgabe des Parteitagsbeschlusses schon wieder beisammen gewesen sind, somit den Beweis erbracht haben, daß sie noch immer wenig Neigung haben, die demokratischen Pflichten, welche ihnen die Parteigenossenschaft auferlegt, zu erfüllen. Die Versammlung muß aber auf das Entschiedenste verlangen, daß der Parteitagsbeschluß innegehalten wird. Wenn die Mitglieder für sich beanspruchen, daß man von ihnen die Meinung habe, sie werden die Parteitagsbeschlüsse respektiren, so haben sie denselben umgehend zu entsprechen. Diese Beschlüsse sind, wie von allen Seiten anerkannt ist, geeignet, eine gesunde Grundlage für das einheitliche Zusammenwirken aller wirklichen und ernsthaften Parteigenossen zu schaffen, weshalb auf ihre Durchführung auf das Nachdrücklichste gedrungen werden muß."

Zum ersten Vertrauensmann wurde mit 756 Stimmen Ohlendorf, zum zweiten Vertrauensmann mit 685 Stimmen Wesemeyer gewählt.

Im letzten Verwaltungsjahre war die schriftliche Agitation wegen der Wahlen sehr umfangreich. So wurden im 1. braunschweigischen Wahlkreise bei der Hauptwahl 106 500 Flugblätter und 114 000 Stimmzettel, im 2. Kreise 85 000 Flugblätter und 81 000 Stimmzettel, im 3. Kreise 30 000 Flugblätter und 40 000 Stimmzettel verbreitet, bei der Stichwahl im 1. Kreise 45 000 Flugblätter und 100 000 Stimmzettel, im 3. Kreise 25 000 Flugblätter und 42 000 Stimmzettel, abgesehen von den Flugblättern, die von Berlin und anderweit her bezogen worden waren. Außerdem wurden noch 38 700 Handplakate zu Wahlen und Versammlungen verbreitet.

Die Verfolgungswuth der herrschenden Klassen in Italien, wie sie sich vor allem in den blutigen Kämpfen in den Straßen von Mailand und den ungeheuerlichen Urtheilen der Kriegsgerichte bewährt hat, dauert noch ungeschwächt fort. Die besten Männer des Volkes schmachten in den Gefängnissen. Hunderte haben, um den Häschern zu entgehen, dem „Vaterlande" den Rücken gekehrt und fristen in der Fremde zum theil ein kümmerliches Dasein. Weitere Hunderte, die sich der Gewaltherrschaft nicht willig beugen mögen, würden gern freiwillig ins Exil gehen, wenn sie sich nur im fremden Lande eine Existenz verschaffen könnten. Unter diesen befinden sich viele Parteigenossen; fortgesetzt droht ihnen, trotzdem sie in der gesetzmäßigsten Weise handeln, die Verhaftung, das Gefängniß. Die meisten gehören der Intelligenz an und würden gern bereit sein, als Lehrer (Sprachlehrer) oder als Beamte in Handels- oder industriellen Betrieben im Auslande thätig zu sein. Sollten Parteigenossen in der Lage sein, passende Stellungen nachweisen zu können, sind sie gebeten, dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Italiens „Avanti", Rom, Via Propaganda Fide, davon Kenntniß zu geben.

Generalversammlung der Vereinigung deutscher Maler und Lackirer.

Mainz, 25. Oktober 1898.

Die Vereinigung deutscher Maler und Lackirer hat hier am Dienstag ihre Generalversammlung eröffnet. Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erstattete die Mandatsprüfungs-Kommission Bericht. Es sind 41 Delegirte, der Obmann des Ausschusses Huß-Stuttgart, der Vorsitzende Tobler, der Kassirer Wentker und Redakteur de Haas-Hamburg anwesend. Von der General-Kommission ist Sabbath zugegen.

Zu Vorsitzenden werden mit gleichen Rechten Fölsch-Lübeck und Krüger-Dresden gewählt. Nunmehr erhält der Vorsitzende Tobler-Hamburg das Wort zum Rechenschaftsbericht. Er führt folgendes an: Die Generalversammlung in Kassel faßte mehrere sehr wichtige Beschlüsse: so die Erhöhung der Beiträge von 15 auf 20 Pf. pro Woche, das achttägige Erscheinen des Vereinsorgans und Einführung der Reise-Unterstützung. Trotz der Erhöhung der Beiträge ist doch ein Aufschwung in der Mitgliederzahl zu verzeichnen und beträgt der Mitgliederbestand jetzt 1500. Man könne wohl im allgemeinen mit den bisherigen Resultaten zufrieden sein. Wohl wisse er, daß noch vieles seiner Erledigung harrt, aber auch diese Aufgaben werden gelöst werden, wenn jeder seine Pflicht thut, und das hoffe und erwarte er. An der Debatte betheiligen sich Bucholt-Dortmund, Fölsch-Lübeck, Brück-Stettin, Schubert-Hannover, Gerholo-Frankfurt a. O., Mok-Remscheid, Hein-Halle, Flemming-Charlottenburg, Kolb-Karlsruhe, Link-Berlin.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen und erhält sodann der Kassirer Wentker das Wort zum Kassenbericht. Die Gesammteinnahme vom 1. Januar 1897 bis 30. September 1898 betrug 106 676,92 M., die Ausgaben in derselben Zeit 97 488,67 M. Das Vermögen des Vereins erreichte am 31. Dezember 1896 die Summe von 15 814,05 M. und beläuft sich der jetzige Kassenbestand auf 25 002,30 M.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aufruf an die Führer und Schaffner der Berliner Straßenbahnen! Durch die Einführung des elektrischen Betriebes haben sich die Arbeitsverhältnisse im Betriebe der Berliner Straßenbahn bedeutend verschlechtert. Die Entlohnung entspricht keineswegs den Anforderungen, die bei dem sehr anstrengenden Dienst heute gestellt werden. Es ist Zeit, daß die Angestellten der Straßenbahnen sich aufraffen, um durch Anschluß an die Berufsorganisation ihre Lage zu verbessern. Dank der Unterdrückungsmaßregeln jeder freien Regung unter den Angestellten seitens der Direktionen ist es nicht möglich, daß die Angestellten frei und offen in Versammlungen über ihre Lage berathen können. Wir ersuchen daher die im Betrieb Thätigen, sich einzeln im Bureau des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Berlin C., Bischofstr. 13, 1 Tr., oder beim Unterzeichneten zur Aufnahme in die Organisation zu melden. Bereits von mehreren Depots haben sich Angestellte der Straßenbahnen dem Verbande angeschlossen, hoffentlich geschieht dies auch von den Angestellten in denjenigen Depots, wo sich bisher niemand meldete. Die Angestellten können sicher sein, daß über ihre Mitgliedschaft niemand etwas erfährt. Das Verbandsbureau ertheilt zugleich unentgeltlich Auskünfte in allen den Beruf betreffenden Fragen. Nur wenn eine größere Anzahl Führer und Schaffner Mitglied der Organisation sind, wird auch daran gedacht werden können, mit den Direktionen ein Wörtchen zu reden. Deshalb, Ihr Angestellten der Straßenbahn, schließt Euch alle Eurer Berufsorganisation, dem Zentralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter an. Der Vertrauensmann der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Berlins: Robert Oertel, Dresdenerstr. 117.

Deutsches Reich.

Arbeitsnachweise für die Hamburger Schauerleute. Auf Betreiben des Arbeitgeber-Verbandes hat sich der Verein der Rheder und der Stauerverein von Hamburg-Altona herbeigelassen, Arbeitsnachweise für die Schauerleute zu errichten. Zum 1. November wird das staatliche Gebäude Baumwall 11 geräumt und die Einrichtung für den Arbeitsnachweis getroffen. Dann werden noch weitere zwei neue Gebäude zu dem gleichen Zwecke errichtet werden.

Die Hamburger Bäckerinnung ist nun auch vom Hanseatischen Ober-Landesgericht mit ihrer Klage gegen die Bäckermeister, die den Verabredungen zur Abwehr eines Brotboykotts untreu geworden waren, abgewiesen worden. Die Meister hatten sich, als der Bäckerstreik und der Boykott drohten, bei einer Konventionalstrafe von 1000 M. verpflichtet, an keinen Brothändler während des Streiks Brot zu liefern, an den sie nicht schon vor dem Streik geliefert hatten. Viele Meister bewilligten dann später die Forderungen der Gesellen und kümmerten sich auch um den Revers nicht. Gegen diese klagte die Innung dann auf Zahlung der Konventionalstrafe von 1000 M. Das Landgericht wies die Klage ab, worauf sich die Innung an das Ober-Landesgericht wandte. Dieses hat nun die Berufung kostenpflichtig verworfen mit der Begründung, daß nach dem klaren Wortlaut des letzten Absatzes des § 152 der Gewerbe-Ordnung eine Klage nicht von Erfolg sein würde, die sich gegen sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber richte, die von Verabredungen behufs Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückgetreten seien.

Der Norddeutsche Lloyd sucht für seine ostasiatische Linie in Hamburg Leute anzuwerben, die noch unter den sonst üblichen Sätzen des Heuerbureaus in Hamburg arbeiten sollen. Diese Thatsache wurde vor kurzem in einer Seemanns-Versammlung in Hamburg bekanntgegeben und außerdem mitgetheilt, daß der Norddeutsche Lloyd durch die Vermittelung eines bekannten Heuerbaas seine Absicht zu erreichen sucht. Dafür wird also von den deutschen Steuerzahlern die Subvention für diese reiche Gesellschaft aufgebracht, damit den Seeleuten in ihrem so gefahrvollen Beruf eine besonders schofle Bezahlung zu theil und eines der schändlichsten Arbeitsvermittelungssysteme zur Anwerbung der Arbeiter benutzt wird.

Die Bezirksvereine des Verbandes der deutschen Buchdrucker im Großherzogthum Hessen haben beschlossen, an die hessischen Ständekammern eine Petition zu richten, in der die Regierung aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß sämmtliche vom Staat zu vergebenden Druckarbeiten nur an vertragstreue Firmen, das heißt solche, die die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker anerkannt haben, vergeben werden.

Die Kistenschreiner in Fürth treten in eine Bewegung ein. Sie fordern die 57stündige Arbeitszeit.

Wegen Bedrohung Arbeitswilliger wurden in Nürnberg gelegentlich des Stukateurstreiks im vergangenen Sommer fünf Arbeiter angezeigt. Bei der Verhandlung stellte sich die ganze Anschuldigung als eine nichtswürdige Denunziation heraus, sodaß sämmtliche Angeklagte, unter Uebernahme der Kosten, auch der des Vertheidigers, auf die Staatskasse, glänzend freigesprochen wurden.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Erlangen erzielte die von den Gewerkschaften aufgestellte Liste der Arbeitnehmer-Beisitzer 285 Stimmen. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt.

Ausland.

Der dänische Arbeitsmänner-Verband (ungelernte Arbeiter) hielt einen außerordentlichen Kongreß ab. Es wurde zunächst als erfreuliche Thatsache darauf hingewiesen, daß ein Mitglied ihres Verbandes (Lyngsie aus Horsens) in den Folkething gewählt sei. Seit dem letzten Kongreß sind dem Seeländischen Verbande 20 neue Vereine beigetreten. Die Mitgliederzahl ist um ca. 1500 gestiegen. Die starke Entwickelung hat einige erfolgreiche Lohnbewegungen hervorgerufen. Auch der jytisch-fynensche Verband hat sich um 12 Vereine vermehrt. Im ganzen sind 36 Lohnkämpfe in 34 Städten geführt, davon waren 21 Streiks mit 895 Arbeitern und 15 Aussperrungen mit 219 Arbeitern. Lohnerhöhungen sind erzielt in 60 Städten, die Arbeitszeit verkürzt in 21.

Soziales.

Vom preußischen Staatsbahnbetriebe. Auf der Eisenbahnstrecke Kosel-Kandrzin-Oderberg ist, wie man uns mittheilt, der tägliche Dienst der Rangirer und Weichensteller noch zwölfstündig, obwohl der Bahnverkehr sich so gesteigert hat, daß eine Verkürzung der Dienstzeit längst angezeigt gewesen wäre. Auf anderen Bahnlinien sollen die Rangirer und Weichensteller der betreffenden Kategorie schon seit geraumer Zeit die achtstündige Dienstzeit haben.

In dem in Mülheim an der Ruhr erscheinenden „General-Anzeiger" veröffentlicht ein Arbeiter namens Gustav Sokoll folgende Mittheilung:

„Am 16. Juli 1879 erhielt ich von der Eisenbahnwerkstätte zu Speldorf den Bescheid, daß ich als Schlosser daselbst beschäftigt werden könne. Herr Dr. Küderling erklärte mich nach eingehender Untersuchung für vollständig gesund. Vom 17. Juli **1879** bis 13. Januar **1896** arbeitete ich ununterbrochen in der königlichen Eisenbahn-Hauptwerkstätte als Schlosser; an letztgenanntem Tage zog ich mir bei der Arbeit auf der Eisenbahnwerkstatt durch schweres Heben eine Verletzung am Unterleib zu; es wurde mir nun vom Kassenarzt die Arbeit untersagt, und eine elastische Leibbinde und ein doppelseitiges Bruchband verschrieben. Mit einer Klage auf Unfall wurde ich abgewiesen, da selbiges eine Gewerbekrankheit sein sollte. Vom Kassenarzt wurde in einem Gutachten ausgesagt, daß das Schlosserhandwerk für mich sich nicht mehr eigne, wohl aber sei ich fähig, eine Beschäftigung als Portier oder Kassenbote anzunehmen. Eine Beschäftigung wurde mir zwar bei der Bahn angewiesen, aber nicht solche, wie vom Kassenarzt angegeben, nämlich ich sollte Polstergestelle machen. Eine solche Beschäftigung mag sich nun wohl für einen Sattler oder Schneider eignen, aber nicht für einen Schlosser, und noch dazu für einen Mann, der einen Verband trägt, wie ihn wohl noch wenige gesehen haben. Diese Beschäftigung nahm ich an, konnte dieselbe aber wegen meiner Gesundheit nicht weiter beibehalten und mußte ich mich krank melden. Für diese Arbeit (Polsternähen) erhielt ich einen Stundenlohn von **8** Pfennig. Da ich diese Arbeit im ganzen nur fünf Stunden verrichten konnte, erhielt ich einen Lohn von 40 Pf., wovon noch 2 Pf. Krankengeld in Abzug kamen. Wenn ich diese Arbeit hätte verrichten können, so würde ich einen Tagelohn von 80 Pf., mithin einen Verdienst von 240 M. jährlich gehabt haben. Ob ein verheiratheter Arbeiter aber mit 80 Pf. Tagelohn auf ehrliche Art bestehen kann, dies möge jedermann ermessen, der, wenn er auch keine hohen Ansprüche an das Leben stellt, so doch wenigstens leben will."

Die Redaktion des genannten bürgerlichen Blattes bemerkt zu dieser Mittheilung, daß sie erst den Artikel nicht habe aufnehmen wollen, da sie die Angaben des Einsenders bezweifelt hätte; es sei ihr aber eine Bescheinigung vom Mülheimer Volksbureau zugestellt worden, worin beglaubigt wurde, daß Sokoll laut Ausweis eines von ihm vorgelegten Lohnzettels für seine fünfstündige Thätigkeit wirklich nur 38 Pf. herausbekommen hat.

Angenommen, die Thatsache stehe vereinzelt, daß ein fast zwanzig Jahre lang im Dienste des Staates beschäftigter und dabei direkt oder indirekt zu Schaden gekommener Arbeiter so unglaublich mager bezahlt worden ist, wie ist es möglich, daß es in einem Staatsbetriebe Stundenlöhne von 8 Pf. überhaupt geben kann? Wenn eine Arbeit wie das Polsternähen vom Staate mit 8 Pf. die Stunde gewerthet wird, was für einen Lohn soll dann erst ein Privatunternehmer dafür zahlen, dessen Position wegen der Konkurrenz ja viel ungünstiger ist, als die eines Staatsbetriebes?

Der Eisenbahn- und der Finanzminister werden mit dem hier geschilderten Vorkommniß vermuthlich nichts zu thun haben wollen, unserer Ansicht nach ist es aber die ganz natürliche Folge ihrer übertriebenen Sparpolitik.

Die Kaufleute in Friedland i. Schl. kamen überein, ihre Läden um 9 Uhr abends zu schließen.

Die Pest.

Ein weiterer Todesfall wird erfreulicherweise nicht gemeldet, doch muß man auf den Tod der Wärterin Pecha gefaßt sein. Aus Wien wird hierüber telegraphirt: „Das Befinden der Wärterin Pecha ist unverändert sehr ungünstig. Das Bulletin von Mittwoch 6 Uhr abends über die Internirten lautet: Wärterin Hochegger 39,2, Sputum nicht blutig; Schwester Wilfrieda 37, sonst auch normal; Wärterin Göschl 37,3, klagt über Kopfschmerz. Die Wärterin Honegger zeigte heute früh Fieber in steigender Temperatur. Ihr Zustand ist besorgnißerregend. Die Uebrigen befinden sich wohl. Auch Dr. Pöch, zu dessen Unterstützung heute Dr. Knöpfmacher zugetheilt wurde, ist vollkommen wohl."

Der „Reichs-Anzeiger" schreibt heute:

„Anläßlich der Pesterkrankungen in Wien hat sich anscheinend im Publikum die Befürchtung verbreitet, daß durch ähnliche Verhältnisse auch hier ein Ausbruch der Krankheit herbeigeführt werden könnte. Zu einer derartigen Beunruhigung liegt kein Anlaß vor. Versuche mit Pestbazillen an lebenden Thieren sind seit langer Zeit weder im kaiserlichen Gesundheitsamte, noch im königlichen Institut für Infektionskrankheiten, noch im hygienischen Institut der hiesigen Universität ausgeführt worden. Solche Versuche stehen auch nicht in Aussicht und sind um so weniger nothwendig, als die einschlägigen Fragen durch die in Indien angestellten Untersuchungen hinlänglich geklärt sind und als die im vorigen Jahre von Reichs wegen zur Erforschung der Pest nach Indien entsandte Sachverständigen-Kommission Gelegenheit gehabt hat, erschöpfende Studien über die Pest, insbesondere über die Art ihrer Verbreitung und die zur Bekämpfung der Krankheit geeigneten Maßnahmen zu machen."

Das Amtsblatt der russischen Regierung, der „Regierungsbote", meldet, nach einem Berichte des Generalgouverneurs von Turkestan ist im Dorfe Anzob (Samarkand) eine epidemische Krankheit mit hoher Sterblichkeitsziffer ausgebrochen. Die Krankheit zeigt alle Symptome der Pest, doch ist es noch nicht endgiltig festgestellt, ob es sich wirklich um Pest handelt, weil bakteriologische Untersuchungen noch nicht stattgefunden haben. Von der Lokalverwaltung sind alle Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. In den Nachbardörfern sind Erkrankungen bisher nicht vorgekommen. Von der zur Bekämpfung der Pest eingesetzten Kommission sind erfahrene Bakteriologen nach dem Gouvernement Samarkand entsandt worden. Auf kaiserlichen Befehl begiebt sich der Vorsitzende der genannten Kommission, Prinz Alexander von Oldenburg, an Ort und Stelle, um alle zur Bekämpfung der Epidemie erforderlichen Maßregeln zu treffen. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 26. Oktober. (W. T. B.) Bezüglich des verhafteten angeblichen Anarchisten Oldenburg vermag die Kriminalpolizei in Altona keinerlei Mittheilungen zu machen. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß es sich um eine sensationell aufgebauschte Aeußerung eines verkommenen, wahrscheinlich sogar geisteskranken Menschen handelt.

Hamburg, 26. Oktober. (W. T. B.) Der „Hamburgische Korrespondent" meldet aus Harburg: Heute Morgen hat in der Haake ein Duell mit Schußwaffen stattgefunden, dem der in Harburg bei dem Brückenbau beschäftigte Regierungs-Baumeister Frede zum Opfer fiel, der durch einen Schuß in den Kopf getödtet wurde. Die Leiche wurde zunächst ins hiesige Krankenhaus geschafft. Ueber die anderen Betheiligten ist noch nichts zu erfahren.

Duisburg, 26. Oktober. (W. T. B.) Heute Abend durchfuhr ein Motorwagen der elektrischen Straßenbahn die geschlossene Barriere der Hafenbahn und fuhr in einen rangirenden Güterzug hinein. Zwei Personen wurden getödtet und eine Person schwer verletzt. Der Wagenführer wurde verhaftet.

Oldesloe, 26. Oktober. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet: Bei Einfahrt des gemischten Zuges 7181 in die Haltestelle Wakendorf der Strecke Neumünster-Oldesloe entgleisten heute früh die drei letzten Güterwagen. Ein Bremser wurde leicht verletzt. Materialschaden gering. Untersuchung eingeleitet.

Paris, 26. Oktober. (W. T. B.) Heute herrscht hier völlige Ruhe. Paris hat sein gewöhnliches Aussehen wieder angenommen.

London, 26. Oktober. (W. T. B.) Einer Lloydsmeldung aus Kobe zufolge stießen die Dampfer „Miyagala" und „Kimshin" zusammen. Der „Miyagala" sank; 60 Personen, sämmtlich Japaner, sind ertrunken.

Haifa, 26. Oktober. (W. T. B.) Kaiser Wilhelm und Kaiserin Auguste Viktoria sind am Dienstag Nachmittag an Bord der „Hohenzollern" vor Haifa eingetroffen und um 4 Uhr nachmittags gelandet.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Mittwoch, den 26. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Das Andenken des verstorbenen Stadtv. Seifenfabrikanten Weyer ehrt die Versammlung in üblicher Weise.

Der Stadtv. Hellriegel hat wegen Verzuges nach Charlottenburg sein Mandat niedergelegt.

In die gemischte Deputation zur Vorberathung des Antrags Ladewig wegen Versetzung der 4 Bronzegruppen von der Potsdamer Brücke ist auch Stadtv. Dupont gewählt. Der gemischten Deputation zur Vorbereitung der Wahl zum Steuerausschusse der Gewerbesteuerklasse I gehört u. a. der Stadtv. Tolksdorf an.

Vorweg wird auf Antrag des Stadtv. Kalisch beschlossen, die beantragten Entschädigungen von 13 000 bezw. 18 000 M. an die Eigenthümer des Teltower Kreishauses, Viktoriastr. 18, und des Hauses Viktoriastr. 20 zu bewilligen für die an diesen Gebäuden durch die Anrampung der Potsdamer Brücke nothwendig gewordenen baulichen Veränderungen. Der Ausschuß hatte die betr. Bewilligungen einstimmig empfohlen.

Zur Verhandlung steht sodann der umfangreiche Bericht des Ausschusses über den neuen Vertragsentwurf mit den Berliner Elektrizitätswerken. Der Ausschuß hat am 17. Mai d. J. seine Berathungen begonnen und in acht Sitzungen zu Ende geführt; in seiner letzten Sitzung am 1. Oktober gelangte der Entwurf mit 9 gegen 5 Stimmen zur Annahme. Wie der Bericht bemerkt, wurde die am Schlusse der ersten Lesung des Entwurfs vorbehaltene Generaldebatte über den Vertrag bezw. über die Frage der etwaigen Uebernahme der Werke in die städtische Verwaltung noch Beendigung der zweiten Lesung „vom Ausschusse nicht beliebt" und sofort zur Abstimmung geschritten. Berichterstatter ist Stadtv. Michelet. Bis zum 1. Oktober 1915 begiebt sich durch den Vertrag die Stadt ihres Rechtes, die Uebertragung des Eigenthums zu verlangen. Zu den §§ 25 ff., welche die näheren Festsetzungen über die von dem Unternehmen für die Benutzung der Straßen, Brücken und Plätze zur Legung und Unterhaltung von Kabelleitungen an die Stadt zu entrichtende jährliche Gebühr enthalten, haben die Stadtvv. Deter, Singer u. Gen. eine Reihe von Amendements eingebracht. Die Abgabe soll 10 pCt. der Brutto-Einnahme betragen; soweit spätere Inkommunalisirungen in Frage kommen, soll diese Abgabe nur dann erhoben werden, wenn dort die Elektrizität zu denselben oder zu höheren Preisen wie in Berlin geliefert wird. Die Antragsteller beantragen die Streichung dieses Zusatzes; eventuell wollen sie die Abgabe von 10 auf 16⅔ pCt. erhöht wissen. Außer der Brutto-Abgabe soll jährlich ein Antheil am Reingewinn an die Stadt abgeführt werden. Dieser Antheil ist im Entwurfe auf 40 pCt. vom Reingewinn über 6 pCt. des Aktienkapitals bis 20 Millionen Mark und auf 40 pCt. über 4 pCt., soweit das Aktienkapital diese 20 Millionen übersteigt, bemessen. Die Antragsteller wollen die Quote auf 50 pCt. normiren. Ein Zusatz zum § 30 soll nach den Anträgen Deter-Singer den Magistrat berechtigen, die Erwerbung der Grundstücke zum Buchwerth zu verlangen, wenn er sich für die Uebernahme der gesammten Anlagen zum Taxwerth entschieden hat. Ein besonderer Vertrag regelt das Verhältniß zwischen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, die die Geschäfte für Rechnung der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke führt, und dieser letzteren. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft hat alle nicht aus dem Betriebe entstehenden Kosten und Gehälter zu tragen und soll dafür aus der Brutto-Einnahme der Elektrizitätswerke 7½ pCt. bis zur Höhe von 500 000 M. und 4 pCt. von dem Mehrbetrag erhalten, außerdem 2 pCt. der Brutto-Einnahme für die zum Bahnbetrieb gelieferte Elektrizität. Nach den Anträgen Deter-Singer sollen diese Leistungen auf 3 bezw. 1 pCt. reduzirt werden.

Ueber die Form der Berathung entsteht zunächst eine Geschäftsordnungs-Debatte. Stadtv. Kreitling will die Verhandlung über § 1, welcher den Magistrat zum Abschluß des Vertrages ermächtigt, bis zur Erledigung der Berathung der Modalitäten desselben aussetzen, während der Vorsteher und mit ihm die Stadtvv. Jacobi, H. Sachs und Spinola die Erörterung der prinzipiellen Frage sowie der sonstigen Streitpunkte bei § 1 stattfinden lassen wollen. Der Auffassung des Stadtv. Kreitling schließen sich die Stadtvv. Singer und Rosenow an. Der Antrag Kreitling wird abgelehnt.

Stadtv. Kyllmann tritt für Annahme des § 1 ein. Schon vor 4½ Jahren habe er die Anregung gegeben, in die Prüfung der Frage der eventuellen Uebernahme durch die Stadt einzutreten. In der bloßen Thatsache, daß diese Prüfung so lange gedauert habe, liege schon die Antwort auf die Frage, ob die Stadt solche Unternehmungen in eigene Regie übernehmen könne. Durch die eigenthümliche Verfassung der Stadtverwaltung, durch ihre bureaukratische Schwerfälligkeit, durch die Vielköpfigkeit der städtischen Behörden, durch die Unmöglichkeit, einen einzigen, einen Selbstherrscher, an die Spitze des Unternehmens zu stellen, werde das Mißlingen des Schrittes der Uebernahme unausbleiblich gemacht. Die Stadt bekomme nicht einmal einen einheitlichen Wassertarif fertig, ganz aus denselben Gründen. Privatgesellschaften könnten sich unvergleichlich viel freier bewegen und viel leichter die geeigneten Kräfte für die Leitung gewinnen, da sie es auch viel eher verantworten könnten, die außerordentlich hohen Gehälter zu zahlen, welche die leitenden Techniker solcher Riesen-Unternehmungen beanspruchen. Vor viereinhalb Jahren sei er selbst für den Regie-Gedanken eingenommen gewesen; in dieser Zeit habe er sich von der Unmöglichkeit der Ausführung des Gedankens überzeugen müssen. Dem großen Risiko der Uebernahme stehe vielleicht ein jedenfalls aber nicht großer finanzieller Vortheil gegenüber, den er nicht für ausschlaggebend ansehen könne.

Stadtv. Rosenow ist sehr verwundert, daß Herr Kyllmann heute sein eigenes Kind so schlankweg verleugnet. Heute mache sich Herr Kyllmann das fadenscheinigste Argument des Magistrats und der Ausschußmehrheit zu eigen, daß die Stadt die geeigneten Techniker nicht finden und nicht bezahlen könne. Herr Kyllmann scheine sogar die Ueberlassung der Wasserwerke an private Verwaltung zu befürworten. An der Versammlung liege es doch wahrhaftig nicht, daß die wünschenswerthen Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung der Wasser- und Gaswerke nicht vorwärts kämen, sondern am Magistrat. Die angebliche Schwerfälligkeit der städtischen Verwaltungs-Organisation sei nur ein Schreckgespenst. Ein Rückgang in technischer Beziehung nach der Uebernahme der Werke sei ganz ausgeschlossen. Wenn die Stadt auch einen bedeutenden Betrag als Abgabe ohne Mühe einheimse, so bliebe doch das Doppelte für die Aktionäre übrig, und so theuer könnte die Stadt nur unter einer ganz miserablen Verwaltung wirthschaften, wenn dieser Mehrüberschuß für die Stadtkasse völlig verloren gehen sollte. Ganz ähnlich stehe es mit dem Schreckgespenst, daß man mit solcher eigenen Regie in den Sozialismus hineinsteuere. Es sei ein sehr gesunder kommunaler Gedanke, den großen Gewinn von 12—13 pCt. für die Stadt selbst nutzbar zu machen. Und man brauche sich doch blos an die wunderbare Art zu erinnern, mit welcher die großen Privatkapital-Unternehmungen, wie die Pferdebahn, die Stadt behandelt hätten, um sich darüber zu beruhigen, daß man den berechtigten Interessen dieser Unternehmungen etwa zu nahe trete; auch diese gingen ja mit den Interessen der Stadt nicht irgendwie sanft um, sondern ließen lediglich den geschäftlichen Standpunkt gelten. Auch die Frage der Verbilligung spielt hier eine Rolle. Wolle die Bevölkerung billigere Preise haben, und lasse sich diesem Wunsche entsprechen, so werde doch auch seitens der Stadtverwaltung darauf eingegangen werden, gerade so wie es auch bei dem Gaspreise geschehen sei. Der Stadtelektriker Kallmann habe noch vor kurzem den jetzigen Zeitpunkt für den geeignetsten erklärt zur Uebernahme der Werke; seitdem sei nichts geschehen als ein glücklicher Schachzug einer Gesellschaft, welche mit ihrem Direktor klüger sei, als die gesammte Versammlung mit dem gesammten Magistrat zusammen! (Großer andauernder Sturm der Entrüstung; Rufe: Zur Ordnung! Der Vorsteher bittet den Redner, in seinen Ausdrücken vorsichtiger zu sein.) Auch die Schauermär, daß das Kleingewerbe sich nach der Uebernahme aus Berlin herausziehen werde, habe bei keinem Unbefangenen irgend welchen Werth. Man lasse sich daher nicht einschüchtern. Man könne ja doch auch die Werke übernehmen und anderweit verpachten. Wenn man das Werk jetzt nicht für 20 Millionen übernehme, werde es einfach unmöglich sein, er später, wenn es 60 oder 100 Millionen koste, jemals zu übernehmen. (Sehr richtig!) Deshalb solle jeder, der nicht für alle Zeit das Recht der Stadt aus den Händen geben will, heute den Vertrag ablehnen. Immer mehr gelange auf diese Weise ein kleiner Kreis von Großkapitalisten zur Macht über alle Verhältnisse der Stadtgemeinde, wie denn auch dieser kleine Kreis von Interessenten schon bis in die Mitgliedschaft des Magistrats hineinreiche. Den Verdacht, daß auch hier die Wahrnehmung von privaten Interessen ausschlaggebend sei, wolle er von vornherein nicht aufkommen lassen. Die Bevölkerung wünsche unter keinen Umständen die Interessen der Stadtgemeinde Privatgesellschaften auszuliefern. Die Berliner Bürgerschaft wolle Herr im eigenen Hause bleiben. (Beifall.)

Stadtv. Jacobi: Das interessanteste in diesen Ausführungen war jedenfalls dasjenige, was wir sonst nur von sozialdemokratischer Seite zu hören gewohnt waren. (Lebhafter Widerspruch und Zustimmung.) Ich kann das nur aufrechterhalten, wir werden ja sehen, ob Herr Rosenow diese Anschauung auch ins liberale Programm zu überführen versuchen wird. Die A. E.-G. ist jetzt eine europäische Musteranstalt. Wenn man nichts riskirt, kann man nichts erringen. (Gelächter und Zustimmung.) Es giebt auch elektrische Anlagen, die keine guten Geschäfte machen. Daß die Vorberathung der Frage der Uebernahme 4½ Jahre gedauert hat, beweist thatsächlich, daß der städtische Betrieb ganz ungeeignet ist; aus diesem Umstande allein seien der Berliner gewerbetreibenden Bevölkerung schon ganz erhebliche Nachtheile erwachsen. Der städtische Betrieb sei ganz unfähig, solchen Gewinn wie eine Privatunternehmung herauszuwirthschaften. Fände sich selbst der Mann von höchster Tüchtigkeit für die Leitung des Unternehmens als städtischen Betriebes, so würde er durch die Rücksicht auf die Steuerquote von 100 pCt., auf die Erträgnisse der Gaswerke, auf die Anforderungen der Interessenten und auf seinen Chef, Ueberschüsse zu erzielen, stetig gehemmt und beengt sein. Unzweifelhaft erwachsen dem Publikum aus den Bestimmungen des Vertrages ganz erhebliche Vortheile. Komme der Vertrag zustande, so könne das ganze Weichbild sofort mit Kabeln versehen werden. Die Uebernahme durch die Stadt würde ein unheilvoller Schritt für die Stadt sein. (Beifall und Zischen.)

Stadtv. Singer: Die Konsequenz der Ausführungen des Vorredners müßte doch eigentlich der dringliche Antrag sein, der Gesellschaft und den Elektrizitätswerken ein Dankesvotum auszusprechen, weil diese beiden nach seiner Auffassung die größten Wohlthäter der Stadt Berlin seien. Ich habe in meinem ganzen öffentlichen Leben noch nicht so wie heute erlebt, wie das Bestreben, dem Privatkapital zu nützen, dazu führt, die eigene Verwaltung herabzusetzen. Bei diesen Ausführungen und denen des Herrn Kyllmann mußte einem der Gedanke kommen an den Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt. (Unterbrechungen). Es ist unerhört und beschämend zu sehen, wie man nach 50jähriger Arbeit in gewissen Kreisen über die Errungenschaft denkt, daß die Gemeinden ihre Angelegenheiten selbst verwalten; und wenn man hier so spricht, darf man sich nicht wundern, daß man an gewissenen anderen Stellen auch über die Selbstverwaltung nicht eben besonders hoch denkt. Hier will man das Recht der Stadt an ihren Straßen und Plätzen für das Linsengericht eines Trinkgeldes an eine private Kapitalistengesellschaft ausliefern. Seit dem ersten Antrage von unserer Seite, der gegen die Ausbeutung der städtischen Gerechtsame durch das Privatkapital gerichtet war, haben sich die Freunde dieses Standpunktes zu einer recht erfreulich großen Minorität herangearbeitet. Wenn nun heute Herr Jacobi dem Kollegen Rosenow die Schande anthun zu müssen glaubt (Stadtv. Jacobi: Die Ehre!) — es hat doch etwas anders geklungen! —, ihn sozialdemokratischer Anschauungen zu beschuldigen, so kann sich Herr Rosenow thatsächlich in der sozialdemokratischen Gesellschaft wohler fühlen als in der des Liberalismus, wie ihn Herr Jacobi vertritt (Sehr gut!) Aus der Vorgeschichte des Vertrages muß hier angemerkt werden, daß 1896 die gemischte Deputation für die Uebernahme der Werke votirte, und daß, da das Spiel losging, indem die Vertreter der Gesellschaft alle Minen springen ließen und immer mehr anboten und schließlich so lange an der Frage der Uebernahme herumgedoktert wurde, um die ursprüngliche Auffassung zu unterminiren. Auch nach diesem Mehrangebot bleibt ja der Vertrag für die Gesellschaft immer noch sehr lukrativ. Passiren denn die Einrichtungen Berlins auf der mehr oder minder großen Einnahme, müssen sie nicht vielmehr getragen sein von der Rücksicht auf das Wohl der Einwohner, für die die Einrichtungen getroffen werden? Jeder Zuwachs an der Abgabe für die Stadt vertheuert doch um das Vielfache das Produkt, welches an die Konsumenten geliefert wird. Jedenfalls kam plötzlich die Mehrheit der gemischten Deputation, zu der sich später noch Stadtrath Marggraff gesellte, zu der Meinung, daß die Uebernahme sich nicht empfehle, und man einigte sich schließlich auf die heutige Vorlage. Von einem Vortheil für die Stadt ist dabei nach unserer Anschauung gar keine Rede. Die Gewinnbetheiligung, der Köder, auf den die Verwaltung anzubeißen im Begriff ist, verhindert für alle Zeit die spätere Uebernahme. Und haben wir denn ein so großes Interesse an dem Werk an der Oberspree? Dieses Werk ist von der Gesellschaft einzig geschaffen, um es als Druckmittel gegen die Uebernahme der Werke durch die Stadt benutzen zu können. Nach den Bestimmungen der Städte-Ordnung wird jedenfalls, so nehme ich an, niemand an der Beschlußfassung theilnehmen, der im Besitz von Elektrizitätsaktien ist; wie sollte sich denn auch ein Mitglied der Versammlung so gegen die von ihm beschworene Verfassung vergehen!? Aber die Gefahr, daß wir im Begriff stehen, den Aktiengesellschaften und den mit ihnen koalirten Finanzmächten das Recht auf die Benutzung der städtischen Straßen und Plätze auszuliefern, liegt doch außerordentlich nahe. Ist die Ertheilung solcher Monopole an Privatgesellschaften etwas Nützliches? Thatsächlich bekommen mit diesem Vertrage die Elektrizitätswerke ein Monopol für die ganze Stadt; der bezügliche Vorbehalt in § 1 steht nur auf dem Papier. Selbst diejenigen, welche noch gelinde an der Befähigung der städtischen Verwaltung zweifeln, müssen doch den zu zahlenden Preis als zu hoch erkennen. Die Betriebsgesellschaften sind heute Töchtergründungen der Baugesellschaften, welche die Verkehrs- u. s. w. Anlagen gebaut haben, sie sind untereinander und mit den großen Finanzinstituten verschwägert, verbunden, fusionirt; jeder hat seine Hand auch in der andern Verwaltung; schließlich koalirt sich das ganze Kapital derselben zum Schaden der Stadt Berlin, dessen Straßen und Plätze es abgrast. Aber sie ziehen ihre Kapitalsfäden direkt in die städtische Exekutive hinein, indem sie Magistratsmitglieder in ihre Aufsichtsräthe setzen, und nicht genug damit, müssen wir es doch erleben, daß die Herren, die wir selbst gewählt haben, es mit ihren Amtspflichten für vereinbar halten, direkt in den Aufsichtsräthen der Gesellschaften zu sitzen, mit denen wir hier Verträge schließen! (Hört! hört! und Bewegung.) Diese Fäden müssen abgeschnitten werden. Daß man in solchem Moment dazu übergeht, bis 1915 auf Abänderung dieser Bedingungen verzichten zu wollen, kennzeichnet mehr als irgend etwas sonst die Klassenwirthschaft, die im Interesse des Kapitalismus hier getrieben wird. (Großer Lärm.) Ihr Schreien beweist nichts weiter als Ihren Aerger über die Richtigkeit meiner Ausführungen. Sie werden ja vermuthlich diesen Vertrag annehmen, selbstverständlich die Verantwortung dafür zu tragen haben; die heutige Beschlußfassung wird einen Theil der Versammlung in die Lage bringen, vor der Oeffentlichkeit die Verantwortung für diese Wirthschaft abzulehnen. Wir erleben die Zeit sehr bald, wo auch denen die Augen aufgehen werden darüber, denen sie heute noch nicht geöffnet sind. Dann aber wird es zu spät sein. Heute könnte die Versammlung nichts Besseres thun, als mit § 1 den gesammten Vertrag abzulehnen und ernsthaft an die Uebernahme und den Betrieb der Werke zu gehen. Ich bin fest überzeugt, handelte es sich um eine Anlage, wo die Gegner der Uebernahme innerlich von der Nothwendigkeit der Uebernahme überzeugt wären, die Herren Jacobi und Kyllmann würden auch vorschwereren Aufgaben nicht zurückschrecken; sie würden gerade zeigen, was für intelligente, geschäftskundige Leute in der städtischen Verwaltung vorhanden sind. (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Kollege Jacobi, der sich so unterrichtet über den ganzen inneren und äußeren Betrieb dieser Privatunternehmungen zeigt, sollte doch auch wissen, daß die Gesellschaft Hunderttausende für Versuche zur Verbesserung der Technik des Betriebes ausgiebt; warum sollte die Stadt das nicht auch thun? In England und Frankreich sind eine Reihe städtischer Anstalten vorhanden, welche mit Gewinn betrieben werden; aber auch in Deutschland haben Breslau, Königsberg u. s. w. solche Anstalten, und es ist nicht bekannt geworden, daß diese vor dem Bankrott stehen. Welche tüchtigen Fachleute diese Kommunen aufzuweisen haben, wissen wir ja, wir haben uns ja selbst aus Breslau die tüchtigsten Fachleute geholt, und auch jetzt haben wir an der Spitze unserer städtischen Verwaltung einen Mann, der sich die Sporen für den Dienst der Selbstverwaltung in Breslau erworben hat. Wir übernehmen die Werke nicht, weil wir nicht können, sondern weil wir nicht wollen und wir wollen nicht dem Privatkapital zu liebe; ich hoffe, daß die Zeit nicht fern sein wird, wo diejenigen, welche diese Anschauung haben, mit elementarer Gewalt aus dem Tempel gejagt werden! (Stürmischer Beifall und lärmender Widerspruch.)

Bürgermeister Kirschner: Wer in jeder Aktiengesellschaft eine Gesellschaft von gemeingefährlichen Personen sieht (Widerspruch und Zustimmung), wer die Rechte der Stadt verkauft, steht mit dem Abschluß eines Vertrages mit einer solchen, wer damit Klassenpolitik getrieben sieht, der kann sich natürlich für den Vertrag nicht aussprechen. Ich nehme an, daß Herr Singer den Vorwurf des bewußten Handelns nach dem Prinzip einer solchen Klassenpolitik nicht hat machen wollen, trete aber für alle Fälle diesem Angriff auf die große Mehrheit des Magistrats entschieden entgegen. Sollten die Zeiten eintreten, auf die zuletzt so liebenswürdig hingewiesen wurde, dann wird der Magistrat schon vorher und freiwillig seinen Platz geräumt haben. (Heiterkeit.) Klassenwirthschaft würden wir gerade treiben, wenn den Prinzipien des Herrn Singer gemäß verfahren würde. Der Magistrat steht ganz geschäftsmäßig auf dem Standpunkte, daß er zur Zeit die Uebernahme für bedenklich hält. Ich habe seinerzeit für die Uebernahme der Elektrizitätswerke als Stadtverordneter in Breslau gestimmt und habe seinerzeit bei der Abstimmung in der gemischten Deputation den Ausschlag gegeben. Ganz nüchterne Erwägungen haben mich zu einer Aenderung meiner Auffassung gebracht. Die Bedenken liegen hauptsächlich in der gegenwärtigen Situation und in dem gegenwärtigen Stande der Technik. Alle Erfahrungen auf dem Gebiete der Elektrizität schnell und zweckmäßig zu verwerthen, ist für eine städtische Verwaltung sehr schwierig; auch kann sie nicht mit derselben Agilität verfahren, welche ein solches Werk unbedingt erfordert. Eine ungewöhnliche Entwickelung der Technik auf diesem Gebiet steht vor der Thür und daher stellt sich der heutige Moment als der ungeeignetste für die Uebernahme dar. Herr Rosenow hat ja schon selbst gesagt, so viel Klugheit, wie der eine Mann an der Spitze der Gesellschaft, besitze der Magistrat und die ganze Versammlung nicht; wo sollen wir nun den befähigten Mann hernehmen? (Zurufe: Rosenow! Große Heiterkeit.) Der Mann steht unter der städtischen Behörde und unter der Aufsichtsbehörde; daraus ergeben sich die größten Schwierigkeiten für eine rasche und ordnungsmäßige Führung der Geschäfte. Die bestehenden Werke sind mustergiltig, der Betrieb tadellos, die Preise niedrig, niedriger als sonstwo. Dem finanziellen Vortheil der Uebernahme stehe ich skeptisch gegenüber. Wir haben seit 1888 4,9 Millionen, die Aktionäre 9,2 Millionen erhalten, diese aber haben das Kapital aufgebracht und das Risiko getragen. Der städtische Gewinnantheil ist also doch nicht unverhältnißmäßig klein. Störungen des Verkehrs sind nachdem die Baugruben für die Kabel wieder geschlossen waren, nirgends empfunden worden; ein schlechtes Sozietätsgeschäft machten wir also nicht. Einen größeren Gewinn würden wir durch eigene Verwaltung nicht herausschlagen, denn die Stadt hätte einen theuren Erwerbspreis zu zahlen, und daß sie theurer als Private arbeitet und verwaltet, darf ich wohl sagen, ohne den Vorwurf zu fürchten, daß ich mein eigenes Nest beschmutze. Ich hatte s. Z. für die Uebernahme gestimmt, in der stillen Hoffnung, daß die Berliner Elektrizitäts-Werke sich dann leichter zu Konzessionen verstehen würden; dieser Fall ist eingetreten. (Bewegung.) Herr Singer sieht keine Vortheile. Ich habe nicht das Gewissen, zu sagen, es ist kein Vortheil, wenn ich statt 25 pCt. 40 bekomme; und so sind der neuen Vortheile in dem Vertrage noch eine ganze Reihe. Es wäre ein schlechtes Geschäft, uns diesen Vortheil entgehen zu lassen und uns auf das zweifelhafte Ergebniß einer Uebernahme einzulassen. Von diesen praktischen Gesichtspunkten aus hat der Magistrat die praktische Frage zu beantworten gesucht. Natürlich muß man auch diesem wie jedem Kontrahenten gegenüber vorsichtig sein; lassen Sie sich aber nicht durch Drohungen abschrecken, schließlich nach Ihrer Ueberzeugung auch zu stimmen. (Beifall.)

Stadtv. Spinola sieht in der Uebernahme nur die Sicherheit, daß die Stadt sich in einen wahren Strudel von Unannehmlichkeiten und Hindernissen stürzen werde. Herr Singer habe heute wieder einmal in die sozialdemokratische Lärmtrompete gestoßen: das Privatkapital müsse ruinirt werden. Man solle der Sache ein Ende machen.

Stadtv. Dinse verwahrt sich gegen die prinzipiellen Ausführungen Singer's, tritt aber im übrigen auch lebhaft für die Uebernahme ein.

Stadtv. Mommsen variirt die für die Abschließung des Vertrages von den vorhergehenden Rednern bereits vorgetragenen Argumente und steuert als neuen Gedanken nur bei, daß es das beste wäre, auch die Gaswerke zu verpachten. Herr Singer und Herr Rosenow hätten die Redefreiheit gemißbraucht, wenn sie unterstellten, es ließen sich Mitglieder der Versammlung oder des Magistrats von Rücksichten leiten, die außerhalb sachlicher Erwägungen liegen. Man sorge lieber dafür, daß Leute in die Versammlung gewählt werden, welche nicht einseitig nach politischen Rücksichten entscheiden. Alle anständigen, alle guten Elemente sollten sich solchen Insinuationen gegenüber solidarisch erklären. (Unruhe und Zustimmung.)

Ein Schlußantrag wird gegen ¾10 Uhr abgelehnt.

Stadtv. Deter tritt dem selbstverwaltungsfeindlichen Standpunkte des Stadtv. Mommsen entgegen und empfiehlt seinerseits die sofortige Uebernahme, da eine solche nach 17 Jahren eine absolute Unmöglichkeit sei.

Nach Ablehnung eines erneuten Schlußantrages legt Stadtv. Hugo Sachs den Standpunkt der Minderheit seiner Fraktion dar, die in erster Linie für die Uebernahme der Werke eintritt. Diese kleine Minderheit theile natürlich nicht die prinzipielle Auffassung Singers bezüglich der Betheiligung des Privatkapitals, stimme der Uebernahme vielmehr zu, weil kein Risiko mehr dabei sei. Die Wandlung der Auffassung beim Bürgermeister und beim

Stadt-Elektriker Kallmann sei doch sehr auffallend. Herr Mommsen gehe gar schon soweit, der Parzellirung des städtischen Grundbesitzes das Wort zu reden. Wie sei es nur zu erklären, daß man 1896 die Uebernahme beschloß und heute sie für unausführbar erklärt? Mit der heutigen Entscheidung für den Vertrag werde die Uebernahme für alle Zeit und Ewigkeit verhindert.

Bürgermeister Kirschner bekämpft diese Auffassung und hält es keineswegs für unmöglich, daß 1915 die heutigen Bedenken gegen die Uebernahme geschwunden sind. An dem Kostenpunkte werde es dann gewiß nicht liegen.

Stadtv. Rosenow weist noch auf die Möglichkeit der Uebervortheilung der Stadt infolge des Verhältnisses hin, in welchem sich die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und die Berliner Elektrizitätswerke zu einander befinden. Daß Aktiengesellschaften Konsortien von gemeingefährlichen Individuen seien, habe er nicht im entferntesten gesagt; der Bürgermeister hätte in seiner Rüge vorsichtiger sein und besser aufpassen sollen. (Unruhe). Gegen das Verfahren, ihn, einen Gegner der Sozialdemokraten, mit diesen in einen Topf zu werfen, protestirt Redner sehr energisch. Gerade Herr Jacobi habe einmal bei einer Wahl in der dritten Abtheilung um die Stimmen der Sozialdemokraten geworben. (Großer Lärm.)

Bürgermeister Kirscher spricht sein Bedauern aus, daß der Vorredner vertrauliche Mittheilungen aus einer Deputation angezogen habe, um seine eingangs angedeutete Möglichkeit einer Uebervortheilung zu erhärten.

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bedauert Stadtv. Singer, Herrn Mommsen nicht eingehend antworten zu können. Sehr schön nehme sich die Mahnung nach Unabhängigkeit nicht aus im Munde eines Mannes, der noch bis vor ganz kurzer Zeit bei einer Gesellschaft bedienstet war, deren Interessen hier verhandelt worden sind, und der sich als Stadtverordneter mit an diesen Verhandlungen betheiligt hat.

Stadtv. Mommsen: Sie kennen mich alle, meine Herren; Sie werden mir glauben, wenn ich Ihnen sage, daß Herr Singer mit seiner Bemerkung eine ganz niederträchtige Unwahrheit gesagt hat. (Große Unruhe; der Vorsteher ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.) Ich habe bei der Berathung über eine Firma, bei der ich bedienstet war, mich niemals als Stadtverordneter betheiligt; ich habe immer das städtische Interesse wahrgenommen.

Stadtv. Singer: Herr Mommsen hat zur Zeit, als er Stadtverordneter war, im Auftrage seiner Firma Siemens u. Halske sich an Verhandlungen mit Vertretern des Magistrats in Rücksicht auf einen mit ihr abzuschließenden Vertrag betheiligt, das wird er nicht bestreiten.

Stadtv. Momsen: Das habe ich niemals bestritten. (Lärm.) Herr Singer hat aber gesagt: „in der Eigenschaft als Stadtverordneter." Ich bin als Stadtverordneter nicht verpflichtet, den Begriff meiner Berufsinteressen soweit auszudehnen, daß ich in allen Fällen, wo der Beruf mich mit der Stadt in Beziehung bringt, überhaupt nicht erscheine. Ich habe in dem Falle nicht die Interessen der Stadt, sondern der Firma vertreten. (Andauernde Unruhe.) Kein freier Mann wird sich das verschränken lassen.

Die Abstimmung ist eine namentliche und ergiebt die Annahme des § 1 mit 57 gegen 45 Stimmen.

Die weitere Berathung wird um ½10 Uhr auf Dienstag 5 Uhr vertagt.

Lokales.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

Die Mitglieder der Lokalkommission für Berlin und Umgegend werden ersucht, umgehend ihre Adressen an den Unterzeichneten einzusenden. J. A.: Oskar Mahle, Berlin S., Ritterstr. 3, III.

Den Mitgliedern des Wahlvereins für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) zur Nachricht, daß die Protokolle des Stuttgarter Parteitages von heute ab beim Kassierer Otto Franke, Pallisadenstr. 9 im Restaurant, sowie in sämmtlichen Zahlstellen unentgeltlich in Empfang genommen werden können, doch darf ein Restiren der Beiträge von mehr als 2 Monaten nicht vorhanden sein. Ferner theilen wir mit, daß die nächste Vereinsversammlung Dienstag, den 8. November, stattfindet. Genosse Zubeil hat das Referat übernommen. Lokal sowie Thema wird später bekannt gegeben. Der Vorstand.

Freie Volksbühne. Die Vorstellung der 5. Abtheilung (gelbe Karten) findet Sonntag Nachmittag 2¾ Uhr im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater statt. — Im November beginnt die 3. Serie der Vorstellungen am 6. im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater. Die Vorstellungen folgen am 13., 20., 27. November und 4. Dezember. Zur Aufführung gelangt „Lumpenbagasch", Schauspiel in 1 Akt von Paul Ernst und „Liebelei" von Arthur Schnitzler, Schauspiel in 3 Akten. Mitwirkende Gäste sind Herr Franz Haid (Lessing-Theater), Fräulein Eisenhut, Fräulein von Oltzar, Fräulein Sydow (Lessing-Theater), Herren Jaray und Kaißler. — Da die Abtheilungen gegenwärtig sämmtlich gefüllt sind, können Meldungen neuer Mitglieder in diesem Monat nicht mehr berücksichtigt werden. Vorläufige Anmeldungen für die neue sechste Abtheilung, die ihre erste Vorstellung erst nach Weihnachten hat, können dagegen schon jetzt in allen Zahlstellen des Vereins entgegengenommen werden.

Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Warum kann der Arbeiter kein Patriot sein? Weil er kein Vaterland hat. Die gestellte Frage und noch mehr die Antwort darauf klangen dem feisten Erbpächter der guten Gesinnung bisher so zynisch, daß er ob solcher verhetzenden Frivolität gar keiner Worte fähig war. Wie elend muß dem modernen Musterpatrioten zu Muthe werden, wenn er erfährt, daß ein Mann, über dessen erzkonservative Gesinnung wohl kaum ein Zweifel obwalten kann, es ebenfalls ganz selbstverständlich findet, wenn dem modernen Proletarier der landläufige Vaterlandsbegriff Schall und Rauch ist. Vor einigen Tagen hat in Bielefeld die Generalversammlung des unter dem Protektorat der Kaiserin stehenden Vereins „Arbeiterheim" stattgefunden. In diesem Verein spielen Männer wie Licentiat Weber und Pastor Bodelschwingh die erste Geige. Bei einem Referat über die Wohnungsnoth gab auch der Oberinspektor Lieber seine Erfahrungen zum besten. In einem Bericht, den die „Kreuz-Zeitung" bringt, klingen die Ausführungen des genannten Herrn folgendermaßen:

„Oberinspektor Lieber (Vertreter des deutschen Vereins „Arbeiterheim") giebt an der Hand des Thätigkeitsberichts des Vereins zuvörderst einige statistische Notizen, aus denen z. B. die traurige Thatsache hervorgehe, daß unter den Hauptstädten Berlin, New-York, Paris, London der Grund und Boden baulich am meisten in Berlin ausgewuchert werde und für den Hektar ebenfalls mit der Höchstzahl der Einwohner (3175,2) besetzt sei. Die untersuchende, fördernde und berathende Thätigkeit sei sonst eine so rege, oft bis an die Grenzen der Kraft oder des Könnens gehende im Vaterland gewesen; die Presse sei aufs ergiebigste in Mitleidenschaft gezogen u. s. w. Seine Mittheilungen aus den Reiseberichten, die bekannten „Gänge durch Jammer und Noth", ließen wieder einen entsetzlichen Blick in das oft abgrundliche Wohnungselend thun, das Unzufriedenheit und Vaterlandslosigkeit zeitigen müsse. Er schließt mit dem „Herzenswunsch", daß alle, denen die Mittheilungen zu Ohren kommen, einen einzigen solchen Gang durch „Jammer und Noth" mitmachten, es werde sich ihnen über viele Dinge eines sogenannten Kulturstaates, die einem Patrioten tief weh thun müßten, eine ganz andere Ansicht überzeugend aufdrängen müssen. Er lebe der festen Ueberzeugung, daß man solche Nester, wie sie über 1800 Jahre später in einem Kulturstaat wenigstens stillschweigend als Menschenwohnungen geduldet würden, in Herculanum und Pompeji schwerlich ausgraben werde."

So vernichtend haben sich über unsere heutige Scheinkultur bisher nur Sozialdemokraten ausgesprochen. Von dem Redner war natürlich nicht die Schlußfolgerung zu erwarten, daß nur die kommende sozialistische Gesellschaftsordnung im stande sei, für die große Masse des Volkes auch die Wohnungsfrage zu lösen und damit jeden, dem heute das Gerede von Vaterlandsliebe wie blutiger Hohn klingen muß, zum wirklichen Patrioten zu machen.

Auch eine Wohnungsangelegenheit. Der „Charlottenburger Zeitung Neue Zeit" zufolge hat sich der Kaiser entschlossen, in der Nähe der Station Grunewald, auf dem sogenannten „Pflasterterrain", ein neues Schloß zu errichten, das seinen jüngsten Söhnen zum Aufenthalt dienen soll. Ursprünglich war für diesen Zweck das Marmorpalais bei Potsdam in Aussicht genommen; man hat jedoch davon Abstand nehmen müssen, weil die dortigen Grundwasserverhältnisse so ungünstig sind, daß man für die Gesundheit der Prinzen nachtheilige Folgen befürchten mußte. Auf der Station Grunewald selbst wird schon in den nächsten Tagen mit dem Bau eines Pavillons begonnen werden, der den Prinzen als Wartesaal 2c. zu dienen bestimmt ist.

Ueber den verminderten Fleischverbrauch der Berliner Bevölkerung bringt der soeben erschienene Verwaltungsbericht des Magistrats die nachfolgenden interessanten Angaben: Von auswärts gingen geschlachtet ein: 53 749 Rinder, 141 890 Schweine, 134 012 Kälber und 35 663 Schafe. Gegenüber dem Vorjahre ist die Einfuhrziffer bei fast allen Fleischarten konstant geblieben, nur bezüglich des Rindfleisches ist eine Erhöhung um etwa 10 pCt. zu verzeichnen. Der Bericht erklärt dies durch die Erschwerung der Einfuhr dänischer Rinder und bemerkt des weiteren: „Wir sehen aber, daß die vielfach gehörte Klage, die Einfuhr frischen, geschlachteten Fleisches von auswärts nehme zum Schaden der hiesigen Engrosschlächterei erheblich zu, der statistischen Unterlage entbehrt, da das eingeführte Fleisch nur 18,5 pCt. des Gesammtkonsums bildet." Nach dem Durchschnittsgewicht berechnet, ergiebt sich (abzüglich des der Abdeckerei überwiesenen Schlachtviehes) an Rindfleisch rund 44,8 Millionen Kilogramm (wovon 9,6 Millionen Kilogramm geschlachtet eingeführt), an Schweinefleisch 61,5 Millionen Kilogramm (8,9 Millionen Kilogramm eingeführt), an Kalbfleisch 10,9 Millionen Kilogramm (4 Millionen Kilogramm eingeführt) und an Schaffleisch 8,8 Millionen Kilogramm (wovon 0,7 Millionen Kilogramm eingeführt. Insgesammt wurden, wenn man noch zirka 2 Millionen Kilogramm Pferdefleisch und 8 Millionen Kilogramm für eingeführte Salz- und geräucherte Fleischwaaren, Wurst, Konserven 2c. hinzurechnet, in Berlin verzehrt 142 163 927 Kilogramm, also ungefähr 7,8 Millionen Kilogramm weniger als im Vorjahre — trotz der ständigen Zunahme der Bevölkerung! Auf jeden Berliner entfielen danach etwa 26 Kilogramm Rindfleisch, 35 Kilogramm Schweinefleisch, über 6 Kilogramm Kalb- und 5 Kilogramm Schaffleisch. Die Bevölkerung hat sich, wie der Bericht hinzufügt, im letzten Jahre um 27 802 Einwohner (= 1,63 pCt.) vermehrt, der Fleischkonsum aber um 0,25 pCt. pro Kopf vermindert; eine weitere Verminderung ist seit dem 1. April d. J. eingetreten. Alles zur höheren Ehre des Ostelbierthums!

Des Polizeipräsidium theilt mit: Als Sachverständiger für die technische Untersuchung von Fahrstuhl-Aufzügen ist für den Stadtkreis Berlin und die Hasenhaide der kgl. Bauinspektor Hiller zu Berlin, Frankfurter-Allee 116a, berechtigt worden. Er ist demnach auch zur Ausstellung von Bescheinigungen über den Untersuchungsbefund von Fahrstühlen sowie zur Prüfung von Aufzugsfächern befugt.

In den Haus- und Grundbesitzervereinen kommt gegenwärtig das Klopfen der Teppiche in den Höfen zur Sprache. Anlaß dazu giebt eine Mittheilung des Polizeipräsidiums, daß sich die Klagen über Ruhestörung durch Klopfen von Teppichen auf den Höfen in auffallender Weise vermehrt hätten. Um dem Uebel abzuhelfen, wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Hausbesitzer, wie es schon jetzt theilweise geschieht, in ihren Häusern darauf halten mögen, daß Teppiche und Decken nur zu bestimmten Tagen und Stunden geklopft würden. Man beabsichtigt deshalb, Plakate mit entsprechenden Zeitbestimmungen in den Höfen anzubringen.

Kursus für Gesetzeskunde. Von privater Seite wird uns geschrieben: In der Fortbildungsschule Fruchtstr. 38 wird seit Jahren ein Kursus für Gesetzeskunde abgehalten, der sich im Laufe der Zeit gut entwickelt hat. Ein gleicher Kursus ist in der Fortbildungsschule Wasserthorstr. 31 geplant worden, doch scheint dies Unternehmen noch zu wenig bekannt zu sein, da sich bis jetzt nur eine so ungenügende Zahl von Theilnehmern gefunden hat, daß die Eröffnung sich noch nicht lohnt. Vielleicht regt ein Hinweis im „Vorwärts" manchen Arbeiter an, sich bei dem Herrn Rektor der Schule zur Betheiligung anzumelden. Die Unterrichtsstunden sind für Freitag abends von 7¼—9¼ Uhr vorgesehen.

Wegen der Landtagswahlen bleiben heute, Donnerstag, alle königlichen Museen, einschließlich der Nationalgalerie, geschlossen.

Der hier im Moabiter Zuchthaus wieder eingebrachte Richard Erpel hat dort über seine Entweichung einige glaubhafte Angaben gemacht. Er hatte Gelegenheit, eine braune Zuchthaus-Hose zu entwenden. Diese hat er sich um den Leib gebunden, hat sich dann, nur mit einem Hemde bekleidet, durch die nur 16 Zentimeter auseinander stehenden eisernen Gitterstäbe hindurch gezwängt und ist über die Mauern des Gefängnisses in der Richtung nach Spandau durch die Jungfernhaide entkommen. In der Nähe von Spandau hat er einem Bahnwärter einen Mantel entwendet. Er hat stets in Scheunen oder in Wäldern genächtigt. In der Nähe von Wittenberge hat er ein Fahrrad gestohlen, trotzdem er nicht fahren konnte, und hat dann auf der Landstraße erst fahren gelernt. Von Wittenberge ist er auf dem Rade nach Hamburg, dann weiter durch Hamburg nach Bremen gefahren. Auf diesem Wege hat er sein Leben durch Einbrüche gefristet. In der Nähe von Bremen, in Hastedt, wo er übrigens keineswegs das Rad hat verkaufen wollen, ist er einem Landjäger verdächtig geworden. Diesem ist besonders die braune ausgefranzte Zuchthaushose aufgefallen, weshalb er Erpel mitnahm und dann dessen Person feststellte.

Das Polizeipräsidium über die staubfreie Müllabfuhr. In hiesigen Hausbesitzerkreisen herrscht vielfach die Ansicht, daß die Polizeiverordnung vom 2. August d. J., betreffend die staubfreie Müllabfuhr, anstatt mit dem 1. September d. J. erst mit dem 1. Januar 1899 vollinhaltlich in kraft trete. Um hierüber völlige Klarheit zu erlangen, wandte sich der Vorsitzende des Hausbesitzervereins Süden, Hermann Schulz, mit einer dahingehenden Anfrage an das hiesige Polizeipräsidium. Darauf ist ihm jetzt eröffnet worden, daß die betreffende Polizei-Verordnung vom 2. August d. J. mit dem 1. September d. J. in kraft getreten ist und zu Recht besteht. Es ist nur den Müllabfuhr-Unternehmern, welche nachgewiesen haben, daß sie mit der Beschaffung vorschriftsmäßigen Müllabfuhrmaterials vorgegangen sind, aber ohne ihre Schuld damit noch nicht zum Abschluß gekommen sind, nachgegeben worden, einstweilen ihr altes Material, soweit es nicht undicht ist, weiter zu benutzen. Ein Termin, über welchen hinaus das bisherige Müllabfuhrmaterial nicht mehr benutzt werden darf, ist nicht festgesetzt.

Zum Morde in der Zionskirchstraße. Wie die „Rawitscher Zeitung" meldet, ersuchte der Untersuchungsrichter am Landgericht I zu Berlin in der Untersuchungssache wider den Mörder der Rosine Kasser, Wegener, die Rawitscher Polizeiverwaltung um Verhaftung des Handelsmannes Gustav Elsner. Derselbe wurde im Juli 1896 aus dem Zuchthause zu Fuhlsbüttel bei Hamburg, wo er mit Wegener zusammen eine längere Freiheitsstrafe verbüßte, nach Rawitsch entlassen, ist aber dort nicht eingetroffen. Es wird angenommen, daß er sich nach Entlassung des Wegener mit diesem getroffen und an dem Raubmorde theilgenommen habe.

Hierzu wird nachträglich mitgetheilt, daß Elsner nur deshalb gesucht wird, weil man annimmt, daß er vielleicht mit Wegener in Verkehr steht und dessen Aufenthalt kennen könnte. Der Stumpan des Wegener, Milzlreh aus Linden bei Hannover, ist vorgestern hier eingeliefert, um wegen Hehlerei abgeurtheilt zu werden.

Die am Strande zwischen Saßnitz und Stubbenkammer auf Rügen aufgefundene weibliche Leiche ist als die des Fräulein Anna Heeje festgestellt worden, das aus Steglitz bei Berlin vor einigen Wochen nach Saßnitz verzogen war. Die sehr nervöse Dame ist nicht das Opfer eines Verbrechens geworden, sondern man vermuthet einen Unglücksfall.

Der Mechaniker Töpfer, der vor einiger Zeit auf einer Radfahrt bei Beelitz auf der Landstraße von einem Räuber angeschossen wurde, war in der königlichen Klinik so weit wieder hergestellt worden, daß er die Anstalt verlassen konnte, ohne daß man drei Geschosse aus dem Kopf entfernt hatte. Bei dem Verwundeten stellten sich indessen nachträglich wieder Beschwerden ein, die sich von Tag zu Tag steigerten. Töpfer wurde in gewissem Grade schwachsinnig. Er hat daher jetzt die Klinik wieder aufgesucht, um sich nunmehr die Geschosse aus dem Kopfe herausschneiden zu lassen.

Gewarnt werden Dienstmädchen vor einem jungen Manne, der unter dem Vorgeben, daß er im Auftrage der „Herrschaft" bestellte Waaren abgeben bezw. etwas abholen solle, die Mädchen zu Nachfragen bei der Herrschaft veranlaßt und die Gelegenheit benutzt, Portemonnaies aus der Küche zu stehlen. Der Dieb ist etwa 20 Jahre alt, mittelgroß, hat dunkelblondes Haar, Anflug von Schnurrbart, spricht heiser und trägt einen dunklen Jackettanzug.

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich vorgestern Abend im Hause Blumenstr. 31. Der dort wohnende Kaufmann G. feierte im Kreise einiger geladener Freunde seinen Geburtstag. Während man sich zu einem Skat niederließ, wollte Herr G. für seine Gäste einen Grog brauen. Er hatte zu diesem Zweck einen Spirituskocher neben sich gestellt, auf dem der Kessel mit Wasser kochte. Gerade als das Geburtstagskind ein großes Spiel ansagte, stieß es in der Erregung gegen den Kessel, dieser stürzte um und das kochende Wasser ergoß sich über den Bedauernswerthen. Er erlitt schwere Brandwunden am ganzen Körper, so daß ein herbeigeholter Arzt, um die Wunden verbinden zu können, ihm die Kleider vom Leibe schneiden mußte. Der Verunglückte wurde dann einem Krankenhause zugeführt.

Unter besonderen Vorsichtsmaßregeln arbeitet man seit Einführung der elektrischen Bahnen mit oberirdischer Stromzuführung bei Verlegung der Leitungsdrähte für die Telegraphie und den Fernsprechbetrieb. Um der Gefahr, daß diese Drähte mit den stark geladenen Arbeitsdrähten der elektrischen Bahnen in Berührung kommen, vorzubeugen, ziehen die Telephonarbeiter, wenn Drähte über eine Straße hinweggeführt werden, an den gefährlichen Stellen große Netze, die die etwa herabfallenden Drähte auffangen müssen. In großem Umfange sind solche Fangnetze augenblicklich in der York- und Manteuffelstraße angebracht.

Volksthümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern. In Anknüpfung an unsere Mittheilung über den nunmehrigen Beginn der Volkshochschulkurse weisen wir darauf hin, daß der Verkauf der Eintrittskarten zu denselben durch folgende Stellen erfolgt: Rendant A. Schütz, O, Holzmarktstraße 60, II, (Nachm. von 4—6); Georg Belling, Zigarrenhandlung, W, Leipzigerstr. 135; Chr. Tschendörfer, C, Sophienstr. 19, Hof II, (Vorm. 8—1 und Nachm. 3—7); sowie das Bureau der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, W, Köthenerstr. 23, II (8—3 Uhr). — Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Verkauf von Eintrittskarten in den Vortragslokalen selbst nicht stattfindet. Alle Kurse beginnen 8½ Uhr abends.

In der Urania, Taubenstraße, wurde der Vortrag „Quer durch Oesterreich" gestern zum ersten Male gehalten. Die neue Serie geographischer Charakterbilder ist ein Geschenk der österreichischen Reichs-Hauptstadt und dort von Professor Friedrich Umlauft komponirt worden. Wie manchem Leser bekannt sein wird, hat sich in Wien vor einiger Zeit ein Tochterinstitut der hiesigen Urania etablirt. Die enge Verbindung brachte es mit sich, daß manches der hier aufgeführten Schaustücke dort seine Auferstehung feierte, nachdem es hier neuen Werken Platz gemacht hatte. Als gerechtfertigte Gegenleistung ist nun der gestrige Vortrag von Wien hierher verliehen worden. Nach der dekorativen Seite hin kann das neue Stück sich unter Brüdern sehen lassen. Farbige Photographien wechseln in schneller Folge mit gemalten Dekorationen, die in der weltberühmten Werkstatt der Gebrüder Kautsky in Wien hergestellt sind. Die Wanderung beginnt am böhmischen Erzgebirge, wo wir neben landschaftlichen Bildern auch das Innere einer Weberstube erblicken. Ein bischen theaterhaft geschminkt sah das saubere Zimmer aus, in dem außer dem Schaugericht von Pellkartoffeln kaum etwas an das sprichwörtliche Elend erinnerte, in dem die Weberbevölkerung seit Generationen vegitirt. Weiter führt der Weg in den Böhmerwald, dessen weltabgeschiedene Schönheiten selbst denen, die sich's leisten können, merkwürdigerweise noch kaum bekannt sind. Vielleicht trägt die Nähe der Alpen die Schuld, daß man von so einzigen Flecken Erde wie den Lucken-Urwald und den Dreisesselberg mit seinem melancholischen Blöckensteinsee auch in der Reisewelt kaum den Namen gehört hat. Von Linz ging die Fahrt auf der Donau nach Wien und von dort in die Alpen- und Karstlandschaft, deren Majestät den Besuchern der Urania bekanntlich schon mehrfach offenbart worden ist. Verhältnißmäßig arm an Inhalt war unseres Erachtens der Text, der die Bilderpracht begleitete. Er ging in seiner flüchtigen Skizzirung nur an wenigen Stellen über das Niveau des Bädecker hinaus.

Theater. Josef Kainz spielt am Donnerstag im „Deutschen Theater" nach längerer Pause wieder den Glockengießer Heinrich in der versunkenen Glocke; das Rautendelein giebt Marie Elsinger. In der Sonntag-Nachmittags-Vorstellung der „Nora" im „Deutschen Theater" giebt Marie Elsinger zum ersten Male die Titelrolle, Eduard von Winterstein den Günther; den Helmer spielt Hermann Nissen, den Doktor Rank Rudolf Rittner. Die erste Aufführung von Gerhard Hauptmann's neuem Schauspiel „Fuhrmann Henschel" ist auf Sonnabend, den 5. Dezember angesetzt, Rudolf Rittner giebt die Titelrolle. — Das Zentral-Theater feiert heute, Donnerstag, das Jubiläum der 200. Aufführung der „Geisha". — Das Schiller-Theater bringt in der nächsten Woche die erste Aufführung der Komödie „Das Lumpengesindel" von Wolzogen, zu Schiller's Geburtstag neu einstudirt und neu besetzt. „Die Räuber", L'Arronge's Volksstück „Hasemann's Töchter" kommt noch heute und Sonnabend zur Wiederholung. — „Die Schuld der Schuldlosen", Schauspiel in 5 Akten von Adolf Stolze, welches morgen Freitag im Luisen-Theater seine Erstaufführung erlebt, ist in den Hauptrollen mit Hedwig Martens, Anna Müller, Wilhelm Ruff, Richard Brodek, Ludwig Arno, Fritz Kiedrich, Leo Landeck, Heinrich Richter und Julie Mühlig besetzt.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Stadtverordneten-Stichwahl haben Stimmen erhalten: Sozialdemokrat Schubert 135, Kaufmann Bergemann 182 Stimmen; mithin gewählt Bergemann.

Schmargendorf. Die Parteigenossen werden auf die am 29. d. M. bei Baier, Warnemünder-Straße, stattfindende Partei-Versammlung aufmerksam gemacht. Unter anderem steht außer dem Bericht vom Parteitag (Genosse Köster-Schöneberg) auch die Wahl des Vertrauensmanns auf der Tagesordnung. Recht zahlreichen Besuch erwartet Der Vertrauensmann.

Ueber einen Eisenbahn-Unfall wird amtlich gemeldet: Gestern Abend gegen 9½ Uhr hat der Schnellzug D 2 zwischen Ludwigsfelde und Trebbin bei Bude 30 einen auf dem Chaussee-Uebergange festgefahrenen Möbelwagen überfahren. Obwohl die Haltesignale vorschriftsmäßig gegeben waren, konnte der im Gefälle sich befindende Zug bei seiner großen Fahrgeschwindigkeit und bei der Glätte der Schienen infolge von Regen nicht rechtzeitig zum Stehen gebracht werden. Personen sind nicht verletzt, ebenso blieben die Pferde des Wagens unverletzt. Nur die Lokomotive, deren Vorderachse bei dem 30 Meter hinter der Unfallstelle bewirkten Stillstand entgleiste, hat unerhebliche Beschädigungen erlitten. Der Schnellzug D 2, der nach Ludwigsfelde zurückgehalt worden war, wurde mittels einer von Luckenwalde angeforderten Reservemaschine mit größerer Verspätung weiter befördert.

Wie uns privatim mitgetheilt wird, gehört der Möbelwagen der Berliner Firma Adolf Milda am Halleschen Ufer 33. Es ist dies seit kurzer Zeit der zweite Fall, daß auf derselben Stelle ein Zu-

sammenstoß erfolgte. Es heißt, daß der Unternehmer die Eisenbahndirektion für den Unfall haftbar machen will.

Lebhafte Theilnahme findet in Friedrichsberg-Lichtenberg das traurige Geschick des ungefähr 50 Jahre alten Oberlehrers Gustav K. aus der Kronprinzenstraße. K., der seit 10 Jahren Lehrer an der Gemeinde-Knabenschule in der Kronprinzenstraße und seit 2 Jahren Oberlehrer der 1. Klasse war, hatte sich überarbeitet und war seit Jahresfrist sehr nervös. Der allgemein beliebte Lehrer erhielt vor zwei Monaten einen sechswöchigen Urlaub, den er in Thüringen zubrachte. Als er zurückkehrte, hatte sich sein Leiden eher verschlimmert als gebessert. Er erhielt daher noch einmal sechs Wochen Urlaub und begab sich Mitte voriger Woche nach Berlin in eine Wasserheilanstalt. Hier erhängte er sich gestern Morgen, wahrscheinlich in einem heftigen Anfalle seines Leidens. Der Verstorbene hinterläßt eine Wittwe und zwei Kinder im Alter von 10 und 12 Jahren.

Gerichts-Zeitung.

Auf die Lebensart und die Moralanschauungen gewisser Offizierskreise läßt der Kuppeleiprozeß Hartert, der sich gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I abspielte, überaus bedenkliche Schlüsse zu. Die Verhandlung richtete sich bekanntlich gegen die Heirathsvermittlerin geschiedene Elisabeth Wilhelmine Hartert, geb. Schmitz, die sich seit dem 14. März d. J. in Untersuchungshaft befindet. Die Angeklagte, welche am 25. September 1865 zu München-Gladbach geboren und katholischer Religion ist, wird beschuldigt: 1. gewerbsmäßig Kuppelei betrieben und in einem Falle „durch hinterlistige Kunstgriffe" ein junges Mädchen zu Falle gebracht, 2. einen Hauptmann a. D. um etwa 30 000 M. betrogen und 3. gewohnheitsmäßig verschleierten Wucher betrieben zu haben. — Die Angeklagte ist als die Tochter eines Anstreichermeisters zu Gladbach in einfachen Verhältnissen geboren und hat in der Elementarschule zu Gladbach nur eine mangelhafte Schulbildung genossen. Im Jahre 1886 verheirathete sie sich mit einem Ingenieur, von dem sie seit 1892 getrennt und seit 1896 geschieden ist. Als sie nach Berlin zog, hatte sie etwa 10 000 M. Schulden, trotzdem ist es ihr hier gelungen, fein zu leben, zu Wohlstand zu kommen, zahlreiche Verbindungen mit vornehmen Herrschaften anzuknüpfen und ihr Haus zu einer Sammelstelle für junge und alte Lebemänner und Mädchen und Frauen zu machen, die entweder schon verdorben waren oder aber verdorben werden wollten. Die Sittenpolizei hatte schon einige Zeit ein Augenmerk auf Frau Hartert, dem Fasse wurde jedoch der Boden ausgeschlagen, als sich am 18. Januar d. J. der zur Unteroffizierschule zu Potsdam beorderte Lieutenant Freiherr v. Rettelbladt eine Kugel durch den Kopf jagte und man in seinem Nachlasse zwei Wechsel über 5400 und 5100 M. vorfand, welche von der Angeklagten ausgestellt und von dem jungen Offizier angenommen waren. Es war klar, daß Lieutenant v. Rettelbladt mit der Angeklagten in finanzieller Verbindung gestanden hatte, daß diese Wechsel jedenfalls Prolongationswechsel aus einer Schuldverbindlichkeit darstellten und der gewaltsame Tod des lebenslustigen Offiziers auf diese Schuldverbindlichkeit zurückzuführen sein mußte. Thatsächlich soll auch der Verstorbene kurz vor seinem Tode einem Kameraden gegenüber sich dahin geäußert haben: Frau Hartert treibe ihn in den Tod; sie habe ihm vom deutschen Kreditverein Geld auf Wechsel beschafft, er habe aber von ihr nur eine verhältnißmäßig geringe Summe darauf erhalten und müsse nun die ganzen Wechsel einlösen, was ihm nicht möglich sei. Dieser Vorfall gab Veranlassung, dem Treiben der Angeklagten einmal gründlichst nachzuspüren und das Ergebniß der Untersuchung ist nun die vorliegende Anklage. Nach den polizeilichen Ermittelungen soll Frau Hartert, die viel mit Damen der Halbwelt durch die Straßen zu flaniren pflegte, ihre am Magdeburger Platz 5 belegene Wohnung, für welche sie einen Miethspreis von 2000 M. bezahlte, zum Sammelplatze der uniformirten und nichtuniformirten Jugend gemacht haben, die stets bereit ist, des Lebens „sehr gemischte" Freude in vollen Zügen zu genießen. Hier sollen manche lustige Gelage und Tanzfeste stattgefunden haben, deren Verlauf die Beschreibung eines gewissenhaften Chroniqueurs nicht vertragen hätte. Auch sonst sollen in der laufzigen Wohnung allerlei Skandalia sich abgespielt haben, die der Anklage wegen Kuppelei zu grunde liegen. Ganz besonders abstoßend ist der Vorfall, bei dem das erschwerende Moment des „hinterlistigen Kunstgriffs" mit in Frage kommt. Bei diesem Vorfall soll ein Weinhändler aus der Potsdamerstraße, der sich inzwischen das Leben genommen, in der Wohnung der Angeklagten ein durch starken Punsch bewußtlos gemachtes Mädchen gemißbraucht haben. Die Angeklagte betrieb aber auch das Geschäft als Heirathsvermittlerin und soll es, wie die Ermittelungen ergeben haben, als Spezialität betrieben haben, Offiziere von Adel, die sich in bedenklicher Vermögenslage befanden, mit reichen Jüdinnen zu verheirathen. Sie hat auch, wie sie behauptet, verschiedenen Offizieren den Weg in reiche jüdische Familien geebnet. Ihr Hauptaugenmerk soll aber darauf gerichtet gewesen sein, von den sich feilbietenden Männern vor allen Dingen Reverse zu erhalten, in welchen ihr ein gewisser Prozentsatz der Mitgift oder ein bestimmtes rundes Sümmchen, das in einem Falle 100 000 M. betrug, für den Fall der Eheschließung versprochen wurde. Sie gab aber den bedürftigen Offizieren mitunter auch selbst Geld oder verschaffte ihnen solches gegen Wechsel, bei denen sie die Bürgschaft übernahm. Nach Ansicht der Anklagebehörde soll die Methode der Ausstellung von Reversen nur dazu gedient haben, um die wucherischen Vermögensvortheile, die sie sich verschaffen wollte bezw. verschafft hat, zu verschleiern. Ihre ganze Thätigkeit bei diesen Ehegeschichten soll darin bestanden haben, daß sie den verschuldeten Offizieren reiche jüdische Heiraths-Kandidatinnen namhaft machte und für ihre Einführung in die Familien sorgte. — Der ihr zur Last gelegte Betrug betrifft einen Hauptmann a. D. M., der vor einer Reihe von Jahren zur Kriegsakademie kommandirt war und die Angeklagte kennen gelernt hatte. Letztere soll ihm vorgespiegelt haben, daß er der Vater ihrer beiden Söhne sei und er soll dadurch bewogen worden sein, ihr nach und nach etwa 30 000 M. als Erziehungsgelder für die Kinder zu zahlen. Er soll sogar eine Zeit lang die Absicht gehabt haben, die Angeklagte, die ihm vorgeredet, sie besitze ein Vermögen von 400 000 M. und er könnte, wenn er seinen Abschied nähme, ihr angeblich bei Görlitz belegenes Rittergut verwalten, zu heirathen, um den Kindern einen „Vater" zu geben. Das sind, kurz angedeutet, die Thatsachen, um welche es sich handelt.

Der Zudrang zu dem kleinen Sitzungssaale war so bedeutend, daß ein Schutzmanns-Aufgebot die Ordnung aufrecht erhalten mußte.

Den Vorsitz des Gerichtshofes führt Landgerichts-Direktor Dr. Felisch, die Anklage vertritt Staatsanwalt Fiedler, die Vertheidigung führen die Rechtsanwälte Mosse und Dr. Schwindt. Es sind 26 Zeugen geladen, von denen einige fehlen.

Die Angeklagte, eine mittelgroße, „fesche" Figur mit energischen Gesichtszügen und einem fast männlichen Klang der Stimme, giebt ihre Antworten auf die ersten Fragen des Vorsitzenden, die ihre Person betreffen, schnell und bestimmt und erklärt sich im allgemeinen für nichtschuldig.

Staatsanwalt Fiedler beantragt hierauf den Ausschluß der Oeffentlichkeit während der ganzen Sitzung. Der Gerichtshof beschließt, diesen Ausschluß im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit nur für die zunächst zur Verhandlung gelangenden Fälle der Kuppelei und des Betruges gegen den Hauptmann a. D. M. Die Oeffentlichkeit soll bei der Verhandlung der Wucherfälle wieder hergestellt werden. Das Gesuch zweier ehemaligen Geschworenen aus der letzten Schwurgerichtstagung um Zulassung auch zu dem nichtöffentlichen Theil der Verhandlung wird abgelehnt, dagegen dem Garnison-Auditeur Hauser, welcher im amtlichen Auftrage der Garnison-Verwaltung erscheint, der Zutritt gewährt.

Bei der Verhandlung gegen die Heirathsvermittlerin Hartert wurde die Oeffentlichkeit nicht wieder hergestellt. Die sämmtlichen Wucherfälle wurden aus der gestrigen Verhandlung ausgesondert, weil ein Offizier, der Hauptzeuge in einem derartigen Falle war, am Erscheinen durch Krankheit verhindert war. Der Gerichtshof beschloß infolge dessen, die auf den Wucher bezüglichen Punkte der Anklage einer besonderen Verhandlung vorzubehalten und verhandelte nur den Theil der Anklage, der sich auf die gewohnheitsmäßige und schwere Kuppelei und den Betrug gegen den Hauptmann a. D. M. bezieht. Um 4 Uhr wurde eine einstündige Mittagspause gemacht.

Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen schwerer Kuppelei fallen und beantragte wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Kuppelei und Betruges eine Gesammtstrafe von zwei Jahren Gefängniß. — Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagte wegen Kuppelei und wegen Betruges in einem Falle zu einem Jahr einen Monat Gefängniß, 1000 M. Geldstrafe, event. noch 100 Tage Gefängniß und zwei Jahre Ehrverlust. Vier Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Ein Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt. Die Verhandlung dauerte bis 9 Uhr abends.

Der seit fast zwei Jahren schwebende Prozeß gegen den „falschen Einjährigen" und seine Helfershelfer soll jetzt in zweitägiger Verhandlung zum endlichen Abschluß gebracht werden. Die Verhandlung begann gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter dem Vorsitze des Landgerichts-Direktors Käller. Auf der Anklagebank befinden sich folgende Personen: 1. der Schreiber Wilhelm Histermann, 2. der Handlungsgehilfe Fritz Köhler, 3. der Arbeiter Ernst Lehmann und dessen Ehefrau Marie Lehmann geb. Schulz. Die Angeklagten Histermann und Köhler sind beschuldigt der fortgesetzten intellektuellen Urkundenfälschung und zwar Histermann in betrügerischer Absicht, Köhler der schweren und einfachen Urkundenfälschung, Histermann der Gebrauchmachung von Urkunden, wissend, daß sie gefälscht waren, der Ehemann Lehmann der Beihilfe zu den vorgenannten Strafthaten und der fortgesetzten Erpressung, die Ehefrau Lehmann schließlich der Erpressung in einem Falle.

Die Verhandlung hatte bisher mit eigenartigen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es waren Zweifel darüber entstanden, ob der Angeklagte Histermann, welcher bekanntlich für seinen Freund Köhler das Einjährigen-Examen gemacht hat, auch im vollen Besitze seiner Geisteskräfte sei. Auf Antrag der Vertheidigung wurde er auf sechs Wochen zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Dalldorfer Irrenanstalt überwiesen. Als dann am 30. September v. J. wiederum Verhandlung vor dem Schwurgericht stattfand, begutachtete Geh. Medizinalrath Dr. Sander, daß Histermann als unzurechnungsfähig zu bezeichnen sei. Daraufhin wollte der Vertheidiger den Angeklagten Histermann ohne weiteres freigesprochen wissen. Der Staatsanwalt beantragte dagegen ein Obergutachten des Medizinalkollegiums der Provinz Brandenburg einzuholen und der Gerichtshof beschloß nach diesem Antrage. Das Medizinalkollegium machte die Erstattung eines Gutachtens davon abhängig, daß Histermann längere Zeit in einer Anstalt beobachtet werde. Da nun nach § 81 Strafprozeß-Ordnung die Unterbringung in einer Anstalt die Dauer von 6 Wochen nicht überschreiten darf und Histermann, der bereits 6 Wochen in Dalldorf zur Untersuchung gewesen war, zu einer Wiederholung nicht gezwungen werden kann, so würden wiederum Schwierigkeiten entstanden sein, wenn Histermann sich nicht freiwillig bereit erklärt hätte, sich auf drei Wochen zur nochmaligen Beobachtung in eine Anstalt zu begeben. Mit diesem Ergebniß schloß die letzte Verhandlung.

Zum jetzigen Termine sind vier Psychiater, die Geheimräthe Long, Sander und Mittenzweig und Professor Mendel sowie einige Aerzte geladen, die früher den Angeklagten Köhler, welcher ebenfalls zeitweise an kleinen Geistesstörungen leiden soll, behandelt haben. Die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Plaschke, als Vertheidiger sind die Rechtsanwälte Leonh. Friedmann, Dr. Schöps und Rechtsanwalt Bodländer zur Stelle.

Lehmann war in der Restauration des Vaters Köhler als Bierzapfer angestellt und soll zuerst die Anregung gegeben habe, daß Köhler doch sein Einjährig-Freiwilligen-Examen unter seinem Namen von Histermann, der ein schlauer Kopf sei, machen lassen sollte. Dieser Plan ist auch, wie aus den früheren Gerichtsverhandlungen her noch erinnerlich sein wird, vollständig geglückt, und nur die nachträglich an dem Vater des Köhler verübten Erpressungen veranlaßten, daß dieser die Vergehungen seines Sohnes selber bei der Behörde anzeigte. Eine Anzahl Zeugen gaben von dem Geisteszustande des Köhler ein recht bedenkliches Bild.

In der weiteren Beweisaufnahme bekunden auf wiederholtes Befragen des Rechtsanwalts Dr. Schöps mehrere Zeugen, daß der Angeklagte Köhler in vielen Dingen den Eindruck eines nicht ganz normalen Menschen gemacht habe, der stets mit allerlei hochfliegenden Plänen umging, Villen und Hotels kaufen wollte 2c.

Der Vorsitzende setzt die Fortsetzung der Verhandlung auf Sonnabend 10½ Uhr an. Sämmtliche Zeugen werden endgiltig entlassen. Die Verhandlung am Sonnabend wird mit der Vernehmung der Sachverständigen beginnen.

Vom Gesindemarkt. Ein Versuch, das Ausnahmegesetz gegen das Gesinde und die ländlichen Arbeiter gegen dritte Personen anzuwenden, wurde in Osterbien gemacht. Wegen Vergehens gegen § 1 des genannten Gesetzes vom 24. April 1854 wurde der Arbeiter Winkler angeklagt, und zwar machte man geltend, er habe durch Mißbrauch seines Ansehens sein fünfzehnjähriges Mündel dazu bewegt, unberechtigterweise den Dienst zu verlassen. Der Angeklagte erhob den Einwand, daß ein rechtsgiltiger Gesindevertrag im vorliegenden Falle überhaupt nicht zu stande gekommen sei. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht ergab hierüber folgendes. Das junge Mädchen, dem der Angeklagte als Vormund zur Seite steht, ist zugleich seine Stieftochter. Ihre spätere „Dienstherrin" war zu dem Stiefvater gekommen, um dort den Miethsvertrag abzuschließen. Da der Angeklagte gerade einen über den Durst getrunken hatte, lehnte es die Frau ab, mit ihm zu verhandeln und besprach die Angelegenheit mit der Mutter des Mädchens, der Frau Winkler. Daraufhin trat das Mädchen bei ihr in den Dienst. Das zuständige Schöffengericht und das Landgericht in Graudenz erklärten den Abschluß des Dienstvertrages für rechtsgiltig und verurtheilten den Angeklagten als den Veranlasser des Kontraktbruches auf grund des angezogenen Gesetzes, obwohl dessen Strafvorschriften dem Wortlaut nach sich nur gegen das sündige Gesinde richten. Auf seine Revision sprach jedoch das Kammergericht den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Es stehe fest, daß Winkler mit der Dienstherrin seiner Stieftochter und seines Mündels nicht verhandelt habe, der mit der Mutter abgeschlossene Vertrag sei ungiltig. Es handele sich hier um einen Miethsvertrag, den eine unter Vormundschaft stehende Person abschließen wollte und zu dessen Giltigkeit es deshalb der ausdrücklichen Zustimmung des Vormundes, des Angeklagten, bedurft hätte. Er sei indessen garnicht dazu gekommen, seine Zustimmung zu geben. Man habe ihm beim Abschluß des Vertrages ja garnicht beachtet. Wenn der Vertrag aber ungiltig oder nicht rechtsverbindlich sei, dann könnte das Mädchen nicht wegen Vergehens gegen das Gesetz von 1854 bestraft werden und demzufolge auch nicht der Angeklagte wegen Veranlassung eines solchen Vergehens.

Versammlungen.

Zwei Volksversammlungen, die gestern Abend im Swinemünder Gesellschaftshaus und in Sanssouci tagten, legten Protest ein gegen die künstliche Fleischvertheuerung. Im letztgenannten Lokal wurde folgende Resolution angenommen:

„Da die Vieheinfuhr-Verbote und Grenzsperren nachweislich zu einer enormen Steigerung der Fleischpreise geführt haben, welche verursachen, daß die arbeitende Bevölkerung, welche in erster Linie einer gesunden und kräftigen Ernährung bedarf — nun kaum in der Lage ist, Fleischkost genießen zu können oder doch mit zweifelhafter Waare sich begnügen muß, beschließen die Versammelten, die Reichstags-Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei aufzufordern, gleich nach Zusammentritt des Reichstages eine Interpellation an die Regierung zu richten und die Aufhebung der Grenzsperren und Vieheinfuhr-Verbote wie auch der zu hohen Lebensmittelzölle zu verlangen, weil die deutsche Landwirthschaft den Gesammtbedarf nicht decken kann oder will und daher die genannten Maßnahmen speziell die nichtbesitzende Klasse in ungerechtester Weise belasten und einzig den Großgrundbesitzern Gewinn bringen auf Kosten einer nicht ausreichenden Ernährung der übrigen Bevölkerungsschichten, was eine Schädigung der Volksgesundheit zur Folge haben muß."

Der Verband der Buchbinder (Ortsverwaltung Berlin) hielt am Dienstag seine Generalversammlung für das 3. Quartal 1898 ab. Der Vorsitzende Brückner bemerkte in seinem Geschäftsbericht: Es haben im Laufe des Quartals 9 Sitzungen der Ortsverwaltung, 1 kombinirte Sitzung, 4 Versammlungen, 1 General-Versammlung, außerdem eine Anzahl von Werkstuben- und Delegirten-Versammlungen der einzelnen Branchen stattgefunden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des 2. Quartals 1249 männliche, 655 weibliche. Eingetreten sind 173 männliche, 805 weibliche, ausgeschieden 100 männliche, 130 weibliche. Am Schluß des dritten Quartals waren demnach 1262 männliche und 675 weibliche Mitglieder vorhanden, das ist ein Zuwachs von 13 männlichen und 100 weiblichen, insgesammt also 113 Mitgliedern. Die Zunahme der Mitgliederzahl sei keine zufriedenstellende, es müsse eine lebhafte Agitation betrieben werden, und sei es dringend zu wünschen, daß die Vertrauensleute dabei von den Kollegen der einzelnen Werkstuben unterstützt werden. Den Kassenbericht erstattete Leps. Die Abrechnung der Zentralkasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 6154,30 M. Unter den Ausgaben sind folgende Posten bemerkenswerth: 847 M. für Arbeitslosen-, 89,50 M. für Reise-, 58 M. für Gemaßregelten-Unterstützung. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 3197,18 M., eine Ausgabe von 1343,38 M., bleibt Bestand 1853,80 M. Der Kassirer wurde ohne Debatte entlastet. Die Bibliothek enthält 644 Bände, sie wurde im 3. Quartal 420 Mal von männlichen, 205 Mal von weiblichen Mitgliedern benutzt. Auf dem Arbeitsnachweis waren 389 männliche und 221 weibliche Arbeitsuchende eingetragen. Verlangt wurden 240 männliche und 369 weibliche, zur Aushilfe 218 männliche und 4 weibliche. In Arbeit gestellt wurden 137 männliche und 148 weibliche in dauernden, 204 männliche und 4 weibliche in Aushilfsstellen. — Der Vergnügungskommission, welche eine spezialisirte Abrechnung erstattete, wurde Decharge ertheilt. — In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Paul Hoffmann als zweiter Bevollmächtigter, Gerhard als erster Schriftführer. Das Amt des Gauvorstehers wurde Karl Schulze übertragen. In die Rechtsschutz-Kommission wurden gewählt: Bergmann, Karl Schulze, Dust, Lemser, Zander. — Das Verbandsbureau ist vom 1. November an von ½9—1 und von ½4—7 Uhr geöffnet. Dem Bureaubeamten wurde eine Gehaltszulage von wöchentlich 3 M. und ein achttägiger Urlaub für jedes Jahr zugebilligt. Ferner wurden interne Verbandsangelegenheiten erledigt, die kein allgemeines Interesse haben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

Wesel. 1. Sprechen Sie darüber mit einem Rechtsanwalt, der gleichzeitig Notar ist. 2. Für den Austritt gelten in beiden Fällen die gleichen Formalitäten.

M. L. Nein, es ist dann zu spät.

999. Auch nicht steuerzahlende Staatsbürger haben das Wahlrecht. Ausgeschlossen sind nur diejenigen, welche Armenunterstützung beziehen.

A. 77. Sie müssen den Eid leisten. Sonst ergeht Haftbefehl. — **A. B. 100.** Wenn deshalb Anstände erhoben werden, so kommen Sie in die Sprechstunde. — **L. B. 101.** Es giebt hierfür keine Berufsgenossenschaft. — **E. S. 88.** Wenden Sie sich an das Polizeipräsidium. — **Fr. L. 87.** Jedenfalls empfiehlt es sich, einen neuen diesbezüglichen Antrag zu stellen. — **Was nun 50?** Hier läßt sich nichts machen. Die Frist muß abgewartet werden. — **J. K. 80.** Kommen Sie mit der Klage und dem seinerzeit geschlossenen Vertrag in die Sprechstunde. — **H. B. 30.** Sie müssen den Sachverhalt genau angeben.

Witterungsübersicht vom 26. Oktober 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	757	WSW	4	Regen	12	Haparanda	752	Still	0	bedeckt	−1
Hamburg	760	W	4	bedeckt	12	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	760	W	4	Regen	12	Cork	763	W	2	heiter	13
Wiesbaden	766	SW	1	bedeckt	12	Aberdeen	752	SW	3	heiter	11
München	770	SW	3	Regen	9	Paris	769	SSW	2	bld. bed.	10
Wien	767	S	3	Regen	12						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 27. Oktober 1898.

Warm und zeitweise heiter, vielfach wolkig mit Regenfällen und ziemlich frischen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgen.
Deutschlands. Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
August Schulz,
Steindrucker,
am Dienstag, den 25. Oktober, an der Proletarier-Krankheit im Alter von 36 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Oktober, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Swinemünderstr. 89, aus nach dem Kirchhof der Friedensgemeinde in Nieder-Schönhausen statt.
Der Verein verliert in ihm ein treues Mitglied. Ehre seinem Andenken.
Um zahlreiche Betheiligung ersucht
Die Verwaltung.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler u. Berufsgen.
Deutschlands. 18229
E. B. 86, Hamburg.
Verwaltungsstelle Berlin A.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied
Paul Teuert
am 24. Oktober verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. d. M., nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee 22—23 aus statt. Um zahlreiche Betheiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Vereinszimmer z. v. Reichenbergerstraße 10. 17726

Möbel, baar u. Theilzahlung, billigst Frankfurter Allee 110 I, Ecke Königsbergerstr.

Schlafst. z. vermiethen bei Miegner, Kaiser Franz-Grenadierplatz 14, vorn.

Möbl. Zimmer an 2 Herrn od. Dam. z. v. Pinkus, Friedrichsfelderstr. 43, Quergeb. 4 Tr. 18145

Cigarren-Geschäft
wegen Todesfalls billig zu verkaufen Quitzowstr. 114 beim Bahnh. Putlitzstr.

Gas-Heizöfen,
neuestes Sparsystem, 9 M., Gaskocher Zweiloch 6, Dreiloch 14, Gasbratofen 10 M., Gas-Plätteisen billig. 16656* **Wohlauer,**
(Kein Laden.) 26/27. Wallnertheaterstr.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretzschmar & Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Jannowitzbrücke), haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
108 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Klavierarbeiter!
In der Pianofabrik von **Laurinat,** Wasserthorstraße 9, haben sämmtliche **Bodenmacher** infolge Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt, es ist somit Ehrenpflicht jedes Kollegen, den Zuzug nach genannter Fabrik **streng fernzuhalten.** 143/1
Die Agitations-Kommission des Fachvereins d. Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Karton-Arbeiterinnen in und außer dem Hause verlangt
* Kommandantenstr. 15, 4 Tr.

Arbeiterin
auf Blousen (Mustervorlagen) verl. **Rabau,** Magazinstr. 18a.

Lehrmädchen [18155
verl. **Baermann,** Seydelstr. 29.

Ein tüchtiger **Versilberer** findet dauernde und lohnende Beschäftigung **Goldleistenfabrik** Alexandrinenstr. 25.

Jung. Mädchen, welches Maschine näht, verl. **Hübner,** Bessermannstraße 17, Hof II. 18259

Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser
M. d. A.-S.-B. Dirigent: **Fr. Pieth.**

Sonntag, den 30. Oktober 1898:

Vokal- und Instrumental-Konzert

unter gütiger Mitwirkung von Frl. **Antonie Steimann**
und namhafter Solisten des „Neuen Berliner Sinfonie-Orchesters"
(gegründet 1895) 66/7
in **Louis Keller's Festsälen**, Koppenstrasse No. 29.

Programm.

I. Theil.

1. Vineta . . . . Abt.
2. Fischerlied . . Hössler.
3. a) Einschiffung Möhring.
   b) Waldandacht Abt.
   (Cornett-Quartett.)
4. O wonnig süsse Frühlingsnacht Fischer.
5. Der Lethetrunk vom Rhein . . Beschnitt.

II. Theil.

6. Des Schiffers Traum . . . Abt.
7. Glockenthürmers Töchterlein . Rheinthaler.
   (Sopran-Solo: Frl. A. Steimann.)
8. a) Schlummerlied von Koss.
   b) Der Lenz . . Lassen.
   (Frl. A. Steimann.)
9. a) Variation a. d. A-dur-Quartett . . . Beethoven.
   (Streich-Quartett.)
   b) Serenade f. Flöte und Waldhorn . Titl.
10. Altniederländisches Volkslied . . . . Kremser.
11. Im Winter . . . . Kremser.

III. Theil.

12. Nachtzauber . . . Storch.
13. Zwa Sternlan . . . Kremser.
14. a) Aus Deinen Augen fliessen meine Lieder Riess.
    b) Frühlingslied . . Gounod.
    (Frl. A. Steimann.)
15. a) Auf die Höhen . Otto.
    b) Aennchen v. Tharau * * *
    (Cornett-Quartett.)
16. Nun leb' wohl du kleine Gasse . . Silcher.
17. Der Menschheit Erwachen . . . . Uthmann

Nach dem Konzert: **Ball.**

Hieran theilnehmende Herren zahlen 50 Pf. nach.

Kassenöffnung 5 Uhr. **Anfang 6 Uhr.**

Eintrittspreis: 40 Pf., an der Kasse 50 Pf., Kinder 10 Pf.
Liedertexte an der Kontrolle gratis.

Eintrittskarten sind vorher zu haben im **Vereinsbureau**, Ritterstrasse 88, I, beim Kassenboten **Graumann**, in der Musikalienhandlung von **Kaun**, Grüner Weg 17, bei Herrn **Nettermann**, Moabit, Bandelstr. 45, im Setzersaal des „Vorwärts" sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen.

Der Vorstand.

„Hülfe!" **„Hülfe!"**

Ohne ärztliche Untersuchung

kann jede männliche sowie auch **jede weibliche Person** im Alter vom 14. bis 60. Jahre der Krankenkasse **„Hülfe"** für äußerst billige Monatsbeiträge beitreten. **Aufnahme kostenlos** im Bureau der **„Hülfe"**, Berlin SO, **Stalitzerstr. 82. I** (am Schlesischen Thor).

Zahlstellen und Agenten allerorts gesucht! 61902*

Nähmaschinen
Afrana-, Adler-, Ringschiff-, Greifer-System,
für Haushalt und gewerbliche Zwecke,
liefert billigst zu koulanten Zahlungsbedingungen
E. Krieg,
SO., Stalitzerstraße 136. (6347?*
SO., Wrangelstraße 118.
W., Leipzigerstraße 112.

Billard-Bälle sämmtliche Gastwirths-Artikel **Ferd. Diedrich,** Dresdenerstr. **109.** (Amt IV, 3628.

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.
Friedrichstraße 114. I.

Volksthümliche Kurse v. Berliner Hochschullehrern
Karten-Verkauf (jeder Kursus von 6 Vorträgen 1 M.): A. Schütz, O. Holzmarktstrasse 60 II. (Nachm. 4—6). — G. Belling, Zigarrenhandlg., W., Leipzigerstr. 135. — Chr. Tischendörfer, C., Sophienstrasse 19. Hof II. (Vorm. 8—1, Nachm. 3—7). — Bureau der Centralstelle f. Arb.-Wohlfahrts-Einrichtungen, W., Köthenerstrasse 23 II. (8—8 Uhr).

Fertige Betten, gr. Stand Oberbett, Unterbett zwei Kopfkissen mit gereinigten neuen Federn, von **12 M.** an, **fertige Inletts,** Bettwäsche, Matratzen jeder Art, Stepp-, Schlaf-, Bettdecken und Polster-Bettstellen empf. billigst das als streng reell bekannte, 1870 gegr. Spezial-Gesch. **S. Pollack, Oranienstr. 61.** am Moritzplatz.

Betten, Steppdeck., Gardin., Portièr., Stores, Wäsche, Waffeldecken, **Winterpaletots,** Anzüge, Hosen, Regulatoren, Remontoiruhren, Opernglä., verk. spottbill. **Pfandleihe, Neanderstr. 6.**

Unfallsachen. Klagen, Eingaben **Patzger, Steglitzerstr. 65.**

Gustav Ehrlich
Buchdruckerei,
Berlin SW., Zimmerstraße 18. Hof parterre,
liefert sämmtliche **Drucksachen** für Vereine, schnell u. preiswerth. Zeitschriften, Broschüren und Flugblätter äußerst billig 36/5

Wer Geld will sparen. **Durch Einkauf von grossen Posten auf Auktionen und von Konkursmassen** verkaufe ich von heute ab:
Hochelegante Winter-Paletots von **9 M. 50 Pf.** an.
Hohenzollern- und Pelerinen-Mäntel von **5 M. 25 Pf.** an
Kaiser-Mäntel und Joppen von **6 M. 75 Pf.** an.
Hochfeine Rock- und Jaquett-Anzüge von **12 M. 50 Pf.** an,
Herren-Hosen von **2 M. 75 Pf.** an.
Leder- und Arbeitshosen zu **2 M. 35 Pf. Burschen- und Knaben-Paletots, Herren-Jaquetts, Westen** und **Röcke** in allen Größen, **Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Teschings, Stockflinten, Harmonikas, Geigen, Zithern, Regulateure, Uhren, Ketten, Ringe** u. s. w.
zu spottbilligen Preisen.
Gustav Lucke, Waarenhaus,
Berlin, 131 Oranienstr. 131.

Möbel auf **Theilzahlung** **J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.**

Halt!
Jeden Donnerstag noch wie vor: **Grosses Gänse-Ausspielen** auf dem Billard bei 18015
Gustav Schultz, Wasserthorstr 55.

Angeschmutzte Damenhemden m. hübscher Handstickerei, Reisemuster, sonst tadellos, von 1,10 M. an, nur so lange Vorrath reicht. Handstickerei-Wäschefabrik **Danig, Alexanderstr. 30,** Vorderhaus, I.

Flora-Säle
Bernh. Nickt, 17. Weberstr. 17.
1000 Pers. fassend. Vollst. neu einger. **Sonnabende,** 26. Nov., 17. Dez., 1. u. 2. Weihn.-Feiert.: Vorm. Matinée frei!

Neu eröffnet! **Speisehaus** Neu eröffnet!
Ruugestraße 19, parterre.
Kräftiger Mittagstisch mit Bier 0,50. Reichhaltige Abendkarte zu kleinen Preisen. — Jeden Dienstag eingemachte frische Blut- und Leberwurst.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, **zwei Kissen**) **mit gereinigten neuen Federn** bei **Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46.** Preisliste kostenfrei. **Viele Anerkennungsschreiben.**

Frische Wurst
heute, Donner! nachm. 4 Uhr.
18235] **Gustav Lempel,**
Große Frankfurterstr. 16.

Volks-Versicherung
(Leb.-Versicher. ohne ärztl. Untersuch. m. **wöchentl.** Prämienzahl.)
Kranken-Versicherung
sucht unter günstigen Bedingung. solide Herren und Damen zur Vermittelung v. Versicher. Ev. feste Anstell. Off. sub E. 7 Exp.

Gänse-Pökelfleisch
von Ia Mastgänsen mit allen Keulen, 5 Kilo-Faß franko Nachn. 4,50 M. Jeder bestellt gern nach. **Arno Ross, Tilsit.**

Jahres-Abschluss

der

Kasse der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin

für das Jahr 1897

(nebst Abschluss des Reservefonds für das Jahr 1897).

Der Rechnung Kapitel	Titel	Einnahme	Ist-Einnahme im Einzelnen M.	Pf.	im Ganzen M.	Pf.
I.		Beitragsleistungen:				
	1	Erlös für verkaufte Beitragsmarken	5 640 928	02		
		Hiervon ab für vernichtete Beitragsmarken (§ 3 der Vorschriften vom 30. April 1895)	23 102	34		
		bleiben	5 617 825	68		
	2	Beiträge für Seeleute	—	—		
		Summa Kapitel I			5 617 825	68
II.		Zinsen:				
	1	Für Werthpapiere	728 705	71		
	2	Für Darlehen	283 872	01		
	3	Für anderweit belegte Gelder	922	90		
		Summa Kapitel II			1 013 500	62
III.		Miethe und Pacht aus Grundbesitz			2 306	25
IV.		Zuschüsse aus dem Reservefonds			—	—
V.		Erstattung von Rentenzahlungen:				
	1	Invalidenrenten	1 268	71		
	2	Altersrenten	183	—		
		Summa Kapitel V			1 451	71
VI.		Strafgelder u. andere nicht vorgesehene Einnahmen			7 626	87
VII.		Erlös für veräusserte Kapitalanlagen			2 109 310	90
		Summa der Einnahmen			8 752 022	03
		Hierzu: Bestand aus dem Vorjahre:			min. 627 424	15
		sind zusammen			8 124 597	88
		ab: Summa der Ausgaben			8 029 125	24
		Mithin Bestand			95 472	64

Der Rechnung Kapitel	Titel	Ausgabe	Ist-Ausgabe im Einzelnen M.	Pf.	im Ganzen M.	Pf.
I.		Renten:				
	1	Invalidenrenten	289 551	91		
	2	Altersrenten	290 366	72		
		Summa Kapitel I.			579 918	63
II.		Kapitalabfindungen an Ausländer (§ 14 des Gesetzes):				
	1	Invalidenrenten	—	—		
	2	Altersrenten	—	—		
		Summa Kapitel II.			—	—
III.		Kosten des Heilverfahrens (§ 12 des Gesetzes)			153 620	29
IV.		Erstattung von Beiträgen:				
	1	In Fällen der Verheirathung (§ 30 des Gesetzes)	175 897	14		
	2	In Todesfällen (§ 31 des Gesetzes)	39 230	02		
		Summa Kapitel IV.			215 127	16
V.		Verwaltungskosten:				
	1	Gehälter und Remunerationen der Beamten mit Ausschluss der Kontrollbeamten (zu vergl. Kapitel VIII) u. Vergütung für Schreibhilfe	141 670	70		
	2	Vergütungen, insbesondere Tagegelder u. Reisekosten bezw. Ersatz für baare Auslagen und für entgangenen Arbeitsverdienst (§ 58 des Gesetzes):				
		a) an Mitglieder des Vorstandes und Anstaltsbeamte 2652,86 M.				
		b) an Mitglieder des Ausschusses 631,50 „				
		c) an Mitglieder des Aufsichtsraths —,— „				
		d) an Vertrauensmänner 6109,95 „				
		Summa Titel 2	9 394	31		
	3	Miethe für Geschäftsräume, Aufwendungen für Dienstgrundstücke (Unterhaltungs-Kosten, Steuern etc.), sowie Reinigung, Heizung und Erleuchtung der Geschäftsräume	9 633	49		
	4	Bureau- u. Kassenbedürfnisse, Drucksachen, Porto, Insertionskosten, Buchbinder- und Botenlohn	18 258	48		
	5	Anschaffung und Unterhaltung der Inventarien	3 398	05		
	6	Beiträge zu Pensions-, Wittwen- und Waisenkassen, sowie sonstige Versicherungsbeiträge (für Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- u. Altersversicherung)	911	07		
	7	Pensionen u. Unterstützungen für ausgeschiedene Beamte etc. und deren Hinterbliebene	—	—		
		Summa Kapitel V.			183 266	10
VI.		Kosten der Erhebung bei Gewährung oder Entziehung von Renten			6 004	76
VII.		Schiedsgerichts- und sonstige Kosten aus Anlass des Berufungs- und Revisionsverfahrens			14 447	65
VIII.		Kosten der Beitragserhebung und der Kontrole:				
	1	Kosten der Quittungskarten, der Beitragsmarken und des Verkaufs der letzteren (§§ 99 und 101, Absatz 3 des Gesetzes)	10560	—		
	2	Vergütung an Krankenkassen und andere mit der Einziehung betraute Stellen (§ 112, Absatz 3 des Gesetzes)	—	—		
	3	Kosten der Kontrole (§ 128 des Gesetzes)	29 350	75		
		Summa Kapitel VIII.			39 910	75
IX.		Kosten der Rechtshilfe (§ 141, Absatz 2 des Gesetzes)			10	50
X.		Ueberweisungen an den Reservefonds (pro not. in Kapitalanlagen sind 181 793,63 M. überwiesen.)			—	—
XI.		Andere nicht vorgesehene Ausgaben			19 973	10
XII.		Kosten der Erwerbung von Kapitalanlagen			6 816 846	30
		Summa der Ausgaben			8 029 125	24

Reservefond.

Der Rechnung Kapitel	Titel	Einnahme	Ist-Einnahme im Einzeln. M.	pf	im Ganzen M.	pf
I.		Zinsen:				
	1	Für Werthpapiere	29 146	66		
	2	Für Darlehen	—	—		
	3	Für anderweit belegte Gelder	—	—		
		Summa Kapitel I.			29 146	66
II.		Miethe und Pacht aus Grundbesitz			—	—
III.		Ueberweisung an den Reservefonds (pro not. in Kapital-Anlagen sind überwiesen 181 793,63 M.			—	—
IV.		Sonstige Einnahmen			—	—
V.		Erlös für veräusserte Kapitalanlagen			14 806	50
		Summa der Einnahmen			43 953	16
		Hierzu: Bestand a. d. Vorjahre			15 232	04
		sind zusammen			59 185	20
		ab: Summa der Ausgaben			44 161	10
		Mithin Bestand			15 024	10

Der Rechnung Kapitel	Titel	Ausgabe	Ist-Ausgabe im Einzeln. M.	pf	im Ganzen M.	pf
I.		Inanspruchnahme des Reservefonds (§ 21, Abs. 3 des Gesetzes)			—	—
II.		Sonstige Ausgaben			395	—
III.		Kosten der Erwerbung von Kapitalanlagen			43 766	10
		Summa der Ausgaben			44 161	10

Abschluss II.

I. a) Nach den Tagebüchern der Kasse haben im Jahre 1897 betragen: **Baar.**

1. Die Einnahmen		12 091 528,56 M.
2. Die Ausgaben		11 639 414,17 „

b) Nach den Zu- und Abgangslisten der Kasse haben im Jahre 1897 betragen:

1. Die Einnahmen:		
a) Betriebsfonds	35 580 024,32 M.	
b) Reservefonds	983 440,78 „	
c) Voreinnahmen	787 252,10 „	
	37 350 717,20 M.	
2. Die Ausgaben:		
a) Betriebsfonds	2 220 319,64 M.	
b) Reservefonds	14 469,71 „	
c) Voreinnahmen	787 252,10 „	
	3 022 041,45 M.	
Mithin verbleibt am Schlusse des Rechnungsjahres 1897 Bestand:		
a) Baarbestand		452 114,39 M.
b) Bestand in Werthpapieren u. s. w.	34 328 675,75 M.	
	34 780 790,14 M.	

II. a) Die Jahresrechnung pro 1897 — Betriebsfonds — schliesst ab mit einem Bestande von . . . . 93 472,64 M.
Die Jahresrechnung pro 1897 — Reservefonds — schliesst ab mit einem Bestande von . . . . 15 024,10 „
zusammen . 110 496,74 M.
Hierzu treten die am Schlusse des Jahres 1897 vorhandenen Voreinnahmen mit 350 500,00 „
sind . 460 996,74 M.
In Abzug zu bringen sind dagegen die bis zum Schluss des Jahres 1897 nicht erstatteten Vorschüsse mit . . . . 8 882,35 „
Am Schlusse des Rechnungsjahres 1897 verbleibt also Baarbestand (wie oben) 452 114,39 M.

b) Die Zu- und Abgangslisten pro 1897 schliessen mit folgenden Beständen ab:

a) Betriebsfonds	33 359 704,68 M.	
b) Reservefonds	968 971,07 „	
c) Voreinnahmen	— „	
Am Schlusse des Rechnungsjahres 1897 verbleibt also als Bestand in Werthpapieren u. s. w. (wie oben)	34 328 675,75 M.	
	34 780 790,14 M.	

Vorstehende Rechnungsabschlüsse werden hierdurch gemäss §§ 22 und 24 des Statuts der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin mit dem Bemerken veröffentlicht, dass die Jahresrechnung für 1897 von dem Ausschusse der Anstalt in der Sitzung am 26. v. M. abgenommen worden ist.

Berlin, den 20. Oktober 1898.

Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin.
Der Vorstand.
Dr. Freund. Dr. Sträter.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Versammlungen.

Im ersten Wahlkreis fand am Dienstag in Cohn's Festsälen eine Generalversammlung des Wahlvereins statt, in welcher Faber über „Christenthum und Sozialismus" sprach. Hierauf erstattete Mörschel den Bericht des Vorstandes, nach welchem 4 Versammlungen und 7 Vorstandssitzungen stattgefunden haben; die Mitgliederzahl des Wahlvereins beläuft sich jetzt auf etwa 200. Den Kassenbericht ertheilte Petermann. Einer Einnahme von 459,68 M. steht eine Ausgabe von 191,90 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 267,78 M. verbleibt. Die Neuwahl des Vorstandes gestaltet sich folgendermaßen: Mörschel, erster Vorsitzender; Felgentreff, zweiter Vorsitzender; Petermann, erster Kassirer; Schallenberg und Büttner, Hilfskassirer; Sommer, erster Schriftführer; Rudolph, zweiter Schriftführer; Lehmann und Kubat, Revisoren; Reichert, Beisitzer. — Zu Verschiedenem ersucht Mörschel die Anwesenden, doch recht rege für den am 3. Dezember in den Arminhallen stattfindenden Familienabend zu agitiren; ferner theilt er den Genossen mit, daß für diejenigen, welche sich mit ihrem Vereinsbeitrag nicht im Rückstande befinden, die Protokolle vom Stuttgarter Parteitag gratis zu haben sind.

Der Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südosten) hielt am Dienstag im Lokal von Brüder, Waldemarstraße, seine Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Nach dem Bericht des Vorstandes fanden im letzten Halbjahr eine General- und vier Vereinsversammlungen statt; Vorstandssitzungen wurden sechs abgehalten. Die Zahl der Mitglieder belief sich bei der letzten Abrechnung auf 1253; als Eingetragene sind zu verzeichnen 1969, von denen 826 ihre Beiträge bis Dezember 1897 entrichteten und 210 nur eine Beitragsmarke bei Gründung des Vereins klebten. Neuaufnehmen ließen sich vom 1. April bis 30. September 270 Mitglieder. Als zahlende Mitglieder sind somit 1143 zu verzeichnen. Aus dem Kassenbericht des Genossen Fraczyk war zu entnehmen, daß sich die Einnahme einschließlich des Bestandes vom 31. März auf 1199,30 M., und die Ausgabe (unter denen 520,25 M. für Agitation im Kreise figuriren) sich auf 996,60 M. belaufe, so daß ein Bestand von 202,70 M. zu verzeichnen ist. Die Richtigkeit der Abrechnung wird seitens der Revisoren bestätigt und dem Kassirer Decharge ertheilt. Der Vorstand setzt sich nach der Neuwahl wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Gesche, 2.: Laugner; 1. Schriftführer: Thiel, 2.: Loose; 1. Kassirer: Fraczyk, 2.: Zimmer; Beisitzer: Rich. Beyer; Revisoren: Menzel, Goerke und Gebell. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich nun über den Antrag Böhm, der verlangt, daß seitens des Vorstandes für jeden Stadtbezirk des Wahlkreises je 2 Genossen als Vertrauenspersonen eingesetzt werden, die im Interesse des Wahlvereins und gleichzeitig für die Verbreitung des „Vorwärts" die nöthige, planmäßige Agitation betreiben. Von einem großen Theil der Redner wurde hierbei in abfälliger Weise auf die Vereinsspielerei der Arbeiter, die in allerhand Klubs betrieben wird, hingewiesen, mit dem Bemerken, daß dies nur zu oft dazu angethan ist, die Genossen von der politischen Bewegung und Organisation abzuhalten. Der Antrag wurde angenommen, dagegen der Antrag Scholz, am Bußtag eine Fußpartie zu unternehmen, abgelehnt.

Der Wahlverein für den 6. Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag seine stark besuchte Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Versammlung das Andenken der im letzten Quartal verstorbenen Mitglieder Zachau, Tietz, Gartmann, Schrinner und Tesch durch Erheben von den Sitzen. Nach Verlesung des Protokolls erstattet der Vorsitzende Genosse Kiesel den Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes im vergangenen Quartal. Danach haben mit einer außerordentlichen 8 Vorstandssitzungen und 8 Versammlungen in den verschiedenen Bezirken des Wahlkreises stattgefunden. Leider seien die Versammlungen, wohl infolge der Wahlen, nicht, wie erwünscht, besucht gewesen, obwohl die Mitgliederzahl von 4800 auf 5200 gestiegen sei. Um nunmehr den Wahlverein und die gesammte Agitation im sechsten Wahlverein wieder auf den früheren Höhepunkt vor dem Köller-Koup zu bringen, habe sich der Vorstand eingehend mit Vorschlägen für Erneuerung und Verbesserung der Agitationsmittel befaßt. Zunächst seien die Zahlabende in den Zahlstellen an den Versammlungsabenden seitens der Bezirksführer einzustellen. Um andererseits das Interesse für die politischen Tagesfragen und die Taktik innerhalb der Partei unter den Mitgliedern und Genossen zu beleben und rege zu halten, habe der Vorstand beschlossen, in Zukunft wieder Diskutirabende einzuführen, die entweder in einem Bezirk an jedem letzten Mittwoch im Monat oder abwechselnd in verschiedenen Bezirken, stattfinden können. Hierbei sei zu entscheiden, ob für jeden dieser Abende ein Referent für ein bestimmtes Thema zu bestellen oder ein Redner aus der Mitte der Genossen einen dahingehenden Auftrag übernimmt. Hierauf erstattete Tauschel seinen Bericht als Kassirer. Mit dem Bestand vom vorigen Quartal betrug die Einnahme 2509,75 Mark, bei einer Ausgabe von 2500,85 Mark, sodaß ein Bestand von 8,90 Mark verbleibt. Betreffs der Mitglieder sei zu bemerken, daß bedauerlicherweise nicht weniger als ein Drittheil mit den Beitragszahlungen über drei Monate im Rückstande war, was sich hoffentlich in Zukunft nicht wiederholen möge. Einige Mitglieder seien ausgeschieden, zwei ausgeschlossen, weil ihr Verhalten gegen die proletarischen Interessen verstieß. Um die Betheiligung der verschiedenen Berufsklassen an der politischen Organisation zu ermitteln, habe er sich bemüht, eine Berufsstatistik aufzustellen. Am stärksten sind danach vertreten die Metallarbeiter der verschiedenen Branchen, Zigarrenmacher, Maurer und Gastwirthe; am geringsten Kellner, Musiker, Kaufleute und Buchbinder, die einen weit höheren Prozentsatz stellen könnten. Im übrigen sind außer Beamten und Gelehrten fast alle Berufe, sogar Hausbesitzer vertreten, die ungelernten Arbeiter allein in Zahl von 1183. Ueber die einzuführenden Diskutirabende entspinnt sich nunmehr eine längere Besprechung, an der sich die Genossen Scheffler, Tübbicke, Arendsee, Horn, Hielscher, Schieper, Leid, Fuchs, Swienty, Graßhold, Kiesel, Freithaler u. a. mehr oder weniger zustimmend betheiligen. Bei Erwägung der mit den Diskutirabenden gemachten Erfahrungen bezeichnete Graßhold diesen Vorschlag von vornherein als ein todtgeborenes Kind, mit dem man höchstens den Versuch in einem Bezirk machen könne, während andere abwechselnd alle Bezirke daran betheiligt wissen wollen. Ueber die Art und den Gegenstand der Besprechung war man überwiegend der Meinung, daß nur aus der Mitte der Mitglieder Redner über Tagesfragen, Taktik der Partei, Broschüren, Artikel 2c. sprechen sollen. Der Vorschlag des Vorstandes gelangte nunmehr mit großer Mehrheit dahingehend zur Annahme, daß zunächst für den Bezirk Wedding an jedem letzten Mittwoch im Monat ein Diskutirabend stattfindet, der durch Inserat 2c. noch genauer bekannt gegeben wird. Desgleichen bleiben die Zahlstellen an jedem Versammlungsabend geschlossen. Auf Antrag Arendsee wird die Neuwahl des Vorstandes per Akklamation vollzogen. Zunächst wurden Kiesel und Sternkopf als erster bezw. zweiter Vorsitzender, Tauschel und Fritz Bergemann als erster bezw. zweiter Kassirer; Krafczack und Späthe als erster bezw. zweiter Schriftführer; Freiberger, Doberlow und Kliesche als Beisitzer; Gleinert, Kloje, Trapp als Revisoren gewählt. Für die verschiedenen Stadtbezirke wurden als Abtheilungsführer gewählt: Neitzel (Schönhauser Vorstadt), Schröder (Moabit), Brandt (Rosenthaler Vorstadt), Bellin (Gesundbrunnen), Freithaler (Oranienburger Vorstadt), Melzer (Wedding). Eine von Swienty angeregte Frage giebt den Anlaß, daß die Versammlung beschließt, die Frage der Besteuerung der Waarenhäuser als Thema für den nächsten Diskutirabend festzusetzen.

Unter Ablehnung eines Antrages Knorr, den § 11 des Statuts einer Aenderung zu unterziehen, beschließt nach kurzer Diskussion die Versammlung, den früheren Organisationsplan, wie er nach dem Statut vor Einführung des Systems der Bezirks- und Abtheilungsführer gehandhabt wurde, bestehen zu lassen. Dieser Organisationsplan ermögliche dem Vorstand eine genaue Kontrolle und überlasse diesem das nothwendige Bestimmungsrecht. Als Begründung hierfür wurde angeführt und von der Versammlung anerkannt, daß man während des Köller-Koup durch die Enthüllungen im Auerprozeß schlimme Erfahrungen insofern gemacht habe, als von Abtheilungsleitern Spitzeldienste verrichtet wurden. Daraufhin wurde ein von Knorr aufs neue gestellter Antrag: § 9 des Statuts abzuändern und in der nächsten Generalversammlung auf die Tagesordnung zu setzen, zurückgezogen. Mit der Mahnung des Vorsitzenden, auch fernerhin für den Wahlverein rege zu agitiren, damit er wieder den früheren Mitgliederstand erreiche, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Arbeiter-Bildungsschule. Luisenhof, Buckowerstr. 9, II. **Donnerstag:** Gesetzeskunde. Zivilprozeß, Handelsrecht, insbesondere das neue Recht der Handlungsgehilfen, Strafrecht, Strafprozesse, ev. Gewerberecht. Vortragender: Rechtsanwalt Roth. Beginn der Vorlesungen pünktlich um 9 Uhr abends bis 10½ Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an den Unterrichtsabenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf., Unterrichtsgeld per Fach und Kursus (zehn Abende) 1 M. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Lamm, Tempelhof-Berlin, Berlinerstraße 36, Geldsendungen an den Kassirer H. Königs, Berlin S. 59, Dieffenbachstr. 30, zu senden. Der Vorstand.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 27. Oktober.
Opernhaus. Odysseus' Heimkehr. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Fregoli-Gastspiel. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Die versunkene Glocke. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Das Erbe. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Großmann. Anf. 7½ Uhr.
Residenz. Der Herr Sekretär. Vorher: Mein treuer Antoine. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Hasemann's Töchter. Anfang 8 Uhr.
Wessen. Die Hugenotten. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Die Schuld der Schuldlosen. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Napoleon oder: Die hundert Tage. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Jongleur. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Jugendsünden. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag:
Hasemanns Töchter
Freitag:
Bartel Turaser.
Sonnabend:
Hasemanns Töchter

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Letzte Woche!
Unser lustiges Berlin.
Große Gesangsposse in 4 Bildern von E. Sondermann u. Ch. Bischoff. Musik von Curt Goldmann.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater
Direktion: José Feroncy.
Souvenir-Abend.
Zum 200. Male:
Die Geisha
oder: Eine japanische Theehaus-Geschichte.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und die folgenden Tage: Die Geisha.
Sonntag Nachmittag: Die schöne Helena.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Heute: Geschlossen.
Morgen, Freitag: Zum 1. Male:
Die Schuld der Schuldlosen.
Schauspiel in 5 Akten von Ad. Stolze.
Sonnabend: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachm. 3 Uhr: Volksvorstellung zu kleinen Preisen: Othello, der Mohr von Venedig. Abends 8 Uhr: Jocko's Streiche. Vorher: Der dritte Kopf.
Jeden Mittwoch Nachm.: Schüler-Vorstellung.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Jongleur.
Posse mit Gesang in 5 Abtheil. von E. Pohl. Musik von G. Conradi. Im 5. Bilde: Auftreten des Kanonenfürsten Don Carlos; derselbe wird aus einer Kanone geschossen.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Freitag: Robert und Bertram.
Sonnabend: Preciosa. Mittwoch Nachm. 3 Uhr: 1. Schülervorstellung: Die Räuber. Entree 20, 30 und 50 Pf. Sonntag Nachm.: Schluntsel. Wittwe. Abends: Der Jongleur. Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.

Reichshallen.
Stettiner Sänger

Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse von 11—1 Uhr.
Zum Schluß:
Das Meysel'sche Ensemble:
Vor 25 Jahren
Reichshallen-Restaurant.
Täglich im Saal:
Schmidt-Konzert

Urania
Taubenstr. 48/49.
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Taubenstrasse im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.

Nur noch wenige Tage:
Der berühmte k. k. Fechtmeister
Mr. Sulivian
und seine Schülerin
Petö Aranka.
Von 6 Uhr ab:
Théâtre-Variété ohne Extra-Entrée.

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute, Donnerstag, den 27. Oktober:
Lumpazivagabundus,
oder: Das liederliche Kleeblatt.
Zauberposse mit Gesang in 3 Akten von Johann Nestroy.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.
Morgen: Ein Berliner Wucherer.

Apollo-Theater.
Direktion: E. Waldmann.
Letzte Woche!
Consuela Tortajada.
Prinzessin Pocahuntas.
Voranzeige.
Am 1. November:
Mlle. Arman d'Ary.
Mr. Judge's dressirte Seelöwen.
„Das Duell"
hochkomische Pantomime.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Anfang 7½ Uhr.

Olympia-Theater.
(Circus Renz) Karlstrasse.
Täglich 8 Uhr abends:
Berliner Ausstattungsstück mit Couplets
Mene Tekel
Aufzügen und Kolossal-Ballets
in 3 Akten (10 Bildern).
Sonntag Nachmittag 3½ Uhr:
Dieselbe Vorstellung.
1 Kind frei.
Parquet 2,10 Mk.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Täglich:
Grosses Konzert und Spezialitäten-Vorstellung
unter Leitung des beliebten Regisseurs Herrn Gustav Kluck.
Auftreten namhafter Künstler.
Lotte Romanowitsch, Liedersängerin.
Fritz Fehrmann, Universal-Humorist.
Geschw. Grüser, Gesangs-Duettisten.
Heinrich Krill, Charakter-Komiker.
Elise Cora, Kostüm-Soubrette.
Gustav Greusing, Kapellmeister.
Anf. Wochent. 6½ Uhr, Sonnt. 5 Uhr.
Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Circus Busch
Donnerstag, 27. Oktober 1898,
Abends 7½ Uhr:
Elite-Abend
Vorzüglichstes Programm.
Auftreten der ausgezeichneten Reitkünstlerin Miß Alden. Mr. Adolf Wells als deutscher Matrose im Schiffbruch. Shadow Brothers, moderne Gladiatoren. Auftreten des Gigerl-Clowns Alf. Daniels als Professor. Außerdem: Auftreten des Herrn Franz Gebhardt, Ritter pp., bisheriger Chef der k. k. spanischen Hofreitschule i. Wien. Aufzug sämmtlicher Reitertypen in prunkhaftester Ausstattung. Zusammenkunft der Blumen, großes Ballet-Divertissement. 6 arabische Schimmelhengste aus dem königl. württemb. Gestüt. „Welf" und ein Tigerhengst, zus. dress. u. vorgef. vom Direktor Busch.
Morgen 7½ Uhr: Humorist. Abend.
Sonntag, den 30. Oktober, nachm. 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei, weitere Kinder unter 10 Jahren zahlen auf allen Plätzen halbe Preise): Gala-Komiker-Vorstellung.

Festsäle Luisenhof,
Buckowerstraße 9.
Zwei Säle, je 120—150 Personen fassend, sind umständehalber am Sonnabend, den 5. u. 12. Nov., sowie am Todtensonntag und 3. Weihnachtsfeiertag noch frei. 63782*

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Nur noch bis 31. d. Mts.
Rich. Winkler u. Wilh. Fröbel in der allabendlich um 8½ Uhr mit großem Jubel u. stürmischem Beifall zur Aufführung kommenden Ausstattungs-Gesangs-Posse
Berlin, wie es liebt und radelt!
Im Spezialitätentheil:
Die sensationell dressirt. Möpse.
Die Teufels-Akrobaten.
Ein Morgen in Afrika
urkomische Orig.-Pantomime.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Kassenöffnung eine Stunde vor Anfang. — Entree 50 Pf.
Vorverkauf Vorm. v. 11-1 Uhr.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Sensationell! Neu!
Das Wurstmädchen von Aschinger.
Bild aus dem Berliner Leben von W. Reichard. Musik von Oskar Victor-Roeder. In Szene gesetzt von Otto Wendt.
Vorher, mit großem Lacherfolg:
Die Wenzel.
Schwank in 1 Akt von Felsch.
Gesammtauftreten des neuengagirten Künstler- und Spezialitäten-Personals.
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen und Schauspiel-Ensemble
Heute:
Der liebe Onkel.
In Vorbereitung:
Insel Tulipatan.
Operette von Offenbach.
Avis! Um den überaus zahlreichen Wünschen nachzukommen, werden für die Wochentage Vereinsbillets mit erheblicher Preisermäßigung ausgegeben. Die geschätzten Vereine, welche auf solche Billets reflektiren, können dieselben durch ihre Vorstände kostenlos im Bureau des Konzerthauses entgegennehmen.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein Weiss-, Bairischbier- und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen. *
H. Stramm, Rest., Ritterstr. 123.

Mähr's Theater
Oranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
O diese Radler!
Burleske.
Edler von Metz.
Transformations-Künstler.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
Dir.: A. Kolig. Art. Leiter: A. Runge.
Novität! Sensationell! Novität!
Weibliche Rekruten.
Operetten-Burleske von J. Eißner. Musik von A. Zehr. In Szene gesetzt von August Runge.
Riesenerfolg! Jubelnder Beifall!
Bei Werthheim's.
Neu! Mr. William Barrey, Neu!
Original-Neger-Clown.
Urkomisch! Zum Todtlachen!

Gr. Möbelverkauf,
passende Gelegenheit für Brautleute, Gneisenaustr. 15, Möbel-Ausstattungsmagazin, sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Möbel zu sehr mäßigen Preisen verkauft werden. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon Einrichtungen für 100 bis 300 Mark zu liefern, ferner herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 5000 Mark. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an Herrschaften kurze Zeit verliehen gewesenen und zurückgesetzten Möbel, Kleiderspind 20, Küchenspind, Kommoden 15, Bettstelle mit Matratze 20, nußbaumfurnirte Kleiderspinden und Wäschespinden 36 Mark, Muschelspinden und Vertikow 36, französische Muschelbettstellen mit Matratzen 40, Säulen-Kleiderspinden, Trumeaux, Plüschgarnitur 60 Mark, Buffets, Kouliffentische, Paneelsofas, Damen-, Herrenschreibtische. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich 3 Monate aufbewahrt, durch eigene Gespanne transportirt. 51960*

Billig! Knabenanzüge! Billig! Paletots, Mädchenkleider u. Mäntel. O. Hoffmann, Veteranenstr. 14. *

Großer Möbelverkauf Neue Königstr. 59.
In meinem großen Möbelspeicher bietet sich Brautleuten die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mark, hochelegante von 500—5000 Mark zu liefern. Theilzahlungen unter den kulantesten Bedingungen. Die Möbel können kostenfrei 3 Monate lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt.

Freitag, 28. Oktober, abends 8½ Uhr pünktlich,
in der **Tonhalle**, Friedrichstr. 112:

Allgemeine Protest-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die internationale Anarchistenhetze und die Verschwörung gegen die Freiheit. 1821b

Redner: **Gustav Landauer, August Bebel, Karl Görlitz** (Magdeburg) u. a.
Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung. Der Einberufer: **G. Landauer.**

Achtung! **Maurer.** Achtung!

Donnerstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr:
2 Mitgliederversammlungen des Zentralverbandes der Maurer,
für **Berlin** in **Cohn's Festsälen**, Beuthstraße 20—21,
für **Rixdorf** in den **Viktoria-Sälen** bei **Thomas.**
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Situationsbericht. (Für Berlin: 3. Abrechnung des Kassirers vom 3. Quartal.)
Guten Besuch erwartet [264/2] **Die Lohnkommission der Maurer.**

Zentral-Krankenkasse der Maurer etc.
„Grundstein zur Einigkeit“, Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 30. Oktober 1898, vormittags 10 Uhr, bei Miegel, Stralauerstr. 57:
Ordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht vom 3. Quartal 1898. 2. Vortrag des Herrn **Dr. Friedeberg** über die Entstehung der Lungenkrankheiten. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimirt.
Es ist Pflicht, daß jedes Mitglied erscheint. **Die Verwaltung.** J. A.: W. Garbe.
Nachmittags 5 Uhr findet in demselben Lokal eine **Mitglieder-Versammlung der Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“** statt. [149/6] D. O.

Mittlere Gewerkschaft sucht im Zentrum der Stadt **Lokal**, passend zum Arbeitsnachweis. Bedingung „Telephon“.
Adressen an **Franz Schulz**, Griebenowstr. 5, 4 Tr. 95/4

Elektrotechnik.
Arbeiter, um theure Lehranstalt und Lehrwerkstätten für Elektrotechnik zu sparen, wendet Euch an **Warzaski**, Kastanien-Allee 6, früheren Lehrer der „Elektra“, Prinzenstr. 55. Abendkurse: Ausbild. 6 Monate, wöchentl. **1.50** M. Sprechstunden abends 8—10. [18206

Turnverein Fichte
am Sonnabend, den 29. Oktober 1898
5. u. 2. Stiftungsfest
der 2. und 7. Männer-Abtheilung
in **Louis Keller's Festsälen, Koppenstrasse 29.**
bestehend in
Festrede, Konzert u. turnerischen Aufführungen.
Billets sind in den Turnhallen Skalitzerstrasse 55—56, Dienstags und Freitags 8—10, und Reichenbergerstr. 131, Montags und Donnerstags 8—10 zu haben. 268/12

Achtung! **VI. Wahlkreis.** Achtung!
Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags ½6 Uhr:
Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer
im „**Kösliner Hof**“, Köslinerstraße 8.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Ad. Hoffmann über „Proletarier-Elend und die zukünftigen Zuchthäusler“. 2. Diskussion. 220/5
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein.**
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vertrauensmann.**

Verein deutscher Schuhmacher.
Donnerstag, den 27. d. Mts., abends punkt 9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:
Kombinirte Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Berathung über die Umgestaltung der Organisation. 2. Verschiedenes. 272/11
In anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämmtlicher Kollegen nothwendig. **Der Vorstand.**

Jede Konkurrenz übertreffend
biete ich diese Woche in prima frischester Qualität:

Lebende Hechte	pro Pfund	60—70	Pf.
„ Karpfen	„	70—80	„
Zander, feinste gelbe	„	50—60	„
Schellfisch, lebendfrischer Jütländer	„	15—25	„
Kabliau	„	15—25	„
Seelachs	„	20	„
do. im Ausschnitt	„	30	„
Bratschollen (Flundern)	„	20—25	„
Rothzungen (Ersatz für Seezungen)	„	35—40	„

Alle anderen Fluss- und Seefischarten zu Ausnahmepreisen.
16 Dragoner-Straße 16
Otto Gundermann.

Fest-Säle Sonnabende im November und Dezember noch frei.
72. Kommandantenstr. 72.
Neues Club-Haus.

Hirschfleisch 25, 30, 40; Blatt 50, Keule u. Rück. 70 u. 80.
Oderbrucher Gänse 50 u. 55.
Gänsefleisch pfundweise, Enten, Hühner, Tauben billigst. — **Kaninchen.**
A. Ritschl, Dresdenerstraße 61, Wild- u. Geflügelhdl.

Orts-Krankenkasse für das **Bierbrauer-Gewerbe** zu Berlin.
Hierdurch wird auf grund des § 64 des Statuts bekannt gemacht, daß die Kasse zur Zeit 4700 Mitglieder hat und nach § 49 Abs. II und III des Statuts daher
1. aus der Zahl der Kassenmitglieder 235 Vertreter;
2. aus der Zahl der Arbeitgeber 117 Vertreter
für die Jahre 1899/1900 **neu** zu wählen sind.
Wahlberechtigt und wählbar sind nur solche Personen, welche großjährig und im Besitze der bürgerl. Ehrenrechte sind.
Die Wahl der 235 Vertreter der **Kassen-Mitglieder** findet statt am **Freitag, den 4. November d. J.**, abends von ½9—½10 Uhr, und die Wahl der 117 Vertreter der **Arbeitgeber an demselben Tage**, abends von ½8—8 Uhr im „**Englischen Garten**“, Alexanderstraße 27c, im unteren Saale.
Die Wahl ist geheim. Zutritt zum Wahllokal haben nur solche Arbeitgeber resp. deren Vertreter, welche Beiträge an die diesseitige Kasse zahlen und nur wahlberechtigte Mitglieder der Kasse. Letztere haben sich durch das Quittungsbuch sowohl beim Eintritt in das Wahllokal, wie zur Ausübung des Wahlrechts am Wahltische zu legitimiren. 41/10
Berlin, den 27. Oktober 1898.
Der Vorstand:
Otto Wolf, Vorsitzender.

Sanatorium Drachenkopf,
Eberswalde bei Berlin.
Anwendung des gesammten Naturheil-Verfahrens einschließlich Suggestions-Therapie.
Idyllisch geschützte, ruhige, staubfreie Lage auf der Höhe des Drachenkopfes, vom Walde umgeben.
Vorzügliche Erfolge bei Erkrankungen jeder Art.
Mitglieder von **Krankenkassen u. Minderbemittelte** finden schon Aufnahme während der Herbst- u. Wintermonate **von 3 M.** pro Tag an, inkl. Pension und aller Behandlung nebst **einzelnem** Zimmer. 62122*
Dirig. Arzt:
Dr. med. v. Quillfeld.
Prospekte frei durch die Direktion.

Zeugen, welche am Donnerstag v. W. abends 5—6 Uhr den Absturz einer Frau vom Omnibus vor dem Hause Königsbergerstr. 2 gesehen, wollen gefl. Adr. abgeben b. **Luther,** Brückenstr. 10.

5. Ziehung d. 4. Klasse 199. Kgl. Preuß. Lotterie.
Ziehung vom 26. Oktober 1898, vormittags.
Nur die Gewinne über **220** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

47 414 49 64 654 81 [300] **1**217 47 [500] 349 55 482 503 26 820 981 **2**413 908 32 40 **3**032 [3000] 54 189 253 336 56 452 [3000] 563 659 90 778 873 **4**159 283 63 320 415 97 626 27 38 92 761 891 971 **5**002 [500] 131 283 528 **6**037 75 189 [300] 277 378 433 35 46 546 601 790 947 **7**092 138 51 335 50 418 617 [1000] 788 [500] 848 92 921 [300] 27 **8**008 49 283 382 [3000] 422 31 32 691 780 907 **9**267 85 648 60 65 79 719

10052 152 71 99 351 492 651 52 [500] 775 943 **11**106 343 94 416 25 50 635 77 93 [1000] 729 882 **12**083 104 [3000] 208 28 450 [300] 501 616 722 **13**021 427 95 505 608 79 934 **14**177 222 70 329 41 58 63 53 78 641 68 754 58 911 [1000] **15**021 25 295 500 [1000] 15 670 71 82 775 804 75 97 [1000] **16**191 218 [1000] 307 [500] 53 [500] 69 497 517 [1000] 54 698 857 **17**129 83 446 796 [500] **18**624 726 **19**325 431 686 724 820 26 35 61 981

20116 54 222 [3000] 54 505 74 795 [3000] **21**016 228 [500] 32 62 368 [300] 474 561 678 [300] 807 25 964 79 **22**169 343 85 660 820 **23**018 76 151 297 690 731 63 **24**045 92 396 516 20 743 800 [500] **25**017 49 286 492 555 74 618 717 37 51 846 918 **26**021 386 454 599 624 765 84 92 846 **27**009 199 222 558 **28**174 99 309 81 421 48 [3000] 667 800 [3000] 947 [3000] 77 **29**030 80 84 218 47 314 490 506 [1000] 84 763 881

30200 35 80 315 414 77 501 637 869 985 [3000] **31**002 127 297 331 [1000] 769 874 **32**209 310 456 613 43 [1000] 901 10 [3000] 25 98 [500] **33**061 178 222 97 336 528 792 [300] **34**225 94 337 528 44 601 74 774 812 [500] 76 962 **35**276 673 99 730 62 373 78 81 [300] **36**016 154 296 460 567 82 651 727 960 86 **37**026 201 25 48 85 87 421 26 698 866 89 **38**102 88 401 82 546 [3000] 65 [300] 75 694 [300] 708 86 823 62 [3000] 79 **39**046 75 191 744 [300] 906

40161 210 445 56 560 925 37 49 **41**056 186 206 41 60 [1000] 381 429 598 665 761 95 883 942 72 **42**089 142 281 374 414 [500] 71 92 535 625 871 **43**060 269 350 417 49 564 68 623 86 **44**079 163 66 217 413 75 643 726 842 [500] **45**099 127 659 **46**256 406 542 730 916 17 **47**087 263 66 [3000] 91 836 [1000] 50 458 584 708 14 58 [300] **48**027 248 78 817 19 447 59 597 632 47 **49**083 43 147 506 [1000] 786 888 990

50148 225 76 386 435 77 99 551 919 **51**062 136 258 388 547 78 [300] 608 52 90 [1000] 94 **52**007 94 156 201 523 82 91 613 [300] 798 855 **53**029 662 886 60 998 **54**148 80 631 721 820 39 943 **55**087 81 103 31 36 53 298 307 [1000] 54 451 98 987 55 [300] **56**017 115 433 79 **57**078 110 285 [1000] 501 680 [300] 760 79 83 866 **58**068 150 95 419 42 81 579 824 25 968 **59**030 338 456 61 508 23 [1000] 63 608 744 88 810 72 908 28 75

60040 54 157 271 581 53 666 836 **61**013 44 [500] 188 236 397 404 651 60 [300] 65 87 732 867 995 **62**055 117 363 [300] 65 409 68 748 820 **63**049 176 278 [1000] 640 777 941 **64**098 153 [3000] 214 75 874 76 531 627 **65**069 185 427 34 528 654 881 968 96 **66**131 33 279 458 78 726 881 **67**008 52 57 152 269 359 451 599 600 766 811 [500] 942 **68**077 277 327 397 441 500 94 656 745 84 98 839 965 [300] **69**352 402 11 698 718 819 912 51 [3000] 64

70006 23 24 48 [3000] 148 85 255 328 86 96 [300] 598 646 812 23 **71**156 371 486 678 874 **72**012 136 [500] 218 417 611 57 **73**006 159 [300] 276 464 [1000] 528 32 614 96 700 [30000] 75 814 17 [1000] 901 **74**069 188 348 66 [1000] 410 576 794 [1000] 884 86 960 **75**086 210 495 818 96 904 **76**049 247 315 591 713 24 74 875 **77**173 84 [1000] 248 332 64 77 576 688 804 [300] 937 47 50 **78**087 408 [3000] 501 7 748 98 808 10 [300] 67 905 **79**026 79 428 581 677 778 818 55 75 83

80085 180 86 628 729 59 393 94 **81**221 330 46 495 918 **82**057 87 124 69 431 674 766 929 **83**079 161 925 625 687 973 74 **84**112 78 433 47 557 664 764 79 812 31 965 **85**162 560 684 724 29 884 **86**002 66 73 140 358 466 [300] 361 632 701 36 66 [3000] 822 957 79 **87**215 337 434 91 509 44 80 677 709 913 **88**128 317 42 810 54 **89**150 86 214 441 534 614 837 83

90045 270 347 408 [1000] 97 778 82 **91**103 [300] 8 814 89 713 **92**435 41 542 686 78 996 **93**037 [3000] 272 78 415 65 669 723 57 71 837 59 **94**146 90 376 505 619 94 98 845 **95**045 95 101 298 [1000] 454 578 896 [500] 958 93 **96**060 114 352 65 85 435 68 519 39 714 37 88 **97**115 216 405 23 78 508 11 875 83 97 958 64 **98**148 271 310 28 430 539 663 701 14 44 96 865 968 **99**396 440 587 655 768 [500] 83 895 926

100141 [500] 332 [500] 458 506 [3000] 48 [500] 687 [500] 871 996 [1000] **101**077 289 [3000] 937 [300] **102**149 287 670 887 **103**040 290 410 21 701 78 972 [300] **104**098 172 85 89 231 436 504 627 784 844 918 **105**362 425 32 587 601 [1000] 78 924 47 73 **106**024 129 208 58 317 67 489 680 938 [300] **107**004 10 151 76 92 430 31 36 557 76 [300] 604 [500] 901 **108**472 540 86 627 38 [300] 774 [500] 806 21 86 970 72 **109**246 96 423 26 47 511 69 775

110203 86 [1000] 241 [300] 498 810 50 920 60 82 **111**282 [300] 88 [300] 407 29 540 66 [300] 604 [10000] 736 874 **112**023 106 16 302 470 90 508 14 43 91 655 792 877 **113**152 52 464 [300] 671 92 738 831 934 **114**069 100 3 65 [300] 72 252 328 441 544 610 84 769 85 939 **115**216 78 410 536 69 663 79 737 955 **116**228 99 372 405 597 828 911 30 **117**058 108 259 99 [500] 331 70 85 498 649 [1000] 783 875 **118**194 272 457 528 32 [300] 99 886 **119**152 282 320 66 98 511 907 21 69

120046 170 577 617 21 958 **121**092 [300] 817 [300] 414 627 798 **122**072 196 386 405 700 [500] 813 72 90 947 67 **123**120 409 881 **124**253 55 [3000] 305 456 521 612 [3000] 56 839 54 [3000] 993 **125**061 140 73 342 85 97 688 **126**052 145 98 222 [1000] 538 757 [500] 817 81 937 **127**142 213 38 90 450 516 69 709 917 **128**065 168 76 96 456 663 785 885 97 981 **129**129 669 743

130187 215 332 484 507 679 786 896 956 93 **131**189 314 30 512 617 710 830 908 63 **132**096 155 269 445 89 681 86 613 18 40 772 [500] 899 **133**240 82 326 94 411 584 736 974 **134**172 74 234 44 [300] 364 84 483 695 788 840 903 37 **135**061 319 20 921 [300] **136**294 338 415 41 571 708 903 14 **137**003 108 292 95 330 56 96 719 20 61 [1000] 71 79 872 934 **138**036 125 99 291 506 218 800 25 55 909 **139**017 108 96 589 783 880 937 68

140028 149 99 372 78 90 518 757 862 [300] **141**088 188 35 [3000] 218 99 983 **142**090 248 522 39 82 633 36 722 86 [500] 857 85 985 **143**204 45 52 500 65 938 **144**225 [500] 332 [300] 43 74 435 63 506 66 81 727 924 **145**026 89 [500] 292 302 417 46 539 683 [300] 68 745 849 **146**075 [1000] 232 42 820 [3000] 410 39 704 28 59 86 851 941 78 79 **147**236 424 84 581 611 917 [500] **148**019 93 [300] 204 441 531 99 607 39 66 747 82 892 955 **149**110 24 300 84 434 513 76 839 972

150054 141 92 400 9 615 17 [300] 728 **151**045 113 87 69 375 417 578 714 **152**086 299 581 611 65 859 60 983 **153**002 129 361 485 86 924 35 **154**097 [300] 277 82 454 56 552 894 919 25 34 **155**002 218 345 429 85 [500] 663 [10000] 86 789 91 898 992 **156**017 197 285 65 93 466 512 26 728 **157**176 252 385 98 517 615 89 724 [500] 67 **158**020 66 112 [300] 43 44 277 316 775 [3000] 867 67 906 **159**148 369 [500] 99 477 553 615 98

160072 221 321 483 653 754 829 87 975 84 92 **161**031 71 853 524 897 930 **162**067 98 120 45 [300] 69 278 358 422 [3000] 665 720 918 35 **163**095 344 666 96 944 **164**080 212 81 419 533 [3000] 690 95 [300] 934 74 **165**138 71 291 409 653 729 80 847 984 **166**088 907 42 48 [3000] 402 8 87 58 683 906 [500] **167**210 343 457 80 531 95 645 802 **168**136 248 64 451 668 **169**061 71 93 142 94 593 [3000] 751

170131 [500] 248 361 424 669 712 98 984 48 73 **171**062 184 276 99 370 [300] 805 [3000] 55 914 **172**313 418 41 74 91 [500] 627 43 722 [500] 854 73 **173**000 459 509 623 88 708 819 950 **174**143 274 [500] 371 548 797 896 **175**079 186 [1000] 289 57 547 87 **176**291 366 95 426 36 [300] 40 728 38 42 **177**189 97 316 501 779 [300] 868 73 942 70 **178**001 296 375 698 [300] 779 916 82 **179**011 80 262 84 305 478 525 73 724 85 980

180084 576 780 814 **181**009 38 146 88 [3000] 281 307 13 443 77 84 621 28 890 934 **182**033 24 108 91 755 [3000] 904 45 **183**127 [300] 331 413 19 39 [300] 47 558 662 702 805 [300] 75 **184**130 59 378 96 480 **185**042 162 94 467 560 698 779 89 966 90 **186**116 31 77 257 384 83 641 789 920 65 **187**021 409 7 11 804 86 748 [500] 814 89 974 96 **188**124 [15000] 26 206 15 [3000] 387 78 481 555 98 920 **189**039 [500] 81 143 409 47 873 [500] 724 819

190018 69 169 99 257 [500] 313 19 457 84 582 654 820 **191**105 29 57 62 311 75 88 460 637 88 734 761 **192**176 380 427 516 68 84 676 937 **193**127 43 [3000] 226 [500] 63 337 62 603 56 706 **194**150 62 358 404 797 960 68 **195**196 358 387 894 95 916 20 **196**078 119 86 315 [3000] 71 461 592 702 9 939 **197**158 74 255 353 598 96 647 67 880 976 **198**195 [1000] 227 384 435 548 802 914 **199**081 110 215 34 54 62 491 566 626 736 [300] 38 56 801 17 47

200037 264 735 57 979 82 **201**047 165 270 76 380 78 460 **202**073 106 76 332 76 456 [10000] 689 710 87 870 **203**035 118 56 249 326 59 408 26 508 72 821 929 92 94 **204**282 85 388 847 76 **205**166 297 [500] 261 540 77 671 [3000] 81 719 [1000] 809 996 **206**105 66 736 95 465 524 45 938 [1000] 43 **207**087 265 68 342 481 600 [500] 44 53 946 74 **208**041 64 194 310 24 50 672 712 76 862 77 **209**091 368 416 58 94 856 974 99

210182 204 55 367 420 35 56 538 776 814 **211**013 82 101 248 [1000] 67 288 423 580 34 902 55 [500] 92 [1000] **212**055 280 81 361 665 67 744 45 [3000] 880 936 **213**128 [300] 686 761 937 **214**238 311 [300] 558 708 97 928 65 **215**101 [300] 25 372 422 61 619 94 843 [500] **216**027 61 305 551 [300] 713 21 26 56 835 63 908 29 [300] **217**002 [1000] 109 66 72 81 [1000] 217 23 427 95 609 908 **218**154 384 479 615 749 802 35 64 **219**083 333 75 697 777 942

220216 462 554 57 [1000] 613 64 841 **221**017 83 192 310 458 74 715 864 72 [300] 938 **222**005 50 119 338 406 48 [1000] 621 91 894 [300] 933 [300] 45 83 **223**014 61 146 367 729 86 **224**136 248 69 491 567 802 8 [500] 92 944 99 **225**053 58 176 299 [300] 327

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 500 000 Mk., 2 zu 200 000 Mk., 2 zu 150 000 Mk., 2 zu 100 000 Mk., 2 zu 75 000 Mk., 1 zu 40 000 Mk., 5 zu 30 000 Mk., 19 zu 15 000 Mk., 87 zu 10 000 Mk., 79 zu 5000 Mk., 1087 zu 3000 Mk., 1203 zu 1000 Mk., 1398 zu 500 Mk.

Berichtigungen: In der Liste vom 25. Oktober vormittags lies 20066 mit 1000 Mk., 59 284 mit 330 Mk.; in der Liste vom 24. Oktober nachmittags lies 134 952 statt 174 952.

5. Ziehung d. 4. Klasse 199. Kgl. Preuß. Lotterie.
Ziehung vom 26. Oktober 1898, nachmittags.
Nur die Gewinne über **220** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

14 [300] 95 132 400 [3000] 661 734 **1**489 [500] 599 634 726 894 974 **2**098 103 28 39 200 389 426 86 579 811 **3**057 68 87 124 67 223 48 90 [500] 377 459 578 652 750 819 [300] 978 **4**071 435 582 **5**626 **6**186 205 400 89 516 985 **7**194 208 23 391 92 426 587 608 68 92 99 736 **8**052 167 289 506 14 70 75 782 856 934 55 **9**062 [3000] 263 310 [300] 416 31 569 676 868 82

10051 71 269 671 92 899 **11**220 41 502 669 82 781 937 76 **12**002 102 33 534 88 614 60 [300] 726 940 **13**872 507 784 825 [300] **14**096 139 47 53 260 464 74 741 918 **15**002 41 53 71 586 696 **16**169 510 618 740 823 **17**028 [300] 120 64 289 345 47 632 736 910 65 **18**046 60 68 84 111 87 307 51 87 424 61 97 [3000] 855 969 [300] **19**030 85 128 327 596 39 675 771 74 800 14 909

20026 44 100 229 57 366 464 678 863 66 **21**468 92 586 670 731 [10000] 91 958 **22**188 537 728 31 70 [300] **23**097 124 501 [3000] 698 752 66 825 [1000] 987 **24**064 66 107 204 478 593 645 [500] 989 **25**021 128 247 335 413 23 70 501 4 653 701 85 850 69 97 **26**001 122 67 [300] 266 511 630 80 86 702 53 [300] 801 89 **27**302 11 516 724 839 [300] **28**024 32 196 287 56 65 350 82 668 84 764 826 **29**050 217 598 618 701 73

30082 58 173 362 480 527 [500] 830 934 [1000] **31**180 [300] 221 309 79 488 572 795 831 909 12 **32**131 48 93 388 400 501 623 841 **33**172 97 233 55 453 534 40 86 616 97 941 53 69 95 **34**092 113 35 52 [1000] 87 208 28 699 866 944 **35**048 55 [3000] 245 468 501 23 66 767 [1000] 896 **36**078 440 618 829 91 902 **37**012 71 79 165 318 428 542 63 623 32 96 768 833 70 **38**066 326 75 436 540 61 610 98 **39**000 33 493 535 [500] 653 85 700 3 923 77 89

40141 234 63 303 39 613 816 30 **41**088 [3000] 192 94 236 695 97 **42**004 56 224 493 [1000] 668 869 907 **43**040 56 273 86 306 443 53 569 606 29 751 **44**008 17 86 109 77 317 489 609 35 732 74 98 805 [30000] 14 **45**252 61 381 64 424 562 90 851 57 948 72 **46**057 81 502 8 9 743 897 **47**221 420 60 94 585 658 948 **48**015 145 89 250 90 553 84 668 79 873 987 **49**069 125 [3000] 284 517 684 907

50193 309 13 404 530 82 626 91 714 20 [300] 889 983 **51**304 6 12 15 422 42 98 611 49 741 885 **52**032 [300] 108 [300] 57 697 795 **53**061 225 324 400 23 590 619 56 877 948 74 **54**282 387 484 546 81 669 725 85 802 813 68 **55**405 522 41 627 736 58 [30000] 87 890 990 **56**275 822 [1000] 32 57 **57**026 134 76 [500] 318 610 [3000] 19 718 32 88 **58**087 129 81 [500] 219 38 [300] 42 387 556 815 910 **59**076 115 38 73 91 512 675 945

60450 690 817 924 **61**097 101 78 295 302 78 82 690 784 [3000] 985 **62**192 472 62 647 78 794 **63**010 45 116 210 448 74 90 510 61 [500] 633 64 747 **64**087 93 213 20 74 480 560 615 57 716 807 43 913 18 [300] 93 **65**026 290 [300] 336 415 77 566 625 [1000] 750 **66**205 92 309 19 53 500 28 57 649 866 **67**102 238 357 482 608 17 **68**010 61 85 [500] 115 25 443 60 916 **69**214 63 343 477 508 710 947

70697 774 834 39 906 40 **71**139 77 382 86 602 76 923 **72**196 211 344 81 439 530 61 705 878 924 48 **73**198 417 [300] 760 76 **74**193 546 708 80 873 917 45 **75**148 98 215 34 71 86 359 798 **76**070 181 250 386 409 542 76 745 80 68 870 912 **77**129 471 812 910 72 **78**187 368 523 80 648 743 815 63 930 **79**041 [500] 72 140 302 15 502 20 613 28 [3000] 57 715 54 808 41 923 42 43 82 89

80129 229 382 575 620 705 825 [300] **81**196 248 821 901 98 387 **82**118 221 464 595 [500] 605 89 715 74 76 **83**195 382 559 589 948 **84**089 338 [500] 417 561 607 89 93 784 808 **85**109 64 237 486 816 93 **86**003 191 217 72 479 547 767 833 81 998 **87**089 219 [500] 382 511 623 54 799 880 73 **88**016 52 53 126 320 430 832 75 [3000] 955 **89**370 498 543 55 77 840 965

90097 101 3 308 663 **91**035 [300] 42 99 161 267 80 881 62 561 87 [300] 99 740 832 900 49 75 **92**138 70 94 343 69 416 781 849 931 **93**062 144 45 46 [500] 486 682 94 **94**028 433 606 10 28 787 887 90 980 **95**051 201 318 572 639 728 887 921 62 **96**088 154 268 391 93 430 54 [500] 514 828 33 48 **97**083 60 62 181 200 452 505 640 826 905 33 73 [3000] **98**059 228 347 480 558 868 80 907 [300] 61 **99**001 13 80 179 246 68 [3000] 304 11 638 84 771 845 69 909

100152 90 220 337 57 74 693 798 987 **101**131 91 229 76 87 529 [300] 33 649 837 89 **102**083 118 599 625 801 51 974 **103**129 419 522 58 **104**000 97 129 269 366 69 92 93 699 722 31 **105**015 80 188 581 727 89 [3000] 834 41 967 [15000] **106**376 628 32 897 957 74 **107**027 368 80 531 629 710 86 965 71 87 **108**055 394 605 52 97 749 78 **109**087 257 [1000] 81 390 610 807 [1000] 59 919

110028 197 [300] 316 88 457 [1000] 576 96 641 63 [1000] 794 [500] 948 **111**117 49 278 [300] 308 662 941 68 77 80 **112**147 71 251 85 426 648 [300] 97 708 872 90 **113**022 117 577 781 [500] 68 822 906 **114**121 258 59 94 317 [3000] 573 644 866 949 **115**059 [3000] 94 100 445 509 [1000] 711 87 932 **116**072 340 422 53 573 649 738 877 99 995 [300] **117**081 [3000] 161 96 220 [300] 73 [300] 306 514 19 [300] 642 61 **118**152 61 250 372 93 470 546 98 653 803 **119**167 221 99 433 514 18 87 710 26 828 85 [300]

120069 81 158 249 [300] 82 301 546 91 804 44 [1000] 54 [500] 67 **121**026 42 383 431 668 789 **122**100 [300] 84 230 46 48 816 37 88 781 **123**024 477 530 63 972 **124**069 193 508 649 745 [500] 802 **125**009 215 20 [300] 85 414 42 99 511 23 70 685 859 972 **126**134 79 229 963 75 426 75 564 666 723 51 868 968 **127**068 279 640 716 35 62 [300] 987 94 [300] **128**177 315 68 426 723 57 [300] 902 37 [300] 97 **129**058 170 [500] 333 [300] 82 424 620

130069 80 151 339 532 736 39 **131**025 [300] 30 251 408 700 **132**105 13 247 323 490 737 897 949 [500] **133**069 [1000] 429 76 91 697 98 751 **134**049 76 165 229 336 [300] 95 574 717 837 65 86 **135**056 101 225 300 [300] 38 440 726 [1000] 61 833 962 **136**105 297 372 414 [300] 591 811 77 969 **137**485 86 564 628 [300] 29 722 989 **138**270 89 312 460 84 502 58 75 680 740 67 [500] 70 **139**001 61 62 [500] 150 69 331 [500] 404 7 610 [300] 780 966 74

140006 26 [3000] 158 278 662 932 30 **141**203 456 653 89 848 51 **142**136 364 90 686 765 824 992 [1000] **143**087 91 [500] 161 271 545 608 23 **144**119 448 91 501 70 622 [3000] 70 810 **145**284 85 532 58 69 631 [1000] **146**108 7 42 261 [3000] 389 401 99 571 [3000] 75 671 93 [3000] 765 950 **147**134 64 [500] 268 87 416 85 602 27 758 825 [1000] 26 99 929 **148**134 344 68 584 910 25 33 **149**024 151 623 77 717 845 54 89 95 956

150006 46 98 108 331 411 64 597 [1000] 641 717 42 61 67 956 [3000] 97 **151**225 414 42 504 635 **152**117 25 38 254 [3000] 687 796 877 **153**116 35 326 92 528 718 **154**018 74 83 256 91 730 37 81 802 922 **155**065 79 96 530 611 [300] 80 [300] 750 816 980 **156**047 98 145 307 492 621 56 864 **157**230 31 434 510 608 54 [3000] 751 69 988 [300] **158**102 8 414 547 91 808 33 **159**139 90 [300] 240 429 688 732 33 61 925 53 57

160230 596 [500] 724 871 **161**000 50 58 92 173 74 232 56 311 16 36 49 69 486 558 642 77 749 94 924 **162**102 32 334 527 832 66 948 82 **163**192 382 92 424 46 540 722 25 801 43 77 85 994 **164**114 72 205 [1000] 383 606 **165**047 154 228 76 339 [3000] 471 [300] 533 638 765 **166**001 [500] 191 208 69 394 564 757 916 **167**024 31 174 474 568 771 95 908 94 **168**127 212 47 321 531 610 341 76 94 936 47 67 **169**096 [3000] 227 317 504 634 [500] 79 719 818

170138 94 282 [300] 73 409 645 [300] 48 725 812 **171**191 239 89 389 [3000] 40 [500] 417 512 94 963 66 92 **172**187 335 99 [300] 468 575 697 784 839 47 71 [3000] 80 984 [3000] 08 **173**010 612 36 796 868 **174**054 146 [1000] 256 877 [1000] 540 624 30 721 **175**013 45 227 86 473 76 626 806 87 **176**263 79 319 48 76 867 911 97 98 **177**081 56 186 90 499 579 80 613 57 [3000] **178**071 177 98 400 504 [500] 685 87 761 806 918 **179**143 [500] 254 335 836 43 91

180134 201 340 43 65 406 500 22 70 [300] 88 685 55 778 **181**415 817 55 78 **182**000 41 125 [1000] 232 99 307 416 560 [300] 616 947 65 86 **183**199 221 83 393 575 [500] 624 707 29 79 985 **184**057 131 202 25 56 767 **185**204 [1000] 48 374 78 505 737 [3000] 829 986 **186**063 274 97 315 61 571 **187**118 29 233 334 56 442 95 558 98 696 794 801 966 **188**157 204 31 473 549 728 [300] 81 **189**320 62 467 511 642 67 79 869 933

190110 347 607 92 **191**302 [500] 408 30 96 584 [500] 624 56 838 **192**172 299 545 70 611 881 903 31 49 **193**131 95 277 89 [500] 461 572 947 73 87 [1000] 89 **194**148 476 603 713 22 827 71 933 **195**076 95 117 43 450 522 72 962 **196**057 88 137 201 66 318 426 32 528 [300] 88 612 35 73 706 846 976 **197**023 148 250 [300] 345 486 88 92 529 728 810 17 29 930 61 **198**002 44 48 475 586 618 49 945 **199**082 293 349 415 46 71 607 782

200027 41 204 7 354 77 445 54 598 653 728 819 79 990 **201**016 37 [500] 170 241 323 441 915 **202**221 76 315 369 688 813 67 922 **203**022 107 [500] 298 325 197 **204**403 502 11 18 45 64 603 [3000] 17 43 745 64 814 [3000] 917 [1000] 37 74 **205**261 341 432 598 696 730 58 911 82 **206**019 332 459 512 85 719 25 804 26 88 989 **207**081 143 372 500 28 29 46 70 671 964 79 **208**079 85 132 78 [1000] 250 56 624 78 801 18 29 978 90 **209**035 191 262 345 475 [10000] 535 972

210061 180 220 512 683 55 744 838 912 69 71 75 **211**036 411 693 [500] 743 906 [1000] 71 **212**057 107 39 369 481 85 502 [500] 19 756 94 96 938 **213**013 18 56 231 305 12 473 521 **214**128 [500] 251 [1000] 375 429 636 706 40 864 89 **215**270 671 97 [3000] 782 **216**059 345 72 89 558 668 783 87 821 925 **217**010 35 113 25 28 346 85 662 **218**056 [500] 80 99 187 201 576 683 814 32 977 92 **219**319 50 406 41 96 724 807 [500] 47 69

220127 [500] 61 [300] 50 302 445 59 509 611 77 729 81 816 **221**122 38 467 616 [500] 925 **222**032 [3000] 450 552 53 689 799 887 948 **223**003 84 486 542 [500] 828 41 915 85 **224**027 [1000] 344 403 59 506 723 79 **225**016 380 414 [3000] 507 52

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 500 000 Mk., 2 zu 200 000 Mk., 2 zu 150 000 Mk., 2 zu 100 000 Mk., 2 zu 75 000 Mk., 1 zu 40 000 Mk., 5 zu 30 000 Mk., 17 zu 15 000 Mk., 85 zu 10 000 Mk., 78 zu 5000 Mk., 1030 zu 3000 Mk., 1177 zu 1000 Mk., 1350 zu 500 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.